

kontrovers | 1

k

Bung | Martinsen | Meißner | Olson | Schmidt | Zabel [Hrsg.]

Ökonomie als Gesellschaftstheorie

VERLAG KARL ALBER

A

kontrovers

**Reihe für interdisziplinäre Gesellschaftstheorie
zu Politik, Ökonomie und Recht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jochen Bung

Prof. Dr. Franziska Martinsen

Prof. Dr. Hanna Meißner

Prof. Dr. Greta Olson

PD Dr. Christian Schmidt

Prof. Dr. Benno Zabel

Band 1

Jochen Bung | Franziska Martinsen | Hanna Meißner
Greta Olson | Christian Schmidt | Benno Zabel [Hrsg.]

Ökonomie als Gesellschaftstheorie

VERLAG KARL ALBER





Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2024

© Die Autor:innen

Publiziert von
Verlag Karl Alber – ein Verlag in der
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.verlag-alber.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-495-99786-4

ISBN (ePDF): 978-3-495-99787-1

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783495997871>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

kontrovers

Reihe für interdisziplinäre Gesellschaftstheorie zu Politik, Ökonomie und Recht

Recht, Politik und Ökonomie – auf diesen Feldern entstehen die Möglichkeiten und Formen individueller und sozialer Selbstbestimmung in modernen Gesellschaften. Doch diese Wirklichkeit der Freiheit ist prekär. Nicht nur begrenzt das Recht die politische und ökonomische Selbstbestimmung. Nicht nur stellt die Politik die Legitimität des Rechts immer wieder infrage und begrenzt die Spielräume der Ökonomie. Auch die sozialen Formen, insbesondere die im weitesten Sinne ökonomischen Beziehungen der Menschen zueinander, produzieren Machtverhältnisse, die die Idee der rechtlichen und politischen Selbstbestimmung unterminieren. Ein zentrales Anliegen der Reihe ist die *Dezentrierung* der jeweiligen Standpunkte und Deutungsansprüche.

Ökonomie, Recht und Politik der Moderne sind Teil liberaler Gesellschaften und deshalb auch nur von diesen Gesellschaften her zu verstehen. Alle ökonomischen, rechtlichen und politischen Handlungen sind zugleich gesellschaftliche und kulturelle Handlungen. Daher bleiben politische, rechtliche und ökonomische Systeme in den Grenzen, die ihnen durch Gesellschaft und Kultur gezogen werden. Gesellschaft und Kultur sind aber eingebettet in eine Ökonomie, die sie trägt und erhält. Sie werden durch rechtliche Rahmenvorgaben strukturiert und bedürfen der Infrastruktur einer politischen Ordnung aus demokratischer Verfassung und einem Netz globaler Institutionen. Die Einsicht der *reflexiven Moderne* besteht darin, dass Freiheit in diesem Gefüge keine Voraussetzung ist, sondern erst hervorgebracht wird und deshalb nicht gegen die Kontingenzerfahrung der Gesellschaften abgeschirmt oder ausgespielt werden kann. In der modernen Freiheitskultur wirken Machtverhältnisse und Konflikte, die gehegt und regiert werden müssen. Diese *Regierung der Freiheit* zeigt vor allem, dass Gesellschaften

und ihre Formen der Selbstverwirklichung nur als Kraftfelder sozialer, kultureller, rechtlicher, ökonomischer und politischer Gestaltung verstanden werden können.

Die Reihe für interdisziplinäre Gesellschaftswissenschaften will der Dynamik einer zerklüfteten Moderne dadurch gerecht werden, dass sie die Erwartungen, Konflikte und Krisen moderner Gesellschaften durch die Beteiligung der einschlägigen Wissenschaften sichtbar und sagbar macht. Die Publikationen der Reihe stellen sich den Kritiken, dass die sozial- und kulturwissenschaftlichen, politiktheoretischen und (rechts-)philosophischen Theorietraditionen in vielerlei Hinsicht methodologisch-nationalistisch, eurozentrisch, heteronormativ, kolonialistisch und von den ökonomischen Praktiken des Kapitalismus geprägt sind.

Die Reihe versteht sich als Publikations- und Diskussionsplattform für neue Deutungen und kritische Zugänge, die kontroverse Debatten anstößt.

*Herausgeber*innen*

Prof. Dr. Jochen Bung (Rechtsphilosophie, Universität Hamburg)

Prof. Dr. Franziska Martinsen (Politische Theorie/Ideengeschichte, Universität Duisburg-Essen)

Prof. Dr. Hanna Meißner (Soziologie/Interdisziplinäre Frauen und Geschlechterforschung, ZIFG Technische Universität Berlin)

Prof. Dr. Greta Olson (Englische und amerikanische Literatur/Cultural Studies, Universität Gießen)

PD Dr. Christian Schmidt (Philosophie, Humboldt-Universität zu Berlin)

Prof. Dr. Benno Zabel (Rechtsphilosophie, Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Inhaltsverzeichnis

Christian Schmidt

Ökonomie zwischen traditioneller Theorie und Gesellschaftswissenschaft

Zur Einleitung 11

Thomas Biebricher

Neoliberalismus, Wirtschaft und Gesellschaft 25

Maria Funder

Krise der Spätmoderne – Transformation des Reproduktionsregimes? 49

Bastian Ronge

Infame Arbeitsteilung und das Dispositiv der Verachtung

Zur Fundierung einer Kritischen Theorie des Ökonomischen . . . 77

Friederike Habermann

Für eine Freiheit, die einschließt

Commoning als Alternative 99

Alex Demirović

Macht der Mächtigen oder anonyme Herrschaft?

Zur Konstitution des Ökonomischen 119

Joseph Vogl

Gouvernementalität und Finanz

Zum Begriff einer ›seignioralen Macht‹ 155

Autor*innen 171

Christian Schmidt

Ökonomie zwischen traditioneller Theorie und Gesellschaftswissenschaft

Zur Einleitung

Die Gründe, sich mit Ökonomie im heute geläufigen Sinn des Wortes zu beschäftigen, waren und sind vielfältig. Am Anfang steht – auch historisch gesehen – das ganz unmittelbare Bedürfnis, ökonomische Prozesse und ihre Wechselwirkungen zu verstehen. Dieses Bedürfnis entwickelte sich vor allem daraus, dass individuelle oder kollektive Handlungen nicht zu den ebenso erwarteten wie beabsichtigten Resultaten führten. Der Wunsch, solche Abweichungen zu verstehen und ihnen entgegen zu wirken, hat die Entwicklung der Ökonomie als Wissenschaft angetrieben. Warum, um nur das markanteste Beispiel der Anfänge einer ökonomischen Wissenschaft im modernen Sinn zu zitieren, steigerte der ständige Zufluss von Gold und Silber aus den Kolonien in Amerika, im 16. Jahrhundert nicht mehr den Reichtum der spanischen Krone, sondern wurde von einer stetigen Inflation aufgezehrt, die man bis dahin in Europa so nicht kannte?¹

Diese Frage, die sich ganz praktisch aufdrängte, zog andere, grundsätzlichere Fragen nach sich: Wie lässt sich der Reichtum eines Landes überhaupt bestimmen? Und wo liegen seine Quellen? Im Außenhandel, wie ihn Spanien in dieser Zeit mit Genua betrieb, um seine militärischen Aktivitäten in den Niederlanden zu finanzieren?

1 Dass die Einfuhr der Münzmetalle und damit „der Überfluss dessen, womit die Bewertung und der Preis der Dinge angegeben wird“ (Malestroict/Bodin 1568, [36]) zu ihrem Wertverlust beitrug, war zunächst alles andere als offensichtlich. Jean Bodin erläuterte diesen Zusammenhang unter Verweis auf vergleichbare Erscheinungen, die in antiken Quellen beschrieben wurden, in seiner 1568 gedruckten Antwort auf den königlichen Rat Jean de Malestroict, der seinerseits bereits auf andere Weise versucht hatte, die schwindende Kaufkraft von Gold und Silber zu erklären.

Oder liegen die Quellen des Reichtums eines Landes in seinem Inneren, wo er beispielsweise aus dem landwirtschaftlich genutzten Boden „herauswächst“?

Mit Fragen dieser Art, die immer grundsätzlicher und allgemeiner werden, beginnen sich das Interesse an der Ökonomie und ihr Gegenstand aber bereits zu verschieben. Während die Frage nach den Eigengesetzlichkeiten darauf zielt, das ökonomische Handeln anzuleiten, seine Wirkungen vorauszusehen und auf widrige Umstände einen bessernden Einfluss zu nehmen, richten sich die grundsätzlicheren Fragen auf die ökonomische Ordnung, auf ihre Verfasstheit und ihren idealen Zustand. Handlungsleitend will eine solche Theorie auf einer anderen Ebene sein als jener der unmittelbaren ökonomischen Aktivitäten. Herbeiführen und bewahren sollen die Handlungen, die von ihr empfohlen werden, vielmehr eine gute ökonomische Verfassung.

Auch die auf den Gesamtzusammenhang der Ökonomie ausgerichteten Theorien sind allerdings damit konfrontiert, dass die ökonomische Ordnung von unerwünschten Effekten, sprich: Krisen heimgesucht wird. Solche Krisen sollen weiterhin erklärt und nicht bloß legitimiert werden, denn es gilt, ihnen – nun nicht mehr durch (vereintes) individuelles, sondern durch institutionelles Handeln – entgegenzuwirken. Dabei ist das Ziel, die Krisen abzumildern, sie einzuhegen und möglichst ganz zu verhindern oder, wo sich ihnen, wie den biblischen sieben mageren Jahren, partout nicht vorbeugen lässt, zumindest eine angemessene Vorsorge zu treffen, um ihre verheerenden Folgen abzumildern.²

Weil sowohl bei der Krisenvermeidung als auch bei der Vorsorge für die Zeiten ihres Hereinbrechens – etwa durch die Einsetzung eines Sparverordneten mit der Anweisung, in den Städten Vorräte aufzuhäufen und sie zu verwahren³ – institutionelles Handeln erforderlich ist, wird mit der Theoretisierung der makroökonomischen Krisen das ökonomische Handeln, die Erzeugung und Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, in Handlungskontexte eingebettet, die politisch-administrativ und damit zunächst außerökonomisch zu sein scheinen.

2 Rahel Jaeggi (2018, 82) spricht in Fällen, in denen es nicht möglich ist, absehbaren Krisen auf diese Weise vorzubeugen, von „Problemen zweiter Ordnung“, mit denen sich eine Lebensform konfrontiert sieht.

3 Vgl. Gen 41, 34–36.

Die Grenze zwischen Politik und Ökonomie

Die Unterscheidung von ökonomischem und außerökonomischem Handeln entstand selbst erst durch das Zusammenspiel von theoretischen und praktischen Effekten. Untersuchungen, die die Eigengesetzlichkeit ökonomischer Praktiken entschlüsseln wollten, legiti­mierten zunehmend eine Neubestimmung des Verhältnisses von ökonomischem und Regierungshandeln. Die Bestimmung gerechter Preise, die lange Zeit eine politische Aufgabe gewesen war, ist ein schlagendes Beispiel dafür, wie sich dabei Handlungskompetenzen dauerhaft und bis heute anhaltend verschoben haben. Eine Aufgabe lokalen Regierens verwandelte sich in eine Wirkung dessen, was Michel Foucault „Veridiktion“ – „Wahrsprechen“ – genannt hat, wobei es sich bei der Veridiktion um eine Praxis der Erzeugung von Wahrheit handelt, für die bezeichnenderweise „der Markt“ ein grundlegendes Beispiel ist.⁴

An der Wahrheit, die durch das Zusammenspiel freier Einzelhandlungen entsteht, die nur mittelbar miteinander koordiniert sind, muss sich die Qualität des Regierungshandelns nun messen lassen. Bilden die Preise ein stabiles Gleichgewicht, ist das Regierungshandeln gut, entstehen Ungleichgewichte, gefährden sie über kurz oder lang die Reproduktion der Gesellschaft und die Regierung droht zu scheitern, obwohl sie selbst gar nicht in erster Linie ökonomischer Akteur ist.⁵

Indem die Ökonomie theoretisch und praktisch als Grenze des Regierungshandelns etabliert wird, entwickelt sie sich zu einem Gebiet, das die Souveränität begrenzt. Das kann implizit geschehen, wenn sich die ökonomischen Verhältnisse als unregierbar erweisen. Die Souveränität kann aber auch aktiv begrenzt werden, wenn neue

4 Vgl. Foucault (2006), 54–58.

5 William H. Sewell (2021, 267) hat darauf hingewiesen, dass schon der Aufschwung der Ökonomie als Wissenschaft im Frankreich der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auch Ausdruck einer fiskalpolitischen Krise der absoluten Monarchie war. „Jede Reform, die die Produktivität der Ökonomie erhöhte, hätte eine Steigerung der besteu­r­baren Einkommen und Ausgaben bedeutet sowie, durch den Einfluss des Wohlstandes auf die Bevölkerung, ein Anwachsen der besteu­r­baren Untertanen. Was wir Wirtschaftswachstum nennen würden und Beobachter im 18. Jahrhundert Handelsfortschritt nannten, hätte automatisch die fiskalischen Nöte des Staates gelindert.“

Institutionen geschaffen werden, denen Souveränitätsrechte übertragen werden, um sie dem politischen Handeln zu entziehen, wie das beispielsweise bei manchen Zentralbanken der Fall ist, die gesetzlich darauf verpflichtet werden, Zinsentscheidungen allein anhand von ökonomischen Kennziffern zu treffen.⁶

Die Entkopplung des ökonomischen vom Regierungshandeln und der damit einhergehende Souveränitätsverlust kann aus zwei Perspektiven betrachtet werden. Aus einer Perspektive, die sich vor allem mit dem Namen Karl Marx verbindet, findet hier eine kritikwürdige Naturalisierung statt. Einem System, das sich scheinbar der aktiven Einflussnahme entzieht, wird es überantwortet, gesellschaftliches Handeln zu koordinieren. Seine Gesetze wirken als wären sie ein Naturgesetz, das sich zwangsläufig und oft „gewaltsam durchsetzt, wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt.“⁷

Kritiker*innen wie Marx lehnen ein solches Verständnis der Ökonomie aber nicht nur ab, weil die dahinter stehende Praxis zu katastrophalen Krisen führt. Noch problematischer scheint ihnen zu sein, dass durch die Naturalisierung der Ökonomie vollkommen aus dem Blick gerät, dass sich diese Quasi-Naturgesetze daraus ergeben, wie die gesellschaftliche Produktion auf historisch spezifische Weise koordiniert wird. Nur unter diesen Rahmenbedingungen gelten die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Historisch haben sie also nicht immer gegolten und ihre Geltungsbedingungen können im Prinzip durch menschliches Handeln, durch eine andere Weise, die gesellschaftliche Arbeitsteilung zu organisieren, wieder aufgehoben werden.⁸

Aus einer anderen Perspektive wiederum ist das Feld des ökonomischen Handelns durch die Autonomie, die ihm zugestanden wird, ein Paradigma für die radikale Selbstbeschränkung der Souveränität. Regierungsinstitutionen lassen – und sei es aus bloßen Nützlichkeitserwägungen, die sie von der Vergeblichkeit direkter Interventionen überzeugen – bewusst andere Formen der Koordina-

6 In seinem Beitrag in diesem Band zeigt Joseph Vogl, wie sich insbesondere im Bereich der Fiskalpolitik dabei die Souveränität ausdifferenziert und sich „neben und abseits staatlicher Autorität ein Souveränitätsreservat eigener Ordnung etabliert“. Vgl. dazu auch Vogl (2015), 160–163.

7 Marx (1962), 89.

8 Vgl. zu beidem den Beitrag von Friederike Habermann in diesem Band.

tion neben dem souveränen Befehl, der seinerseits entweder despotisch oder als Ergebnis von Beratungen und kollektiven Formen der Willensbildung zustande gekommen sein mag, bestehen. Es entsteht die Figur eines Staates, der für sich in Anspruch nimmt, in der Anwendung seiner Macht sparsam oder minimal zu sein, weil es zu seinen Grundprinzipien gehört, den Individuen Freiheiten nicht nur zuzugestehen, sondern diese Freiheiten zu ermöglichen und zu fördern. Damit hebt sich solch ein sparsamer Staat vom umfassenden Staat ab, der alles administrieren, beherrschen, planen und steuern will und den Foucault im historischen Sinn des Wortes „Polizei“, das zunächst Verwaltung bedeutete, „Polizeistaat“ nennt.

Foucault beobachtet, dass ein Staatsverständnis, das von Minimalismus und staatlicher Selbstbeschränkung geprägt ist, von einer neuen Welle des Liberalismus propagiert wurde, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg als „deutscher Neoliberalismus“ Gestalt annahm. Diese Erneuerung des Liberalismus⁹ war einerseits eine Reaktion auf die Beschädigung der Legitimität des Staates durch den Nationalsozialismus, fand andererseits aber auch im sozialistischen Lager Westdeutschlands Anklang, weil „dem Sozialismus eine intrinsische Regierungsrationalität fehlt“. Der Sozialismus, so Foucault, verfüge nämlich selbst über keine „strenge, intrinsische und autonome sozialistische Gouvernamentalität“ und könne deshalb „nur im Anschluß an verschiedene Typen von Gouvernamentalität umgesetzt werden“.¹⁰

Für einen Sozialismus, der sich von den repressiven Kontrollbürokratien im Ostblock abheben sollte, machte das Gesellschaftsentwürfe interessant, die versprachen, die Regierung anders, sparsamer und begrenzter auf die Individuen einwirken zu lassen. Die Geschichte des ökonomischen Denkens zeigt aber, dass trotz aller Selbstbegrenzung im Verhältnis von staatlichem Handeln zur ökonomischen Autonomie, gerade das ökonomische Subjekt, das seinen Interessen folgt, das „sensibel auf Veränderungen in den Umgebungsvariablen

9 Zum Verhältnis von Liberalismus und Neoliberalismus sowie deren jeweiligem Verständnis der Einbettung der Ökonomie in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang vgl. auch den Beitrag von Thomas Biebricher in diesem Band.

10 Foucault (2006), 135–137. Vgl. auch 136: „Der Sozialismus ist immer ein Zweig einer Gouvernamentalität. Hier zweigt er von dieser Art von Gouvernamentalität ab, dort von einer anderen, so daß er hier und dort sehr verschiedene Früchte hervorbringt“.

[...] auf nicht-zufällige, also systematische Weise [...] reagiert“¹¹, dass also gerade das Subjekt, auf dessen Freiheit sich der Neoliberalismus beruft und stützt, „in eminenter Weise regierbar ist.“¹²

Foucault kommt zu diesem Urteil aufgrund der Ausweitung ökonomischer Theorien auf die Steuerung menschlichen Verhaltens in allen möglichen Bereichen, von der Kriminalitätsbekämpfung bis zur Familienplanung.¹³

Eine solche Ausweitung von Steuerungsmodellen zeigt aber, dass die Grenze zwischen der Ökonomie als eigengesetzlichem Handlungsfeld und anderen menschlichen Handlungsweisen nicht nur einseitig durch den Staat überschritten werden kann. Während Regierungstechniken den ökonomischen Handlungsrahmen beschränken und sogar neu einrichten können, ermöglichen die Modelle ökonomischer Steuerung eine neue Weise des Regierens von scheinbar freien Handlungen.

Grenzkonflikte

Jürgen Habermas hat die Ausweitung der ökonomischen Rationalität über das System von Produktion und Distribution, also über die Ökonomie im engeren Sinn, hinaus bekanntlich als „Kolonialisierung der Lebenswelt“ beschrieben, die es aufzuhalten und abzuwehren gelte.¹⁴ Statt überall den zweckrationalen Einsatz von Mitteln

11 Foucault (2006), 370.

12 Ebd., 372.

13 Niklas Luhmann (1981, 88) hat ähnliches im Hinblick auf wohlfahrtsstaatliche Programme beobachtet: „Gerade der Wohlfahrtsstaat verwirklicht seine Programmatik über eine immense Zahl von neu geschaffenen subjektiven Rechten. [...] Das subjektive Recht [...] behält seine Form, aber es wird durch eine Vielzahl von Regelungen eingeschränkt; es wird gewissermaßen nochmals abstrahiert zur rechtstechnischen Form für das Anbringen von Bedingungen, die den eigentlichen sozialpolitischen Sinn der Rechtsgewähr realisieren. [...] Die Kontrolle geht auf den Adressaten der Rechte über: auf den, der sie zu erfüllen hat; denn dieser Adressat ist der Wohlfahrtsstaat, der zugleich die Bedingungen der Rechtsgewähr formuliert und sie im Rahmen seiner Zweckprogramme variiert.“

14 Vgl. Habermas (1981), 522f. Habermas sieht nicht nur eine Ausweitung der „Systemimperative“ des ökonomischen Handelns, sondern auch einen analogen Prozess hinsichtlich einer Ausweitung des Subsystems „Verwaltung“, mit ihren

zur Befriedigung von Bedürfnissen und Interessen zu optimieren, gehe es laut Habermas darum, Räume für verständigungsorientierte Praktiken des Zusammenlebens offen zu halten. Gleichwohl sieht Habermas auch in der Ökonomie als autonomem Handlungsfeld einen Wert. Ihre Selbstständigkeit sei das Resultat eines Differenzierungsprozesses in modernen Gesellschaften, der es erlaube, die Handlungsfähigkeit feldspezifisch zu steigern. So werde beispielsweise das ökonomische Handeln von moralischen oder politischen Ansprüchen entlastet und könne sich rein an ökonomischen Erfolgskriterien ausrichten.

Die Kolonialisierungsthese ist umstritten, nicht zuletzt, weil auf den zweiten Blick die Abgrenzung der gesellschaftlichen Teilsysteme voneinander alles andere als leichtfällt. Wie sollen beispielsweise das politische und das ökonomische System eindeutig voneinander unterschieden werden, wenn nicht nur wirtschaftspolitische Entscheidungen, sondern rechtlich kodifizierte Regelungen von der Produkthaftung über den Arbeitsschutz bis zu Ausfuhrbeschränkungen wirtschaftliche Entscheidungen wesentlich mit prägen, während umgekehrt politische Entscheidungen regelmäßig unter dem Vorbehalt stehen, negative Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung zumindest zu vermeiden oder, besser noch, im Gegenteil ökonomisch förderlich zu wirken. Schließlich sind einerseits die staatlichen Steuereinnahmen und andererseits die Sozialausgaben mit der wirtschaftlichen Gesamtlage verknüpft.

Systemtheoretisch könnte noch versucht werden, solche Prozesse, bei denen Politik und Ökonomie einander durchdringen, als Kopplungseffekte zu beschreiben.¹⁵ Doch auch auf der Ebene der unmittelbaren ökonomischen Kooperation, ist die instrumentelle Rationalität keineswegs allein handlungsbestimmend. Wer was tut, was als Arbeit überhaupt anerkannt wird, welche Tätigkeiten sich zu einem Berufsbild zusammensetzen und wie die einzelnen Tätigkeiten bewertet und auch entlohnt werden, wird beispielsweise vielfach auf eine scheinbar außerökonomische Weise entschieden.¹⁶

bürokratischen Koordinationsweisen (522). Beide wirken laut Habermas durch „Verrechtlichung in Bereichen wie Familie, Schule, Sozialpolitik usw.“, wo sie aber „dysfunktional“ sind (547).

15 Vgl. dazu Möller/Siri (2023), 146–150.

16 Vgl. dazu den Beitrag von Bastian Ronge in diesem Band.

Jenseits der Verträge, die die ökonomischen Subjekte miteinander schließen, sind zudem für das Funktionieren von Unternehmen Verständigungs- und Koordinationsprozesse notwendig, die sich weder auf Marktmechanismen¹⁷ noch auf die Managementfunktion von Unternehmer*innen oder ihren Bevollmächtigten zurückführen lassen. Ohne das implizite Wissen der unmittelbar Handelnden und miteinander Kooperierenden, wäre eine Aufrechterhaltung der Produktion gar nicht möglich.¹⁸ Diese Sicherung erfolgt in vielen Fällen gegen das Management und seine Versuche, die Effizienz von Prozessen immer weiter zu erhöhen, die ihm nur teilweise zugänglich und verständlich sind.

Doch auch wenn die Sphären der Ökonomie, der Politik, der Bürokratie, des Rechts, der Verständigung und so weiter sich vielfach durchdringen und wechselseitig modifizieren, lassen sich ihnen doch unterschiedliche Handlungsmotive, Verfahren und Modi der Rationalität zuordnen, die in diesen Sphären systematisch aufrechterhalten und stabilisiert werden. erst aufgrund dieser sphärentypischen Logiken konnte das Modell der sich ausdifferenzierenden Handlungssphären überhaupt Plausibilität für sich in Anspruch nehmen. Die Schwierigkeiten der Abgrenzung der einzelnen Sphären gegeneinander, zeigen aber nur, dass das, was Habermas als Abwehr der instrumentellen Rationalität auf die Sphären des verständigungsorientierten kommunikativen Handelns beschreibt, vervielfältigt und in viele Praktiken eingeschrieben gedacht werden muss.

17 Diese Beobachtung war der Ausgangspunkt der Institutionenökonomik im klassischen Aufsatz von R. H. Coase „The Nature of the Firm“ (1937), der allerdings das Ungenügen der Marktmechanismen zur Erklärung der Funktionslogik von Unternehmen zunächst nur durch das Handeln des „Unternehmer-Koordinators, der die Produktion steuert“ (1937, 388) und dabei zur Senkung der Transaktionskosten auf Planungsverfahren zurückgreift, ergänzt. (Ich verdanke den Hinweis auf diesen Ausgangspunkt der Institutionenökonomik und seine Bedeutung für den hier diskutierten Zusammenhang Ian Stephan.)

18 Vgl. Demirović (2002), 307: „Keine Post, kein Automobilwerk, keine Universität könnte funktionieren, wenn sie nur nach systemischen Gesichtspunkten des autopoietischen Minimums operieren würden. Das ist Utopie. Vielmehr sind es die sozialen Akteure, die mit ihren Initiativen, ihren Einsichten, ihrem Konsens, ihren Gewohnheiten systemische Abläufe reproduzieren.“ Zu einer Ausweitung dieses Gedankens auf die Gesellschaftlichkeit des ökonomischen Handelns insgesamt vgl. den Beitrag von Demirović in diesem Band.

Nancy Fraser hat in diesem Sinne eine Reihe von „Grenzkonflikten“ – *boundary struggles* – beschrieben, die den Kapitalismus als institutionalisierte gesellschaftliche Ordnung durchziehen. Die „Subjekte des Kapitalismus – die schließlich in mehr als einer Sphäre leben – erfahren [vor allem in Krisenzeiten] Normkonflikte“¹⁹. Solche Grenzkonflikte sieht Fraser dabei vor allem dort auftreten, wo die Ökonomie auf Voraussetzungen, wie Natur, Reproduktions- und Erholungsmöglichkeiten oder politische Macht, angewiesen ist, die sich ökonomisch nicht herstellen oder hinreichend aufrechterhalten lassen. Je mehr die ökonomische Rationalität dazu führt, dass diese Voraussetzungen untergraben werden, umso stärker werden, so Fraser, die Gegenkräfte, die auf eine Begrenzung und ein Zurückdrängen der ökonomischen Logik drängen. Dabei sei es aber falsch, die Sphären, auf die die kapitalistische Ökonomie in dieser Weise angewiesen ist, einfach als „außer-ökonomisch“ zu bezeichnen, bilden die Sphären doch nur gemeinsam jenes institutionelle Gefüge, das als kapitalistische Gesellschaft bezeichnet werden kann. Care, Ökologie und verständigungsorientiertes politisches Handeln sind deshalb auch nicht einfache Alternativen zum Kapitalismus, obwohl die von ihnen geprägten Handlungsfelder mit der ökonomischen Logik im engeren Sinn systematisch konfligieren. Sie bilden mit ihm eine krisengeschüttelte Einheit.

Kritik

Im Kontext einer Gesellschaftstheorie, die versucht, die institutionelle Integration sich widerstrebender Handlungssphären und unvereinbarer Logiken nachzuvollziehen, könnte Foucaults Frage, wie Regierungstechniken durch die Verselbstständigung der Ökonomie entstehen und sich verändern, von Grund auf verfehlt erscheinen. Denn es wirkt so, als unterschätze sie die konstitutiven Verflechtungen und Abhängigkeiten. Doch gilt es festzuhalten, dass sowohl die Frage nach den spezifischen Weisen des Regierens, die sich mit den Praktiken der kapitalistischen Ökonomie verbinden, als auch die Frage nach möglichen post-kapitalistischen Regierungsformen, die

¹⁹ Fraser (2014), 69.

sich nicht des Polizeistaatsmodells bedienen, durch diesen Einwand ihre Berechtigung noch nicht verloren haben.²⁰ Zudem schreibt Foucault durch die Engführung von ökonomischen Praktiken, Regierungstechniken und Subjektivierungsweisen ein Programm fort, dass sich unter dem Titel „Kritik“ der Frage nach einem Zusammenhang von Ökonomie und Gesellschaft gewidmet hat, der weder durch strukturelle Kopplung noch durch systemische Integration hinreichend beschrieben ist.

Die Kritik hat sich als eigenständige Weise der Beschäftigung mit der Ökonomie im Anschluss an die ersten volkswirtschaftlichen Theorien ökonomischer Ordnungen und ihrer Verfassungen entwickelt. In Abgrenzung zu Pierre-Joseph Proudhon und seiner *Philosophie des Elends*, hat zunächst Marx nach systematischen Gründen in diesen Theorien gesucht, warum die Praxis der freien Verträge und des marktvermittelten Austauschs ohne unmittelbaren Zwang in Zwangslagen umschlägt, durch die die realen Arbeitsverhältnisse im Kapitalismus von Unterwerfung und Ausbeutung geprägt sind. Solche Gründe lassen sich in der inneren Logik der Austauschbeziehungen finden. Sie betreffen die spezifische juristische Deutung, mit der die Ideale Freiheit und Gleichheit in einer solchen Ordnung, rein formal Wirklichkeit werden, ohne substantiell ausgestaltet oder in einer Weise materiell unterfüttert zu sein, die tatsächliche Freiheit und Gleichheit ermöglichen würden.

Ausbeutung und Unterwerfung, so die marxsche Analyse, sind das Ergebnis ungleicher ökonomischer Positionen, die die einen „Freien und Gleichen“ von den Entscheidungen und dem Wohlwollen anderer „Freier und Gleicher“ abhängig machen, ohne dass das umgekehrt gleichermaßen gilt. Das formale Verständnis von Freiheit und Gleichheit zementiert die Ungleichheit, die es verdeckt, schiebt

20 Häufig wird übersehen, welchen Status die Vorlesungen am *Collège de France* im Denken Foucaults haben. Foucault probierte in diesen Vorlesungen anhand historischer Studien Modelle aus, ohne sich diese Modelle deshalb schon zu eigen zu machen. Der Neoliberalismus – in dem historisch präzise beschrieben Sinn, in dem Foucault diese Bezeichnung gebraucht – eröffnet so eine Möglichkeit, Regierung, die Rolle des Staates und des Rechts anders als im Polizeistaatsmodell zu denken. Das sich hier eine Alternative auch zur Regierungsweise, die für den Sozialismus im Ostblock charakteristisch war, erkennen lässt, sollte nicht dazu verführen, in Foucault bereits den Verfechter einer Ordnung sehen, die die Subjekte – wie bereits zitiert – „in eminenter Weise regierbar“ (2006, 372) macht.

aber die Schuld dafür den Benachteiligten zu. Für Marx handelt es sich deshalb um ein Herrschaftsverhältnis, bei dem die Form nicht von ihrem Inhalt zu trennen ist und der soziale Gehalt systematisch verschleiert wird. Und auch bei Foucault ist die Regierbarkeit des *homo oeconomicus* ein Effekt der scheinbar freien Interessenverfolgung, die in Wirklichkeit durch das enge, von den ökonomischen Praktiken gestützte Verständnis von Freiheit bestimmt wird, für das Freiheit Wahlfreiheit meint und Rationalität ausschließlich einen möglichst sparsamen Mitteleinsatz zur Erreichung von subjektiv gewollten Zielen.

In beiden Fällen erzeugt die ökonomische Praxis ein Selbstverständnis der handelnden Menschen, das sich nicht auf ökonomische Transaktionen im engeren Sinn beschränkt. Vielmehr prägt es die Wahrnehmung der eigenen Natur, der sozialen Beziehungen und der möglichen Rollen, die die Einzelnen in diesen für sich sehen. Damit wirken die ökonomischen Praktiken weit über ihren Bereich hinaus und prägen beispielsweise die politische, rechtliche, familiäre und sogar religiöse Subjektivität mit. Ökonomische Handlungsweisen stehen in diesem Sinne „mit anderen Praktiken auf vielfältige Weise in Beziehung und bilden (gemeinsam mit diesen) einen Teil der sozio-kulturellen Struktur der Gesellschaft.“²¹

Dabei ist es nicht entscheidend, welche der Praktiken zuerst da war und die anderen hervorbrachte oder zumindest ermöglichte. Wichtig ist, dass sich diese Praktiken mittlerweile gegenseitig stützen und erhalten, sodass sie nicht isoliert voneinander verändert werden können. Deshalb erklärt auch Max Horkheimer in seinem „Nachtrag“ zum berühmten Aufsatz „Traditionelle und kritische Theorie“ von 1937, dass das Problem am Ökonomismus nicht sei, dass er zu viel erklären wolle, sondern dass er „das Ökonomische [...] zu eng“ fasse und die „ursprüngliche, aufs Ganze zielende Intention [...] hinter der Berufung auf abgegrenzte Phänomene“ verschwinde.²² Vergesellschaftung – für Horkheimer der Gegenbegriff zum Kapitalismus – erschöpfe sich deshalb auch nicht in volkswirtschaftlichen oder juristischen Fragen, etwa danach ob sie die Produktivität steigern oder neue an die Stelle alter Eigentumsverhältnisse treten lasse. „Das Problem, was und wie produziert wird, ob relativ feste Gruppen

21 Jaeggi (2017), 164.

22 Horkheimer (1992), 266.

mit speziellen Interessen existieren, soziale Unterschiede festgehalten werden oder sich gar vertiefen, ferner die aktive Beziehung des Einzelnen zur Regierung, das Verhältnis aller entscheidenden, die Individuen betreffenden Verwaltungsakte zu ihrem eigenen Wissen und Willen, die Abhängigkeit aller vom Menschen beherrschbaren Zustände von wirklicher Übereinkunft, kurz, der Entwicklungsgrad der wesentlichen Momente realer Demokratie und Assoziation gehört mit zum Inhalt des Begriffs Vergesellschaftung. Vom Ökonomischen“, so kommentiert Horkheimer diese Aufzählung schließlich, „ist keine dieser Bestimmungen abzulösen“.²³

Die Analysen von Marx und Foucault widersprechen dem von Horkheimer formulierten Ziel nicht. Sie machen nur noch deutlicher, welche Herausforderung sich hinter ihm verbirgt, weil es nicht darum gehen kann, den Bereich „realer Demokratie“ dem Bereich der „Ökonomie im engeren Sinn“ hinzuzufügen, sondern es entscheidend ist, die Verflechtung und Durchdringung dieser „Bereiche“ zu erfassen. Wenn Rahel Jaeggi also vorschlägt, nicht wie Habermas das Übergreifen der ökonomischen Handlungslogik auf andere gesellschaftliche Bereiche zu kritisieren, sondern die ökonomischen Praktiken „selbst als *gescheiterte ökonomische Praktiken* zu begreifen“²⁴, dann muss das bedeuten, dass die Praktiken nicht einfach anhand von ökonomischen Kriterien wie dem Grad der Produktivität oder rechtlichen Kriterien, wie inkonsistenten Eigentumsverhältnissen scheitern, sondern dass sie im Hinblick auf die Dimensionen, die Horkheimer im Hinblick auf die Vergesellschaftung aufzählt nicht zu überzeugen vermögen – weil sie die „reale Demokratie“ untergraben, oder die Fähigkeit der Menschheit, auf Probleme wie die ökologische Überforderung des Planeten oder zusammenbrechende Care-Regime²⁵ zu reagieren.

Aus einer solchen Perspektive ist aber nicht nur der Kampf um die Grenzen zwischen Ökonomie, Ökologie, Care, Politik und dergleichen von Bedeutung. Die Verselbstständigung gesellschaftlicher Bereiche selbst beschreibt schon ein Moment der Verdinglichung sozialer Beziehungen, das heißt, das Moment von Praktiken, sich selbst systematisch ihrer Veränderung zu entziehen. Eine solche Verdingli-

23 Ebd., 267.

24 Jaeggi (2017), 164.

25 Vgl. dazu den Beitrag von Maria Funder in diesem Band.

chung lässt sich nun aber nicht einfach durch bloßen Entschluss aufheben. Sie ist im systematischen Zusammenhang der Praktiken fundiert, weshalb es für eine Gesellschaftstheorie, die ihren Gegenstand nicht verfehlen will, immer darauf ankommt, „das spezifische der einzelnen Gegenständlichkeitsform ebenso in ihrer Selbständigkeit wie in ihrer Abhängigkeit vom Ganzen der Gesellschaft zu betrachten.“²⁶

Einem solchen Programm ist *kontrovers* – Reihe für interdisziplinäre Gesellschaftstheorie zu Politik, Ökonomie und Recht verpflichtet. Sie soll die Erwartungen, Konflikte und Krisen moderner Gesellschaften durch die Beteiligung der einschlägigen Wissenschaften sichtbar und sagbar machen, indem sie die verschiedenen Perspektiven nicht aufeinander reduziert, sondern Wechselwirkungen sichtbar macht. Im diesem ersten Band der Reihe soll das geschehen, indem die darin präsentierten Texte deutlich machen, dass die Ökonomie nicht länger nur als eine spezifische Wissenschaft betrieben werden sollte, die sich mit Modellen und Vorhersagen des ökonomischen Handelns im engeren Sinn beschäftigt, sondern dass die Ökonomie als Gesellschaftswissenschaft im Zusammenspiel mit anderen Gesellschaftswissenschaften in einen umfassenden gesellschaftstheoretischen Entwurf integriert werden muss.

Literatur

- Coase, Ronald H. (1937), The Nature of the Firm, in: *Economia. New Series* 4.16, 386–405.
- Demirović, Alex (2002), Ohnmächtige Differenz und die Konstitution der Politik, in: Hellmann, Kai-Uwe/Rainer Schmalz Bruns (Hg.), *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 297–316.
- Foucault, Michel (2006), Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesungen am Collège de France 1978–1979, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy (2014), Behind Marx’s Hidden Abode. For an Expanded Conception of Capitalism, in: *The New Left Review* 86, 55–72.
- Habermas, Jürgen (1981), *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

26 Negt (1973), 23.

- Horkheimer, Max (1992), Nachtrag (1937), in: ders., Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze, Frankfurt/M.: Fischer, 261–269.
- Jaeggi, Rahel (2017), A Wide Concept of Economy. Economy as a Social Practice and the Critique of Capitalism, in: Deutscher, Penelope /Cristina Lafont (Hg.), Critical Theory in Critical Times. Transforming the Global Political and Economic Order, New York: Columbia University Press, 160–179.
- Jaeggi, Rahel (2018), Lebensformen als Problemlösungsinstanzen, in: Philosophisches Jahrbuch 125.1, 64–89.
- Luhmann, Niklas (1981), Subjektive Rechte. Zum Umbau des Rechtsbewußtseins für die moderne Gesellschaft, in: ders., Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft 2, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 45–194.
- Malestroict, Jehan Cherruyt/Jean Bodin (1568), Les paradoxes du seigneur de Malestroict, conseiller du roy, & Maistre ordinaire de ses comptes, sur le fait des Monnoyes, présentez à sa Majesté au mois de Mars, M.D.L.X.V.I., avec la réponse de M. Iean Bodin ausdicts paradoxes, Paris: Martin le Jeune. Online unter: <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k800896>
- Marx, Karl (1962), Das Kapital. Bd. 1 (=Karl Marx/Friedrich Engels. Werke. Bd. 23), Berlin: Dietz.
- Möller, Kolja/Siri, Jasmin (2023), Niklas Luhmann and Critical Systems Theory, in: Rogowski, Ralf (Hg.). The Anthem Companion to Niklas Luhmann, London: Anthem, 141–154.
- Negt, Oskar (1973), Über das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaftstheorie bei Karl Marx, Hamburg: Verlag O.
- Sewell, William H., Jr. (2021), Capitalism and the Emergence of Civic Equality in Eighteenth-Century France, Chicago und London: University of Chicago Press.
- Vogl, Joseph (2015), Der Souveränitätseffekt, Zürich und Berlin: Diaphanes.

Neoliberalismus, Wirtschaft und Gesellschaft

Einleitung

Das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft ist seit ihrem Auseinandertreten in vielerlei Hinsicht umstritten geblieben. Bis in die frühe Moderne und das Zeitalter des aufkommenden Kapitalismus hinein wurde im politischen Denken kaum die Notwendigkeit verzeichnet, systematisch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären zu trennen. Die Leitunterscheidung blieb gewissermaßen bis in die Neuzeit die Differenz zwischen weltlichem und geistlichem Regiment, die ursprünglich von Augustinus in *Civitate Dei* eingeführt worden und dann in der Reformationsära von Martin Luther noch einmal wirkmächtig affirmiert worden war. Die weltliche Ordnung selbst wurde von vielen prägenden Denkern als analogisches Verweissystem der Ähnlichkeiten verstanden, denkt man etwa an die Herrschaftsphilosophie Thomas von Aquins, der den Staat in Anlehnung an Aristoteles *mutatis mutandis* als große Familie verstand und daraus folgerte, dass der Staat genau wie die Familie auch nur von einer Person geleitet werden solle.¹ Diese Homogenität der relativen Ähnlichkeiten wird erstmals von Machiavelli aufgebrochen und spätestens mit dem Anbruch des kapitalistischen Zeitalters beginnt sich auf der Ebene der Gesellschaft eine Ausdifferenzierung zu vollziehen, die auch in der sozialwissenschaftlichen Betrachtung Niederschlag findet – nicht zuletzt in Form der Auseinanderentwicklung von Spezialdisziplinen, die sich den nun erkennbar werdenden Einzelsphären moderner Sozialität vom Recht über die Politik bis hin zur Ökonomie widmen, die auch aufgrund dieser Spezialisierung zusehends als mehr oder weniger vollständig eigenständige Sphären erscheinen, mutmaßlich jedenfalls als solche von den jeweiligen Disziplinen analysierbar sein sollen. Gleichzeitig beginnen die Debatten

1 Vgl. Thomas von Aquin (1999).

über das Verhältnis der diversen gesellschaftlichen Teilbereiche, die bis heute nicht beendet sind und an die auch der vorliegende Beitrag anschließt.

In einem ersten Schritt werde ich zwei sozialtheoretische Entwürfe zum Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft in der gebotenen Kürze vorstellen, die vor allem im linken politischen Spektrum über lange Zeit hinweg beträchtlichen Einfluss für sich geltend machen konnten, und zwar das Basis-Überbau Schema der marxistischen Tradition sowie das System-Lebenswelt-Paradigma, wie es von Jürgen Habermas im Anschluss an phänomenologische Ansätze einerseits und systemtheoretische Entwürfe andererseits entwickelt wurde. In beiden Fällen besteht ein zentrales konzeptionelles Problem darin, davon auszugehen, dass bestimmten Phänomene eindeutig unter eine der beiden Komponenten subsumiert werden können, welche sich wiederum klar voneinander separieren und sich so auch in einen eindeutigen Wirkungszusammenhang bringen lassen sollen, was wiederum zu berechtigter Kritik Anlass gegeben hat.

In einem zweiten Schritt werde ich mich der Theorietradition des Liberalismus und Neoliberalismus zuwenden, um zu klären, inwieweit auch hier, unter spiegelbildlichen normativen Vorzeichen, eine ähnlich problematische Sichtweise im Hinblick auf strikt separierte Sphären anzutreffen ist. Wie ich zeigen werde, gibt es hier gerade hinsichtlich des Neoliberalismus weitverbreitete Fehldeutungen, die sich in der Vorstellung auf den Punkt bringen lassen, beim Neoliberalismus handele es sich um die Doktrin selbstregulierender Märkte. Vielmehr besteht die Pointe des neoliberalen Denkens zumindest in seiner ursprünglichen Anlage und Originalität gerade darin, das Verhältnis zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Sphären zu analysieren, und zwar nicht als exogenes Bedingungsverhältnis bereits bestehender Entitäten, sondern – zumindest in der Tendenz – als gegenseitig konstitutives Verhältnis.

Der Neoliberalismus gilt darüber hinaus nicht nur als Doktrin der selbstregulierenden Märkte, sondern auch als Doktrin des ökonomischen Imperialismus, dem gemäß die Mechanismen des Marktes noch in den ökonomiefürnsten Winkeln des Sozialen verankert werden sollen. Auch diese Vorstellung soll hier in einem letzten Schritt erörtert werden, um zu klären, inwieweit die normativ-transformativische Stoßrichtung des Neoliberalismus tatsächlich in einer umfassenden Ökonomisierung besteht, wodurch ja dann der Fluchtpunkt

des neoliberalen Projekts darin bestände, die Unterscheidung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die konsequente Assimilierung letzterer an erstere obsolet werden zu lassen. Denn dann gälte gewissermaßen: *Wirtschaft ist Gesellschaft* – was bezeichnenderweise der Untertitel des Wirtschaftsmagazins *Capital* ist.

Die Ökonomie und ihr Anderes – Zwei Entwürfe

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.“² So heißt es bei Marx im Vorwort zur *Kritik der politischen Ökonomie* aus dem Jahre 1859, und es gibt wohl nur wenige Passagen in der Geschichte des polit-ökonomischen Denkens, die sich einer so breiten wie auch kontroversen Rezeption erfreuen können, wie jene. Die zitierte Stelle gilt nicht von ungefähr als die kondensierte Formel des Historischen Materialismus, mit der das marxistische Geschichtsbild und gleichzeitig auch das uns interessierende Verhältnis der Sphäre der Ökonomie zu seiner Umgebung radikal pointiert zusammengefasst wird. Doch pointiert kann die Skizze natürlich nur deshalb sein, weil sie auf einer äußerst hohen Abstraktionsebene operiert und so notgedrungen massiv interpretationsbedürftig bleibt und zwar nicht nur deshalb, weil Begriffe wie Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte der Klärung bedürfen, sondern auch weil bestimmte Formulierungen eine unbestreitbare Ambiguität aufweisen, die unterschiedliche Auslegungen mit ebenso unterschiedlichen Implikationen ermöglichen: Was genau bedeutet es etwa, dass Bewusstseinsformen einer realen Basis ‚entsprechen‘? Geht es hier um kausale Bestimmungsverhältnisse oder gar deterministische Vorstellungen – eine Frage die sich ja auch im Anschluss an die berühmte Passage

2 Marx/Engels (1974), 8.

aus der *Deutschen Ideologie* (1845/46) von Marx und Engels stellt, wo es bekanntlich heißt, dass das Sein das Bewusstsein ‚bestimmt‘.³

Im Zuge der Kanonisierung des Marx'schen Denkens im Rahmen der Zweiten Internationalen entwickelte sich eine orthodoxe Deutung des Historischen Materialismus, der vor allem den Materialismus hervorhob und auf dem eindeutigen Primat der ökonomischen Basis insistierte, die gegenüber dem Überbau gewissermaßen ontologischen Vorrang genieße und dementsprechend auch die Entwicklungen in jenen derivativen Domänen des Überbaus wie Staat, Recht und Religion erklären könne. Als fundamental für das Verständnis des gesellschaftlichen Überbaus sollte die Kombination von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gelten, wie es ja auch Marx' topische Formulierungen durchaus nahelegten. Diese Orthodoxie produzierte zwar erwartungsgemäß auch heterodoxe Lesarten von Karl Korsch bis Antonio Gramsci, aber das Primat der ökonomischen Sphäre gegenüber seiner gesellschaftlichen Umgebung wie auch der Art und Weise, wie das gesellschaftliche Ganze im Bewusstsein der Akteure erschien (die Ebene der Ideologie), blieb auch da diskursiv hegemonial im marxistischen Denken, wo es in salvatorische Formeln gekleidet wurde wie etwa bei Engels, laut dem das Ökonomische zumindest ‚in letzter Hinsicht‘ die Geschehnisse in Gesellschaft und Politik bestimme. Sicherlich sei das Verhältnis zwischen Ökonomischem und Nicht-Ökonomischem nicht als unilateral-deterministisches zu verstehen, aber bei allen Interaktionseffekten bleibe die grundsätzliche Dominanz des Ökonomischen bestehen, die der Autonomie etwa des Staates ‚letztlich‘ ihre Grenzen aufzeige – wobei nur fraglich blieb, wo genau diese Grenzen lagen. Die konzeptionellen Probleme waren damit mitnichten gelöst, was auch in Louis Althusser's Einschätzung zum Ausdruck kommt: „die einsame Stunde der ‚Bestimmung in letzter Hinsicht‘ schlägt nie.“⁴

Diese Reaktion stammt bereits aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und im Laufe der 1970er Jahre und dem damaligen Revival marxistischer Staatstheorie, die sich nicht zuletzt mit der Miliband-Poulantzas-Debatte⁵ verbindet, wurden auch die Grundfragen des Historischen Materialismus noch einmal neu aufgeworfen

3 Vgl. Marx/Engels (1973), 26 ff.

4 Althusser (1969), 113.

5 Vgl. Miliband (1969), Poulantzas (1972).

und zwar nicht zuletzt aus Perspektive des analytischen Marxismus. Aus dieser Perspektive legte G. A. Cohen 1978 mit *Marx's Theory of History: A Defence* eine Verteidigung des Historischen Materialismus vor, die schnell zum Klassiker des Genres, aber auch Gegenstand von scharfer Kritik wurde.⁶ Cohen versuchte zu zeigen, dass letztlich die Produktivkräfte der Motor geschichtlicher Dynamik seien, deren Entwicklung zu Veränderungen in den Produktionsverhältnissen führten, welche dann wiederum Auswirkungen auf die diversen Überbauphänomene hätten. Es war die Verteidigung der orthodoxen Lesart, wie man sie etwa bei Georgi Plechanow findet, auf der Grundlage einer Reformulierung, die den Standards begrifflicher und logischer Strenge der analytischen Philosophie gerecht werden sollte. Aber das, was als „technologischer Determinismus“ Cohens bezeichnet wurde,⁷ provozierte auch fundamentale Kritik. In einer brillanten Analyse zeigte etwa Derek Sayer aus der Perspektive des Kritischen Realismus die Defizite von Cohens Reformulierung auf, die Sayer letztlich darauf zurückführte, dass sich die diversen Ebenen im Basis-Überbau-Schema eben nicht fein säuberlich trennen ließen, wie es bei Cohen den Anschein hatte. Schon lange war das Problem bekannt, dass Bewusstseinsformen oder Wissen zwar einerseits ganz eindeutig dem Überbau zugeordnet waren, aber doch nur schwer bestritten werden konnte, dass Wissen über bestimmte Technologien/Techniken auch unter der Rubrik der Produktivkräfte zu verbuchen war. Neben einer Vielzahl von anderen oftmals wissenschaftstheoretischen Argumenten wies Sayer aber auch etwa darauf hin, dass die Unterscheidung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen innerhalb der Basis ebenso fragwürdig war, die die zwischen Basis und Überbau: Produktivkräfte, wie etwa eine Maschine, so Sayer, würden erst durch die Einbettung in bestimmte Produktionsverhältnisse zu eben jenen Produktivkräften. Eine Maschine, die ohne Personal und Treibstoff am Strand stehe, könne schlichtweg nicht als Produktivkraft bezeichnet werden. Grundsätzlicher formuliert, ließ sich aus Sayers Argumentation die Schlussfolgerung ziehen, dass es keinen Sinn ergebe, von Produktivkräften unabhängig von Produktionsverhältnissen zu sprechen, wollte man sich nicht der *Violence of Abstraction* – so der Titel von

6 Vgl. Cohen (1978).

7 Warren (1991), 254.

Sayers Studie – schuldig machen.⁸ Die Vorstellung, dass also ein bereits bestehendes A (Produktivkräfte) auf ein ebenso bestehendes B (Produktionsverhältnisse) wirke, um dann wiederum Effekte auf ein davon trennbares C (Überbau) zu haben, sei – in letzter Hinsicht – unhaltbar.

Handelte es sich bei dieser kritisch-realistischen Kritik der historisch-materialistischen Orthodoxie im Gewande des analytischen Marxismus um eine Debatte, die über die diverse Fachöffentlichkeit hinaus kaum wahrgenommen wurde, so galt dies nicht für die poststrukturalistische Kritik an eben jener Orthodoxie, die Ernesto Laclau und Chantal Mouffe schon zwei Jahre zuvor in Form von *Hegemony and Socialist Strategy* vorgelegt hatten, einem Buch, das ‚post-marxistische‘ Diskurse für die nächsten zwei Dekaden prägen sollte.⁹ Auf der Grundlage einer Rekonstruktion des marxistischen Diskurses und seiner ‚Krisen‘ angesichts ausgebliebener Revolutionen und den reformistischen oder revisionistischen Praktiken sozialistischer/sozialdemokratischer Akteure, deuteten Laclau und Mouffe die orthodoxe Lesart des Historischen Materialismus als eine Art Rückversicherung der marxistischen Theorie, dass ihre Einsichten trotz der Diskrepanzen mit der Wirklichkeit nicht ihre Validität eingebüßt hatten.¹⁰ Aber auch wenn sie gegenüber Sayer andere argumentative Pfade verfolgten und stärker auf poststrukturalistische Konzepte zurückgriffen, wie sie von Foucault oder Derrida eingeführt worden waren, wies der Gesamtbefund durchaus einige Korrespondenzen auf: Von einem wie auch immer gearteten Determinationsverhältnis des Ökonomischen gegenüber der Gesellschaft zu sprechen, war allein schon deshalb irreführend, weil es laut Laclau und Mouffe gar keine Gesellschaft als vollkonstituiertes Gebilde gab. Und im Hinblick auf die Problematik des Historischen Materialismus argumentierten sie analog, dass es auch keine für sich existierende Basis geben konnte, die gewissermaßen als unbewegter Beweger und als fundamentaler Bestimmungsgrund für soziale Entwicklungen fungieren sollte. Die radikale Demokratie, die das Buch im Titel führte, war eine ohne geschichtsphilosophisches Netz und historisch-materialistischen doppelten Boden, in der die Identitäten

8 Vgl. Sayer (1987).

9 Vgl. Laclau/Mouffe (2001).

10 Ebd., 19.

sozialer Akteure artikuliert werden mussten und der Vorrang des Ökonomischen sowie der entsprechenden (Klassen-)Akteure gegenüber den übrigen Sphären des immer unabgeschlossenen Sozialen weitestgehend kassiert worden war.

Das Basis-Überbau-Schema war aber nicht nur aus Perspektive des Kritischen Realismus und des diskursanalytisch angereicherten Post-Marxismus unter Beschuss geraten. Schon 1976 hatte sich Jürgen Habermas in seiner *Rekonstruktion des Historischen Materialismus* mit der Problematik von Basis und Überbau auseinander gesetzt und für eine Umstellung des gesamten Begriffsapparates und einer damit einhergehenden Abkehr von dem geworben, was er als Produktionsparadigma im marxistischen Denken charakterisierte. Stattdessen sollte sich nun geschichtliche Entwicklung nicht nur über Innovationen im technischen Bereich (die Produktivkräfte) erklären lassen, sondern durch letztlich kommunikativ hergestellte gesellschaftliche Integrationsformen (die Kommunikationsverhältnisse), die gerade erst die Innovationsschübe im technischen Bereich ermöglicht hätten.¹¹ Dementsprechend gebühre, wenn überhaupt, dieser kommunikativ verfassten Sphäre der Vorrang gegenüber der Welt von Arbeit und Produktion. Damit war eine zentrale Voraussetzung für Habermas' *opus magnum* geschaffen, der 1981 erschienenen *Theorie des kommunikativen Handelns*, in der Habermas die bereits in den früheren Schriften angesprochenen kommunikativen Lernprozesse in der sogenannten Lebenswelt verankerte, der er im Hinblick auf jene Prozesse auch dementsprechende Rationalisierungspotentiale zusprach. Dieser kommunikativ integrierten Lebenswelt standen in Habermas' neu entwickelter Theorie-Architektonik nun die gesellschaftlichen Subsysteme von bürokratischem Staat und kapitalistischer Ökonomie gegenüber. Und obwohl die Entkoppelung von Staat und Wirtschaft aus einer ehemals holistisch verstandenen Gesellschaft insgesamt erst die Voraussetzung für die Rationalisierungsschübe der Lebenswelt schaffe, indem diese von den Notwendigkeiten der materiellen Reproduktion der Gesellschaft entlastet wird, führe die expansive Dynamik der Subsysteme dazu, dass sie sich mittelfristig gegen die Lebenswelt richteten und diese durch die Systemlogiken und ihre jeweiligen Medien (Macht und Geld) zu kolonisiert werden drohten: „Während das verständigungsorientierte

11 Vgl. Habermas 1976.

Handeln gegenüber den normativen Kontexten immer größere Selbständigkeit erlangt, wird der gleichzeitig immer stärker beanspruchte und schließlich überforderte Mechanismus sprachlicher Verständigung andererseits durch entsprachlichte Kommunikationsmedien ersetzt [...] die Rationalisierung der Lebenswelt ermöglicht eine Steigerung der Systemkomplexität, die so hyperthrophiert, daß die losgelassenen Systemimperative die Fassungskraft der Lebenswelt, die von ihnen instrumentalisiert wird, sprengen.“¹²

Die sogenannte Kolonialisierungsthese war zwar nur eine von mehreren Krisendiagnosen, die in der *Theorie des kommunikativen Handelns* formuliert wurde, sie avancierte aber schnell zu meistdiskutierten: Zur Debatte stand hier nicht zuletzt auch die Grundanlage der Theorie, in der in den Augen ihrer Kritiker:innen nun durch die Verknüpfung von Lebenswelt und Systemen Hermeneutik und Funktionalismus eine „unglückliche Ehe“ eingegangen seien¹³ – womöglich könnte man sogar von dem sprechen, was im Englischen als *shotgun wedding* bezeichnet wird. Aber selbst wenn man bereit war, Habermas' duale Theorie der Gesellschaft grundsätzlich mitzutragen, schlossen sich an die Kolonialisierungsthese im Besonderen eine Vielzahl von kritischen Nachfragen im Hinblick auf die Implikationen an. Wie erwähnt, war Habermas der Meinung, dass die Ausdifferenzierung des ökonomischen und politischen Systems als unabdingbare Voraussetzung für eine weitere Rationalisierung der Lebenswelt zu gelten hatten, die Kolonialisierungsproblematik konnte also nicht durch eine lebensweltliche Wiedereinbettung von Ökonomie und Politik gelöst werden, denn dies wäre aus Habermas' Perspektive mit einer gesellschaftlichen Regression verbunden, die aus normativer Perspektive nicht wünschbar sei. Aber dann stellte sich offensichtlich die Frage, worin eigentlich die Idealvorstellung Habermas' bestand, in deren Namen die Kritik der Kolonialisierungsthese vorgetragen wurde. War es vorstellbar, dass die expansive Dynamik der Systeme nachhaltig arretiert würde, so dass Lebenswelt und Systeme in einer Art friedlichen Koexistenz bestehen könnten? Davon stand allerdings nichts in der Theorie des kommunikativen Handelns und so blieb als wenig verheißungsvolle Alternative einzig die Vorstellung kontinuierlicher Abwehrkämpfe, um nicht zu sagen

12 Habermas 1997, 232–233.

13 Joas (1986).

Rückzugsgefechte, in denen Akteur:innen wie die seinerzeit so genannten Neuen Sozialen Bewegungen, denen Habermas zentrale Bedeutung zusprach, die Integrität lebensweltlicher Strukturen gegen systemische Zudringlichkeiten zu verteidigen versuchten.

Aber nicht nur die Unterteilung der gesellschaftlichen Totalität in Lebenswelt und Systeme, wie es noch in der Diktion der alten Frankfurter Schule geheißen hätte, sondern ebenso deren bipolare normative Aufladung provozierte Widerspruch, auch wenn dieser sich in manchen Fällen auch aus einem Defizit an hermeneutischem Wohlwollen bei der Lektüre zu speisen schien: In dieser Lesart fiel die normative Bewertung von Lebenswelt und Systemen allzu eindeutig aus, wenn man die Ursachen der zentralen Probleme zeitgenössischer Gesellschaften oder gar der Moderne insgesamt allein den Systemen und ihren in die Lebenswelt ausgreifenden Imperativen anlastete. Habermas schien zu suggerieren, dass allein die Übergriffigkeiten der funktionalistischen Vernunft, wie sie die Systeme verkörperten, zu den Entstellungen und Pathologien der Gegenwart führten, wohingegen die Lebenswelt als Hort von Kommunikation, Dialog oder gar Konsens hypostasiert werde, deren utopischer Gehalt eben nur aufgrund der Kolonialisierung durch die Systeme unrealisierbar bleibe. Dies war insofern eine ungnädige Lesart, als Habermas keineswegs bestritt, dass es auch innerhalb der Lebenswelt sozusagen hausgemachte Probleme gebe, aber aus Sicht der Kritiker:innen gerieten diese nur allzu leicht aus dem Blick angesichts der vermeintlich überragenden Bedeutung der funktionalistischen Vernunft als zentraler Problemquelle. So wiesen feministische Autorinnen etwa mit Nachdruck darauf hin, dass sich Geschlechterkonflikte nur bedingt auf die systemische Belagerung der Lebenswelt zurückführen ließen und keinesfalls darauf reduziert werden konnten.¹⁴ Und insbesondere aus poststrukturalistischer, an Foucaults Machtanalytik geschulter Perspektive wurde dieser Punkt auch ins Grundsätzlichere gewendet: Die vermeintliche Unterteilung einer gewissermaßen unschuldigen und in diesem Sinne machtfreien Lebenswelt, die dann zur Zielscheibe von externen Strategien und Machtmechanismen werde, verkenne die Dezentralität der Machtproduktion, die eben weder vom Hobbesschen Souverän

14 Vgl. zu den feministischen Debatten über die Diskurstheorie Habermas' Meehan (1995).

im alteuropäischen Denken, noch von den gesellschaftlichen Subsystemen ausstrahle und damit auch eindeutig dort lokalisierbar sei, sondern bilde sich in den Kapillaren des Sozialen, wie es bei Foucault heißt, und auch die Lebenswelt bilde hier keine Ausnahme.¹⁵ Insgesamt blieb angesichts der Vielzahl der Einwände, die Habermas auch nicht in einer seiner zahlreichen Entgegnungen gänzlich entkräften konnte, der Eindruck, dass die Kolonialisierungsthese und womöglich die zweigleisige Gesellschaftstheorie insgesamt nicht das geeignete Instrumentarium zur Entschlüsselung gesellschaftlicher Problemlagen, aber auch des grundsätzlichen Verhältnisses zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Sphären darstellte, als das es annonciert worden war. Dieser Eindruck verstärkte sich insofern noch dadurch, dass Habermas zwar in der Folge an der Dualität von Lebenswelt und Systemen festhielt, auf die Kolonialisierungsthese aber kaum mehr systematisch zurückgriff.

Neoliberalismus als Ökonomismus?

Im marxistischen Diskurs ist von Ökonomismus die Rede, wenn es um reduktionistische Theorieentwürfe geht, in denen gesellschaftliche Phänomene auf ihre vermeintlichen ökonomischen Bestimmungsgründe zurückgeführt werden, wenn etwa Rassismus oder Misogynie als allein in kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen wurzelnd dargestellt werden. Grundsätzlicher noch trifft der Vorwurf des Ökonomismus aber alle Theoriedesigns, in denen die Ökonomie als autonome und separate Sphäre erscheint, die dann gegebenenfalls als Explikans für diverse Explikanda herangezogen werden kann und zwar nicht zuletzt eben aufgrund dieser postulierten Autonomie, so dass sie als anderen gesellschaftlichen Sphären vorgelagert und nicht wiederum von diesen beeinflusst erscheint.

Glaubt man einer Vielzahl von Kritiker:innen des Neoliberalismus, dann unterliegt das neoliberale Denken wie auch die neoliberale Praxis einem ganz ähnlich gelagerten und entsprechend problematischen Missverständnis über den Status der Sphäre der Ökonomie, die aus neoliberaler Sicht vor allem durch marktförmige

¹⁵ Vgl. Ashenden (1999).

Strukturen gekennzeichnet ist beziehungsweise sein soll.¹⁶ Denn bis in die jüngste Vergangenheit lautete das Verdikt des Mainstreams der Neoliberalismus-Kritik, es handele sich um das, was seinerzeit Karl Polanyi in *The Great Transformation* als die Doktrin sich selbst regulierender Märkte charakterisiert hatte.¹⁷ Das Ideal, dass der Neoliberalismus in Theorie und Praxis anstrebe, sei eine Marktsphäre, die gänzlich ohne staatliche Regularien auskäme; eine Sphäre der reinen Ökonomie, unkontaminiert von allen politischen Beimischungen; ein Reich, das in seiner Autonomie und man könnte sagen Autarkie gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Domänen auf frappierende Art und Weise den Vorstellungen ähnelt, wie man sie in der marxistischen Orthodoxie oder im technologischen Determinismus eines G.A. Cohen findet, in der eine autonome Sphäre des Ökonomischen angetrieben von der Entwicklung der Produktivkräfte als unbewegter Bewegter und entsprechender Motor gesellschaftlicher und historischer Entwicklungen gekennzeichnet wird. Im Folgenden soll diese Charakterisierung hinterfragt werden, die im Zuge der Finanzkrise sogar über die akademische Debatte hinaus in den politischen Raum gelangte und in deren Kontext Politiker wie der damalige australische Premierminister Kevin Rudd und der damalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die neoliberale Deregulierung der Finanzmärkte für die Finanzkrise verantwortlich machten und ebenso lautstark wie öffentlichkeitswirksam eine Abkehr von der Vorstellung sich selbst regulierender Märkte forderten.

Blicken wir also etwas genauer auf den neoliberalen Diskurs und wie er sich positioniert. Als Ansatzpunkt bietet sich hier das Walter-Lippmann-Kolloquium von 1938 an, in dessen Rahmen das Label des Neoliberalismus zum ersten Mal auftaucht und an dem neben Friedrich August Hayek auch die beiden deutschen Ordoliberalen Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, sowie eine Reihe weiterer Neoliberaler der ersten Stunde aus ganz Westeuropa zusammenkamen.¹⁸ Das Treffen stand ganz offensichtlich im Zeichen der Krise des Liberalismus, die auch das Thema von Lippmanns *Die Gesellschaft freier Menschen* war, dessen Veröffentlichung im Jahr zuvor

16 Vgl. Butterwegge et al. (2008).

17 Vgl. Polanyi (2001).

18 Vgl. Audier/Reinhoudt (2019).

den Anlass für das Kolloquium bot.¹⁹ Lippmann hatte in seinem Buch den Niedergang der liberalen Tradition beschrieben, die dringend einer grundlegenden Erneuerung bedürfe, solle sie nicht im Zeitalter des New Deals, des aufkommenden Keynesianismus und der Kollektivismen von links und rechts untergehen. Die Lektüre der Tagungsprotokolle zeigt, dass die große Mehrheit der Teilnehmer (abgesehen von Ludwig von Mises) sich die allgemeine Diagnose weitgehend zu Eigen machten und ebenfalls energisch auf eine Erneuerung drängten. Um die Stoßrichtung dieser Erneuerung zu verstehen, ist es hilfreich sich klarzumachen, gegen wen sich der Neoliberalismus positionierte, der sich hier formierte. Die Neoliberalen war sich schon in dem Moment, in dem das Label aus der Taufe gehoben wurde, keineswegs in allen Punkten einig, es gibt also keinen Ursprungsmoment, in dem der neoliberale Diskurs noch monolithisch wäre, bevor er dann zerfasert.²⁰ Zu den Überzeugungen, die sie aber tatsächlich teilten, gehörte das Bekenntnis zu funktionierenden Märkten, auf denen der Preismechanismus so weit wie möglich Angebot und Nachfrage koordinieren sollte. Das brachte die Neoliberalen natürlich in eine klare Frontstellung gegenüber den diversen Kollektivismen unterschiedlicher Couleur, als die sie Nationalsozialismus, Faschismus und Sowjetkommunismus mit ihren unterschiedlich stark ausgeprägten planwirtschaftlichen Vorstellungen ansahen. Auch der aufkommende Keynesianismus war ihnen schon zu jener Zeit suspekt, zeichnete er sich doch durch seine Zweifel an der Allokationsfunktion des Preises in wirtschaftlichen Krisen und konjunkturellen Flauten aus, und in den folgenden Dekaden avancierte er zu einem der zentralen Gegner des Neoliberalismus. Diese Gegnerschaften können nicht wirklich überraschen ebenso wenig wie die Ablehnung von Roosevelts New Deal, die sich in späteren Jahren zu einer grundlegenden Opposition gegen vermeintlich wuchernde sozialstaatliche Strukturen verhärteten sollte. Was für den hier behandelten Zusammenhang aber von besonderem Interesse und weniger voraussehbar als die erwähnten Oppositionen ist, ist die neoliberale Haltung zur eigenen Tradition.

Denn man war sich weitgehend einig, dass die Misere des Liberalismus nicht nur exogenen Faktoren wie dem Aufkommen von dezi-

19 Vgl. Lippmann (2004).

20 Vgl. zum Folgenden Biebricher (2021), 32–47.

diert anti-liberalen politischen Bewegungen anzulasten war. Anders und genauer formuliert, handelte es sich hier aus Sicht der Kolloquiums-Teilnehmer nämlich auch gar nicht um strikt exogene Faktoren, vielmehr waren es auch bestimmte Fehlentwicklungen innerhalb des Liberalismus gewesen, die diesen Entwicklungen mehr oder weniger Vorschub geleistet hatten. Und die wichtigste und folgenreichste dieser Fehlentwicklungen war eine Simplifizierung und Vulgarisierung des Liberalismus gewesen, dessen wirtschaftspolitisches Profil sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr auf die Maxime des Laissez-Faire reduziert habe, mithin eben jenes Credo, dass Polanyi als die Doktrin der sich selbst regulierenden Märkte beschrieben hatte.

Die Bedenken gegenüber der Entwicklung, dass Liberalismus zumindest in der Außenwahrnehmung immer mehr gleichgesetzt werde mit dem Gedanken des Laissez-Faire und seiner logischen Entsprechung, dem Minimalstaat, durchziehen das gesamte Walter-Lippmann-Kolloquium. Zum einen wird auf den taktischen Fehler von Seiten der Liberalen hingewiesen, die mit ihrer Hinwendung zum Laissez-Faire-Passivismus ihren Kritikern eine Flanke geöffnet hätten, in die etwa Ferdinand Lassalle mit seiner Polemik gegen den Minimalstaat als Nachtwächterstaat stoßen konnte. Wie taktisch unklug diese Position war, hatte zuletzt Hayek erfahren müssen, als er in der Debatte mit Keynes über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise eine Art Krisen-Attentismus im Geiste des Laissez-Faire propagiert hatte: Man müsse einfach abwarten, bis die Märkte wieder ins Gleichgewicht zurückgependelt seien; Interventionen wie sie Keynes vorschlug, würden die Krise nur verlängern beziehungsweise verschärfen. Mit dieser Haltung, die die politischen Akteure de facto zum Nichtstun verurteilte, war Mitte des 20. Jahrhunderts und inmitten einer desaströsen Wirtschaftskrise nicht mehr die öffentliche Debatte zu gewinnen, wie auch Hayek feststellen musste,²¹ der dann sogar in seinem als erzneoliberal geltenden *Der Weg zur Knechtschaft*, das 1944 erschien, selbst einräumte: „Nichts dürfte der Sache des Liberalismus so sehr geschadet haben wie das starre Festhalten einiger seiner Anhänger an gewissen groben Faustregeln, vor allem an dem Prinzip des Laissez-Faire.“²² Man konnte dies angesichts der

21 Vgl. Burgin (2012).

22 Hayek (2001) 18.

verlorengegangenen Debatte mit Keynes in den 1930er Jahren auch als Selbstkritik verstehen.

Aber es waren nicht nur taktische Beweggründe, sondern auch substantielle Erwägungen, die der neoliberalen Abkehr vom Laissez-Faire zugrunde lagen. Folgt man Michel Foucault in seinen einflussreichen Vorlesungen zur *Geschichte der Gouvernementalität*, so sind es vor allem die deutschen Ordoliberalen, die hier für die konzeptionell-theoretische Innovation verantwortlich sind, die gleichzeitig eine Absage an die Devise des Laissez-Faires darstellt.²³ Greift man sich Walter Eucken als spiritus rector der sogenannten Freiburger Schule heraus, so wird deutlich, dass bei ihm noch Anfang der 1930er Jahre ein nostalgischer Zug erkennbar ist: Wenn er in einem seiner wichtigsten Texte das Aufkommen des Wirtschaftsstaates beklagt, dann geschieht dies noch vor dem Hintergrund des altliberalen Ideals einer strikten Trennung von Wirtschaft und Staat, die in ihrer zugespitzten Version dann auch die Maxime des Laissez-Faire impliziert.²⁴ Doch ähnlich wie Hayek durchläuft Eucken im Lauf der 1930er Jahre eine Entwicklung, an deren Ende das Bekenntnis zu einer Modernisierung der wirtschaftsliberalen Theorie steht, und zwar aus systematischen Gründen, die vor allem von ordoliberalen Seite apostrophiert werden: Märkte seien eben keinesfalls sich selbst regulierende Entitäten, vielmehr gäbe es einen starken Anreiz für alle Marktakteure, sich dem Druck des Wettbewerbs durch unterschiedlichste Strategien zu entziehen. Sich selbst überlassen, würden Märkte also zu einer weitgehend wettbewerbsfreien und durchgehend vermachteten Zone degenerieren.²⁵ Daraus schließt Eucken und mit ihm eigentlich die gesamte erste Generation der Neoliberalen, dass die Agenda des Staates sich keinesfalls in wohlwollender Gleichgültigkeit gegenüber den Märkten erschöpfen kann. Der Neoliberalismus, verstanden als eine Agenda, der es um die Bedingungen der Möglichkeit funktionierender Märkte geht, adressiert den Staat nun mit einem weitaus anspruchsvolleren Funktionsportfolio, wohlwissend, dass jener Staat auch das Potential hat, zur größten Gefahr für funktionierende Märkte zu werden, wodurch die Aufgabenstellung für die neoliberale Theorie noch komplizierter

23 Vgl. Foucault (2004) 186.

24 Vgl. Eucken 1932.

25 Vgl. Eucken 1960.

wird.²⁶ Die Details der diversen Entwürfe bezüglich der politischen Agenda eines neoliberalen Idealstaats sind hier nicht relevant. Entscheidend ist die ‚institutionalistische‘ Grundausrichtung der neoliberalen Wende: Märkte entstehen nicht aus natürlichen Neigungen noch stabilisieren sie sich selbst, eingebettet in eine gute (göttliche) Ordnung, wie einst der Deist Adam Smith zu hoffen neigte: Die Tatsache, dass Märkte als Austragungsort von Wettbewerb und Konkurrenz der Schauplatz von konflikthaften Interaktionen sind, macht ihre Konstituierung und Perpetuierung durch extra-ökonomische Institutionen erforderlich. Die Idee eines autarken Reichs der Märkte, über dessen Grenzsicherung Staat und Politik im Zeichen des Laissez-Faire einzig zu wachen hatten, ist damit passé, und dies gilt für die gesamte Palette der neoliberalen Theorie von den deutschen Ordoliberalen bis hin zum jungen Milton Friedman.

Bevor ich mich im nächsten Abschnitt der Frage des Neoliberalismus als ökonomischem Imperialismus zuwende, gilt es hier noch einige Implikationen des dargestellten Befundes festzuhalten, die nicht zuletzt von strategischer Bedeutung in den Kämpfen um den Neoliberalismus sind: Viele der Kritiker:innen des Neoliberalismus neigen zu einer materialistischen Grundhaltung, der gemäß dann eben in erster Linie der real existierende Neoliberalismus als Forschungsobjekt zu gelten hat, wohingegen die neoliberale Theorie als vernachlässigbar angesehen wird, da sie entweder irrelevant oder allenfalls als ideologisches Feigenblatt des realen Neoliberalismus zu verstehen sei. Als Beleg für diese Abwertung des neoliberalen Diskurses wird gerne auf die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis im Neoliberalismus hingewiesen: Wo die Theorie von freien Märkten, Minimalstaaten und Laissez-Faire fabuliere, um dem Neoliberalismus einen attraktiven Anstrich zu geben, seien in der Wirklichkeit massiv angeschwollene Wettbewerbsstaaten zu verzeichnen und auch nach vierzig Jahren Neoliberalismus seien die Märkte de facto durchzogen und umhegt von Regulierungen, die von Bürokratien überwacht werden, die es nach der reinen Lehre des Neoliberalismus überhaupt nicht geben sollte. Dieser Kontrast kann aber nur so frappierend ausfallen, weil man sich in der materialistischen Neoliberalismus-Analyse offensichtlich nicht immer die Mühe macht, tatsächlich die neoliberale Theorie zu analysieren, denn sonst könn-

26 Vgl. Biebricher (2021) 54–118.

te man sehr leicht feststellen, dass es sich hier eher um ein libertäres Zerrbild handelt, das den Entwürfen von Hayek bis Eucken und James Buchanan nicht gerecht wird. Umso größer ist das Erstaunen, wenn dann doch einmal der Abgleich mit der neoliberalen Literatur vorgenommen wird.²⁷ Sofern aber die komplette ‚Befreiung‘ der Märkte gar nicht der normativ aufgeladene Fluchtpunkt des neoliberalen Denkens ist, muss auch die Diagnostik einer einflussreichen Schule innerhalb der kritischen Neoliberalismus-Forschung um die Humangeographen Jamie Peck, Neil Brenner und Nik Theodore überdacht werden. Deren Kernthese lautet, dass man Neoliberalismus nicht als statischen Zustand, sondern als Prozess der Neoliberalisierung zu verstehen und analysieren habe, welcher angesichts der Unmöglichkeit der Erreichung des Ziels immer wieder scheitert und notwendigerweise zu Gegenbewegungen Anlass gebe.²⁸ Es ist eine unverkennbar an Polanyis Idee einer ‚Doppelbewegung‘ von Entbettung und Wiedereinbettung geschulte Vorstellung, deren Plausibilität aber eben davon abhängt, ob tatsächlich die völlige Entbettung der Märkte das (unerreichbare) Ziel des neoliberalen Projektes darstellt und in dem Maße an Plausibilität einbüßt, in dem deutlich wird, dass dies womöglich weniger eine neoliberale Phantasie als eine Phantasie über den Neoliberalismus darstellt.

Und es handelt sich tatsächlich um eine Phantasie, die insofern politisch-strategisch durchaus folgenreich ist, als es einen gewichtigen Unterschied macht, ob man aus kritischer Perspektive den Neoliberalismus als eine Politik der Marktermöglichung mit Hilfe von Staat und Politik ansieht oder als Versuch einer völligen Deregulierung der Märkte, die man dann getrost ihrer Selbstregulierung überlassen will. Denn legt man sich auf die zweite Vorstellung fest, die ja nach wie vor trotz einiger gewichtiger Einsprüche in der öffentlichen Debatte und auch weiten Teilen des akademischen Diskurses vorherrscht, dann besteht eine Konsequenz darin, dass die Latte der Überwindung des Neoliberalismus erstaunlich tief liegt. Steht Neoliberalismus für das Projekt der vollständigen Entbettung der Märkte, dann erscheint noch die überschaubarste Regulierung bereits als Abkehr vom Neoliberalismus. Die politische Dividende dieses Sprachspiels wurde seinerzeit bereits von Sarkozy und Rudd einge-

27 Vgl. Bruff (2019).

28 Vgl. etwa Peck (2008); Peck/Tickell (2002); Brenner/Theodore (2002).

strichen: Man geißelt zunächst den Neoliberalismus als Doktrin der selbstregulierenden Märkte und annonciert dann jede noch so kleine Reform des Finanzsektors oder anderer Märkte als ‚Abkehr‘ oder ‚Überwindung‘ des Neoliberalismus. Und vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass in regelmäßigen Abständen das Ende des Neoliberalismus verkündet wird – gewiss, wenn seine Essenz in der Doktrin der selbstregulierenden Märkte bestünde, dann lassen sich zahlreiche Belege für sein Ende finden; genau genommen hätte er dann auch eigentlich gar nie begonnen.

Der Neoliberalismus ist also kein Ökonomismus und stellt sich das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft nicht als das von diskreten Elementen vor, die einander nicht durchdringen und auch nicht durchdringen sollten. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei ihm aber durchaus um eine Agenda des ökonomischen Imperialismus, der es letztlich um eine Ökonomisierung der Gesellschaft geht, wobei jedoch fraglich ist, wie weitreichend die imperialen Ambitionen sind.

Neoliberalismus als ökonomischer Imperialismus

1) Sinnvollerweise lässt sich zwischen drei Arten des ökonomischen Imperialismus, d. h. zwischen epistemologischem, transformatorischem und einem subjektivierenden Imperialismus des Ökonomischen unterscheiden. Dabei lässt sich nur schwer bestreiten, dass der erste, der epistemologische, zumindest den gesamten anglo-amerikanischen Neoliberalismus durchzieht. Dabei handelt es sich um die Vorstellung, dass sich auch nicht-wirtschaftliche Bereiche der Gesellschaft analysieren lassen, *als ob* es sich um ökonomische Zusammenhänge handelte. Bei Friedman blieb diese Annahme noch eher implizit, expliziert wurde sie dann zum einen von den Vertretern der sogenannten Virginia School des Neoliberalismus, die Public Choice-Annahmen und Vertragstheorie zu dem verwoben, was ihre wichtigsten Repräsentanten James Buchanan und Gordon Tullock als Verfassungsökonomik bezeichneten.²⁹ Die Grundannahme der Public Choice Theory lautet, dass Akteure sich nicht nur in

29 Vgl. Dardot/Laval (2017).

genuin ökonomischen Kontexten als rational nutzenmaximierender *homo oeconomicus* analysieren lassen, sondern auch in Politik und Verwaltung: Während gewählte Politiker:innen dementsprechend vor allem vom Motiv, ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen, angetrieben seien, gehe es Administratoren vor allem um die Ausweitung ihrer Befugnisse und ihres Budgets: „As a general rule, a bureaucrat will find that his possibilities for promotion increase, his power, influence, and public respect improve, and even the physical conditions of his office improve, if the bureaucracy in which he works expands...“³⁰ Zum anderen war es Gary Becker, die prägende Figur der dritten Generation der Chicago School, der noch einen Schritt weiter ging und postulierte, dass sich grundsätzlich alle sozialen Verhältnisse als Schauplatz ökonomischen Verhaltens analysieren ließen und exerzierte dies am Beispiel von Familien, Kriminalität und Bildung vor. Grundannahme war auch hier, dass das Verhaltensmodell des *homo oeconomicus* Erklärungskraft weit über die Sphäre des strikt Ökonomischen hinaus entfalte und zu neuen Einsichten auch in Domänen führen würde, die bislang Politikwissenschaft oder Soziologie vorbehalten waren.³¹ Diese wurden nun zwar keineswegs aus ihren angestammten Domänen verdrängt, aber man muss feststellen, dass die ökonomischen Verhaltensmodelle in allen empirischen Sozialwissenschaften mittlerweile fest verankert sind, in der amerikanischen Politikwissenschaft haben sie in Form von Rational Choice-Ansätzen womöglich gar eine hegemoniale Stellung erlangt.

2) Von diesem epistemologischen Imperialismus der ökonomischen Analyse im Zeichen des *homo oeconomicus* ist es nur ein kleiner Schritt hin zu einer zweiten, *transformatorischen* Agenda des ökonomischen Imperialismus, und zwar ganz im Sinne des alten Marx-Diktums: Auch dem Neoliberalismus geht es nicht nur darum, die Welt unterschiedlich zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Mit anderen Worten sollten auch nicht-ökonomische Bereiche des Sozialen systematisch mit Prozessen, Techniken und Strukturelementen angereichert werden, die dem Reich der Ökonomie entstammten, um so eine systematische Transformation zu erreichen. Eine der Hauptzielscheiben dieser Transformationsagenda war und ist der Staat. Zwar findet man bei den Klassikern der

30 Tullock (2006) 64.

31 Vgl. Becker (1993).

neoliberalen Theorie nirgendwo die explizite Forderung, dass der Staat wie ein Unternehmen funktionieren sollte, aber dafür soll er zumindest in eine analoge Position zu einem Unternehmen auf dem Markt versetzt werden. Die Wurzel der Ineffizienzen des Staates liege nämlich in einer Kombination aus dem rationalen Eigeninteresse der staatlichen Akteure und dem Monopol-Status des Leistungsstaates. Der Nationalstaat müsse also systematisch der Konkurrenz ausgesetzt werden, etwa indem er als Leistungserbringer in Konkurrenz mit privaten Anbietern treten muss, indem interne Märkte innerhalb der Staatsapparate geschaffen werden, oder indem die Bedingungen für einen wirklichen Standortwettbewerb geschaffen werden, etwa im nationalstaatlichen Rahmen eines Wettbewerbsföderalismus oder auch durch Konstruktionen wie dem Europäischen Binnenmarkt. Wie es bei Osborne und Gaebler in ihrer ‚Bibel‘ des New Public Management heißt: „Der entscheidende Gegensatz lautet nicht ‚öffentlich‘ oder ‚privat‘, sondern Monopol oder Wettbewerb.“³²

In diesem Zusammenhang sind drei Punkte festzuhalten. Erstens wird spätestens an diesem Punkt die Differenz zur Kolonialisierungsthese Habermas‘ deutlich, der ja noch davon ausgegangen war, dass von ökonomischem und politischen System gemäß ihrer Funktionslogik mehr oder weniger spezifische Imperative ausgehen. Die These des ökonomischen Imperialismus von Seiten des Neoliberalismus besagt, dass auch der Staat seinerseits Zielscheibe von Transformationsimperativen aus dem Bereich der Ökonomie wird. Zweitens ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Transformation hin zum Wettbewerbsstaat auf allen Ebenen keineswegs reibungs- und widerstandslos verläuft und daher auch selektiv geblieben ist. Der Grund dafür liegt nicht zuletzt in den Paradoxa von ‚Deregulierung‘ und ‚Vermarktlichung‘: Oft genug führen nämlich die Versuche, staatliche Strukturen und staatliches Handeln auf die Wettbewerbslogik umzustellen, zum paradoxen Ergebnis einer Bürokratisierung, denn die Installierung funktionierenden Wettbewerbs und die Umpolung auf unternehmerisches Verhalten von Nicht-Unternehmen ist alles andere als eine triviale Aufgabe: Interne Märkte bedürfen Monitoring, Audit und Regulierungs-Instanzen und verursachen darüber hinaus einen immensen Daten-Aufwand, da alle Aktivitäten lückenlos erfasst werden müssen, damit sie mit einem Preis belegt werden kön-

32 Osborne/Gaebler (1997), 73.

nen.³³ Dass ein selbstverschriebenes unternehmerisches Ethos gerade das Gegenteil von Agilität hervorbringen kann, bestätigen auch die unternehmerischen Universitäten, an denen sich im Zeichen dieses Selbstverständnisses vielerorts ein bürokratischer Wasserkopf herausgebildet hat. Zuletzt ist auf die weiterhin anhaltende Debatte hinzuweisen, wie ambitioniert die ökonomisch imperiale Transformationsagenda ist. Unter Kritiker:innen des Neoliberalismus wird typischerweise das Maximalziel unterstellt: Wo Gesellschaft ist, soll Wirtschaft werden; noch der letzte Winkel des Sozialen soll ökonomisiert werden. Zu den prominentesten Vertreter:innen dieser These gehörte Wendy Brown in ihrem Buch *Undoing the Demos*, die aber in ihren neueren Arbeiten eine nuanciertere Lesart vertritt. Mit Verweis auf die Arbeiten Melinda Coopers argumentiert sie mittlerweile, dass die neoliberale Logik in vielfältigen Artikulationen mit anderen Logiken existiert. So können sie etwa – spannungsreiche – Allianzen mit sozialkonservativen Vorstellungen eingehen, der es gerade um den Bestand traditioneller Geschlechterhierarchien und Familienvorstellungen gehe, was dann gewissermaßen die Grenzen des neoliberalen Ökonomisierungsprojektes bezeichnen soll.³⁴ Tatsächlich finden sich sowohl bei manchem neoliberalen Theoretiker wie Röpke oder Hayek klare Positionierungen gegen eine völlige Vermarktlichung der Gesellschaft und auch in der Welt des real existierenden Neoliberalismus wird dessen Ökonomisierungsdrang immer wieder auch durch konservative Bedenken gehemmt.

3) Die letzte Art der Ökonomisierung bezieht sich auf die Produktion des unternehmerischen Subjekts beziehungsweise des *homo oeconomicus* und ist vor allem im Anschluss an Foucault'sche Vorstellungen zur Subjektivierung analysiert worden. Ökonomisierung betrifft gemäß dieser Perspektive nicht nur staatliche Institutionen oder andere Gesellschaftsbereiche, sondern die Subjekte, die diese Gesellschaft bevölkern und immer auch schon als unternehmerische Subjekte konstituiert werden beziehungsweise sich selbst als solche konstituieren. Dies geschieht nicht zuletzt, indem das Subjekt immer wieder als unternehmerisches interpelliert wird von einer Umgebung, die gemäß der zweiten Form der Ökonomisierung in vielerlei Hinsicht geprägt ist durch markt- bzw. unternehmensanaloge Struk-

33 Vgl. Brown/Jacobs (2008).

34 Vgl. Brown (2015) und (2019).

turelemente wie zum Beispiel Wettbewerb, Rankings und Evaluationen.³⁵ Und in dem Maße, in dem dies gelingt, erfahren Subjekte die sie umstellenden Marktmechanismen eben auch nicht unbedingt als von außen auf sie einwirkende Faktoren; das unternehmerische Selbst ist passgenau eingebettet in diese Strukturen. Doch auch hier ist abschließend auf die Grenzen der Ökonomisierung hinzuweisen: Die Konstitution neoliberaler Selbstverhältnisse gelingt nämlich keineswegs immer, überall und vollständig. Die Tatsache, dass in der sozialen Welt neben neoliberalen Ökonomisierungslogiken andere in einem mehr oder weniger spannungsreichen Nebeneinander existieren, übersetzt sich schließlich in die Schlussfolgerung, dass auch das Subjekt nie ausschließlich als *homo oeconomicus* interpelliert wird beziehungsweise werden kann; die ‚Responsibilisierung‘ des einzelnen, um eine der zentralen Techniken neoliberaler Subjektivierung zu erwähnen, also immer auch scheitert.

Schluss

In diesem Beitrag sind unterschiedliche Konzeptionalisierungen des Verhältnisses von Ökonomie und Gesellschaft vorgestellt, erläutert und kritisch diskutiert worden. Ausgehend von den vor allem im linken politisch-akademischen Spektrum einflussreichen Basis-Überbau-Modell des Historischen Materialismus und der dualen Gesellschaftstheorie Jürgen Habermas‘ war zunächst festzuhalten, dass beide Entwürfe insofern problematisch sind, als die entsprechenden deskriptiven und normativen Trennungen und Unterscheidungen in vielerlei Hinsicht fragwürdig sind. In einem nächsten Schritt bin ich der Frage nachgegangen, inwiefern der Neoliberalismus als eine Art Ökonomismus mit spiegelbildlichen Vorzeichen zu verstehen ist, der, ähnlich der marxistischen Orthodoxie, die Ökonomie zu einem gänzlich autonomen Bereich der Gesellschaft erklärt und die Aufrechterhaltung dieser Autonomie im Sinne von sich selbst regulierenden Märkten zur obersten Maxime erhebt. Wie gezeigt, ist diese Darstellung eines Neoliberalismus, der sich der Phantasie einer völligen Entbettung der Märkte verschreibt, die insofern phantastisch bleiben muss, als das Ziel notwendig unerreichbar ist,

35 Vgl. Fourcade (2022).

aber eher einer Phantasie über den Neoliberalismus, der nämlich zumindest in seinem Mainstream nicht diese Ambitionen hegt. Dem Neoliberalismus geht es also weniger darum, die Grenze des Ökonomischen gegen jedwede Art politisch-gesellschaftlichen Einflusses zu verteidigen (wobei es durchaus darum geht, eine bestimmte Art von Interventionen zu verunmöglichen), als darum, diese Grenzen in Richtung des Terrains von Staat und Gesellschaft zu verschieben. Der entsprechende ökonomische Imperialismus versucht auch und gerade den Staat der Logik der Ökonomie zu unterwerfen (und unterscheidet sich schon allein dadurch von Habermas' Kolonialisierungsthese), wobei sich sinnvollerweise zwischen den drei erläuterten Formen des Imperialismus des Ökonomischen unterscheiden lässt. Abschließend ist hier aber festzuhalten, dass es sich nicht um eine Reformulierung des Basis-Überbau-Schemas in neuem Gewande handelt, jedenfalls nicht, wenn damit mechanistisch-deterministische Bestimmungsverhältnisse impliziert sind. Ökonomisierungsimperative stoßen als Teil der gesellschaftlichen Transformationsagenda immer wieder an Grenzen in Form ihrer inneren Paradoxien aber auch in Form von konkurrierenden Logiken des Sozialen und aus dem zweiten Punkt ergeben sich auch im Hinblick auf die Subjektivierungseffekte bestimmte Grenzen. Es gibt keinen Grund davon auszugehen, dass sich in den entsprechenden Kontestationen die Logik des Ökonomischen durchgehend und notwendigerweise durchsetzt.

Literatur

- Aquin, Thomas von (1999), *Über die Herrschaft der Fürsten*, Stuttgart: Reclam.
- Althusser, Louis (1969), *For Marx*, London: New Left
- Ashenden, Samantha (1999), Questions of Criticism: Habermas and Foucault on Civil Society and Resistance, in: Dies./David Owen, *Foucault contra Habermas: Recasting the Dialogue between Genealogy and Critical Theory*, London/Thousand Oaks: Sage, 143–165.
- Audier, Serge u. Reinhoudt, Jürgen (Hg.) (2019), *Neoliberalismus. Wie alles anfangt: Das Walter-Lippmann-Kolloquium*, Hamburg: Kursbuch.
- Becker, Gary (1993), *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*, Tübingen: Mohr Siebeck.

- Biebricher, Thomas (2021), *Die politische Theorie des Neoliberalismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Brenner, Neil. u. Theodore, Nik (2002), *Cities and the Geographies of 'Actually Existing Neoliberalism'*, in: *Antipode* 34, 349–379.
- Brown, Wendy (2015), *Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution*, New York: Zone Books.
- Brown, Wendy (2019), *In the Ruins of Neoliberalism. The Rise of Antidemocratic Politics in the West*, New York: Columbia University Press.
- Brown, Lawrence u. Jabocs, Lawrence (2008), *The Private Abuse of the Public Interest: Market Myths and Policy Muddles*, Chicago: University of Chicago Press.
- Bruff, Ian (2019), *Overcoming the Allure of Neoliberalism's Market Myth*, in: *South Atlantic Quarterly* 118, 363–379
- Butterwegge, Jörg, Lösch, Bettina u. Ptak Ralf (Hg.) (2008), *Kritik des Neoliberalismus*, Berlin: Springer.
- Burgin, Angus (2012), *The Great Persuasion: Reinventing Markets since the Depression*, Cambridge: Harvard University Press.
- Cohen, G.A. (1978), *Marx Theory of History. A Defence*, Princeton: Princeton University Press.
- Dardot, Pierre u. Laval, Christian (2017), *The New Way of the World: On Neoliberal Society*, London: Verso.
- Eucken, Walter (1932), *Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 36, 297–321.
- Eucken, Walter (1960), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Foucault, Michel (2004), *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978/79*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fourcade, Marion (2022), *Zählen, benennen, ordnen. Eine Soziologie des Unterscheidens*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Habermas, Jürgen (1976), *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1997), *Theorie des kommunikativen Handelns Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hayek, Friedrich August (2001), *The Road to Serfdom*, London/New York: Routledge.
- Joas, Hans (1986), *Die unglückliche Ehe zwischen Hermeneutik und Funktionalismus*, in: Axel Honneth (Hg.), *Kommunikatives Handeln: Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 144–176.

- Laclau, Ernesto u. Mouffe, Chantal (2001), *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics* (2. Auflage), London: Verso.
- Lippmann, Walter (2004 [1937]), *The Good Society*, London/New York: Routledge.
- Marx, Karl u. Engels, Friedrich (1971), *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, Werke. Band 13, Berlin: Dietz, 7–160.
- Marx, Karl u. Engels, Friedrich (1973), *Die Deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten*, Werke. Band 3, Berlin: Dietz, 5–530.
- Meehan, Johanna (Hg.) (1995), *Feminists Read Habermas: Gendering the Subject of Discourse*, New York: Routledge.
- Miliband, Ralph (1969), *The State in Capitalist Society*, New York: Basic Books.
- Osborne, David u. Gaebler, Ted (1997), *Der innovative Staat. Mit Unternehmmergeist zur Verwaltung der Zukunft*, Wiesbaden: Springer.
- Peck, Jamie (2008), *Constructions of Neoliberal Reason*, New York: Oxford University Press.
- Peck, Jamie u. Tickell, Adam (2002), *Neoliberalizing Space*, in: *Antipode* 34, 380–404.
- Polanyi, Karl (2001 [1944]), *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*, Boston: Beacon Press.
- Poulantzas, Nicos (1972), *The Problem of the Capitalist State*, in: Blackburn, Robin (Hg.), *Ideology in Social Science: Readings in Critical Social Theory*, New York: Pantheon Books, 238–262.
- Tullock, Gordon (2006), *The Vote Motive*, London: Institute of Economic Affairs.
- Warren, Paul (1991), *Explaining Historical Development: A Marxian Critique of Cohen's Historical Materialism*, in: *CLIO* 20.3, 253–270.
- Sayer, Derek (1987), *The Violence of Abstraction. The Analytical Foundations of Historical Materialism*, Oxford: Blackwell.
- Tullock, Gordon (2006), *The Vote Motive*, London: Institute of Economic Affairs.

Krise der Spätmoderne – Transformation des Reproduktionsregimes?

Einleitung

Ein flüchtiger Blick auf die medialen Debatten zeigt, dass sich der Begriff der Krise zu einem weit verbreiteten Narrativ entwickelt hat. Der amtierende Kanzler Olaf Scholz wurde gleich zu Beginn seiner Amtszeit als „Krisenkanzler“ bezeichnet – ein Etikett, mit dem bereits seine Vorgängerin Angela Merkel versehen wurde. Standen 2007/2008 noch die Finanzkrise und die damit verwobenen politischen Folgen und sozialen Verwerfungen, wie die sich vertiefende soziale Ungleichheit, im Fokus des gesellschaftlichen Geschehens, war es 2015 die so genannte „Flüchtlingskrise“¹, die extrem nationalistische und populistische Bewegungen auf den Plan gerufen hat. 2020 hat dann die Covid-19 Pandemie – mit all ihren gesundheitlichen, sozialen und psychischen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen – die öffentlichen Debatten bestimmt. Wenngleich es auch nach wie vor immer wieder neue Covid-Sub-Varianten gibt, ist die Auseinandersetzung mit dem Thema Pandemie seit dem 24. Februar 2022, also mit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, in den Hintergrund gerückt. Schon jetzt ist nicht mehr zu übersehen, dass dieser sowie auch der aktuelle Krieg in Nahost nicht nur weitreichende humanitäre, geopolitische und wirtschaftliche Auswirkungen hat, sondern auch Fluchtbewegungen nach sich

1 Die Fluchtbewegung im Jahr 2015 wurde umgangssprachlich als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet. Der Begriff wurde in vielerlei Hinsicht kritisiert, z.B. weil er „Geflüchtete“ und Asylbewerber:innen unpräzise mit Migrant:innen gleichsetzt und nicht zuletzt auch, weil „Krise“ negativ konnotiert ist und damit suggeriert wird, dass Gefahr von Geflüchteten ausgeht. Auf die Wahrnehmung von Krisen und die Deutungshoheit von Krisendefinitionen wird daher noch an anderer Stelle eingegangen.

zieht. Welche Effekte all dies haben wird ist zwar noch nicht genau bestimmbar, zu vermuten ist aber, dass sich die bereits bestehenden sozialen, politischen und ökologischen Probleme weiter verschärfen werden.

Gegenwartsgesellschaften sind offenbar permanent mit Krisen konfrontiert und im Begriff, ihre ökologischen Grundlagen selbst zu zerstören.² In der Soziologie wird daher schon seit einiger Zeit mit Blick auf die Spätmoderne von einer selbsterzeugten „Dauerkrise“³ gesprochen, bei der es sich längst nicht mehr nur um eine einzige Krise, sondern gleich um ein ganzes Bündel von „gleich- und ungleichzeitigen, nebeneinander existierenden, sich wechselseitig beeinflussenden oder verstärkenden Krisen“⁴ handelt, was als „ökonomisch-ökologisch-politisch-psychologische Quadrupelkrise“⁵ oder auch „VielfachKrise“⁶ bezeichnet wird, die durch die aktuellen Entwicklungen noch an Dynamik gewonnen hat. Konstatiert wird in Anbetracht dieser permanenten Konfrontation mit immer neuen Krisenkonstellationen eine chronische „Überforderung der Gesellschaft“⁷, der es schwer zu fallen scheint, Krisendiagnosen eine Therapie folgen zu lassen, obwohl wir es doch eigentlich – wie Nassehi noch vor dem Ukrainekrieg meinte – mit einer „unfassbar leistungsfähigen Gesellschaft“ zu tun haben, die „so viel kann“, aber offenbar dann „doch so wenig“⁸. Woran liegt das?

Wer nach Antworten sucht, kommt nicht umhin, zunächst ein Verständnis davon zu gewinnen, was überhaupt gemeint ist, wenn von Krise gesprochen wird und warum mit Blick auf die Spätmoderne nicht davon auszugehen ist, dass wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Krisenmomente an Schärfe verlieren werden. Meine Analyse setzt hier an, konzentriert sich aber nicht auf die gegenwärtigen Krisenherde, sondern will die Aufmerksamkeit auf

2 Vgl. hierzu u.a. Schroer (2022).

3 Siehe z.B. Reckwitz (2021), aber auch Nassehi (2021).

4 Demirović/Maihofer (2013), 30.

5 Zum Begriff siehe Rosa (2021), 204.

6 Siehe zur Debatte über die Vielfach- oder multiple Krise auch Bader et al. (2011).

7 So rückt Nassehi an die Stelle der These vom „Unbehagen des Individuums“, das in und an den sozialen Strukturen leidet (siehe hierzu auch Reckwitz und Ehrenberg, die von einem „überforderten Selbst“ sprechen), die Diagnose einer „Überforderung der Gesellschaft mit sich selbst“ (Nassehi 2021, 18).

8 Nassehi (2021), 21.

ein schon weitaus älteres, strukturelles gesellschaftliches Problemfeld richten, nämlich auf die sich in der Spätmoderne keineswegs verflüchtigende, sondern eher noch zuspitzende „Reproduktionskrise“⁹. Dabei handelt es sich – wie Kerstin Jürgens¹⁰ mit Blick auf frühere Reproduktionskrisen klar stellt – im Kern um Krisen, die im Zuge des Umbruchs eines jeweils historisch vorherrschenden Reproduktionsmodells¹¹ entstehen. Um jedoch gleich von Beginn an eine verengte Sicht auf die Reproduktion¹² von Arbeitskraft zu vermeiden, sollte stets die gesamte „Lebenssorge“¹³ (bzw. Care in einem weiten Sinn) im Fokus stehen – ich präferiere daher ein, um die Sorge- bzw. Care-Dimension, erweitertes Verständnis und spreche von einem sozialen *Reproduktionsregime*.

Anzunehmen ist, dass nicht nur die bürgerliche und die industriell organisierte Moderne, sondern auch die Spätmoderne¹⁴ ein spezifisches soziales Reproduktionsregime aufweist, das allerdings – ebenso wenig wie das bürgerliche oder industriell organisierte Reproduktionsregime – nicht vor Krisen gefeit ist, zumal die Logik der Spätmoderne bereits den Keim für die nächste Reproduktionskrise in sich trägt. Mit anderen Worten, folgt man einer Charakterisierung von Reckwitz¹⁵ herrscht in der Spätmoderne eine „Logik

9 Vgl. hierzu bereits Jürgens (2010).

10 Vgl. Jürgens (2013), 76.

11 Im Kern ist hiermit die jeweils spezifische soziale, kulturelle, politische wie rechtliche Ausgestaltung der Trias von Erwerbsarbeit, Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat und Familie gemeint.

12 Der Begriff der Reproduktion kann unterschiedliche Bedeutungen haben: In der politischen Ökonomie ist dann von Reproduktion die Rede, wenn es um die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der sozialen Strukturen und gesellschaftlichen Verhältnisse geht. In einem engeren Sinn zielt Reproduktion auf die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von Arbeitskraft ab (biologische und soziale Reproduktion). In der Geschlechterforschung findet sich ein weitergehendes Verständnis, das die Dimension der Sorge (Care) hervorhebt. Gemeint ist bezahlte wie unbezahlte Sorgearbeit (Care), die sowohl gegenstandsbezogen (Hausarbeit) als auch auf andere (Fürsorge) oder die eigene Person (Selbstsorge) ausgerichtet sein kann. Ausgemacht werden können historisch spezifische „Lebenssorge-Regimes“ (Klinger 2013). Wie gewichtig die soziale Reproduktion (insbesondere Haus- und Sorgearbeit) ist, hat auch Honneth (2023) jüngst thematisiert.

13 Vgl. Klinger (2013).

14 Zu den Begriffen siehe Reckwitz (2021), 99 ff.

15 Vgl. Reckwitz (2017).

des Besonderen“ und das Prinzip der „Singularisierung“ vor, die mit einer folgenreichen (Für-)Sorge-Ignoranz einhergeht.¹⁶ Hinzu kommt, dass in Anbetracht der bereits vorherrschenden Geschlechteremanzipation und gesellschaftlichen Gleichstellungserwartungen ein kompletter Backlash im Sinne einer Rückkehr zum Leitbild des „männlichen Alleinernährers und der Hausfrauenehe“, der zufolge Frauen für die Haus- und Sorgearbeit als zuständig angesehen werden, nicht sehr wahrscheinlich ist. Wenngleich in den Zeiten der Pandemie durchaus eine Tendenz in Richtung „Re-Traditionalisierung“ der geschlechtlichen Arbeitsteilung¹⁷ beobachtet wurde¹⁸, ist dennoch nicht davon auszugehen, dass die Care-Problematik und mithin die Reproduktionskrise der Spätmoderne auf diese Weise dauerhaft bewältigt werden kann. Um es auf den Punkt zu bringen – meine These lautet: Da die Logik der Spätmoderne im Kern nicht darauf ausgerichtet ist, die Sphäre der Reproduktion, insbesondere Fürsorge, als basale Strukturmerkmale der Ökonomie und der gesamten Gesellschaft wahrzunehmen, ist die nächste Reproduktionskrise bereits vorprogrammiert. Ob diese Skepsis berechtigt ist, darüber will dieser Beitrag Aufschluss geben.

Gegliedert sind die weiteren Ausführungen in drei Teile: (1) Im ersten Teil wird der Frage nachgegangen, was denn überhaupt gemeint ist, wenn von Krise aus einer soziologischen Sicht die Rede ist, im zweiten (2) wird analysiert, was die spezifischen Varianten bzw. „Versionen“¹⁹ der Moderne voneinander unterscheidet und welche spezifischen sozialen Reproduktionsregimes ihnen zugrunde liegen. Nachgezeichnet werden nicht nur Charakteristika der bürgerlichen (2.1) und der industriellen Moderne (2.2), sondern auch Spezifika der Spätmoderne (2.3). Zu klären ist, ob und inwieweit es sich bei der Spätmoderne tatsächlich um eine Version der Moderne handelt, in der traditionelle Geschlechterbilder bzw. Geschlechterstereotypisierungen und damit auch Geschlechterungleichheiten keine Rolle mehr spielen. Oder verhält es sich nicht doch eher

16 Aulenbacher und Dammayr (2014) sprechen von „struktureller Sorglosigkeit“.

17 Hierbei handelt es sich um eine Diagnose von Jutta Allmendinger, die Entwicklungen in der Pandemie zum Anlass nimmt, von einem Rollback in die Geschlechterordnung der 1950er Jahre auszugehen.

18 Vgl. u.a. Kohlrausch/Zucco (2020).

19 Zu dieser Differenzierung in drei Versionen der Moderne siehe Reckwitz (2021), 99 ff.

so, dass angesichts der Logik der Ökonomie der Spätmoderne, die auf „individuellen Erfolg“, „Einzigartigkeit“ und „Ideale der Selbstverwirklichung“²⁰ abzielt, nicht nur die Ignoranz gegenüber den Erfordernissen der sozialen Reproduktion bzw. von Care in einem weiteren Sinn zunimmt, sondern sich auch – insbesondere im Kontext der Externalisierung von Carearbeit – die „Achsen der Differenz“ (Knapp) weiter verfestigen. Im abschließenden Fazit (3) richtet sich der Blick auf die Krise der Spätmoderne und die zentrale Frage, ob das Reproduktionsregime bald wieder erneut an einem Scheidepunkt stehen wird. Gibt es dann vielleicht Anzeichen für eine Neukonfiguration der Arbeits- und Geschlechterarrangements im Sinne eines „nachhaltigen Reproduktionsregimes“²¹ oder läuft nicht doch alles auf eine verschärfte Reproduktionskrise hinaus, die allerdings durch das auf Selbstsorge ausgerichtete „Worker-Adult-Leitbild“ in Kombination mit Selbstverwirklichungs- und Diversitätsmythen verdeckt wird?

1 Was heißt hier Krise? Plädoyer für einen erweiterten, mehrdimensionalen Krisenbegriff

Neu ist die Krisenhaftigkeit der modernen Gesellschaft nicht, denn Krisen gehören – wie es Reinhart Koselleck schon vor einigen Jahrzehnten formuliert hat – zur „strukturellen Signatur der Neuzeit“²². Folglich erstaunt nicht, dass es der Soziologie weder an Krisenbegriffen noch an Krisentheorien mangelt, historisch betrachtet ist sie geradezu eine „Krisenwissenschaft“. Soziolog:innen waren von Beginn an darauf geeicht, gesellschaftliche Transformationsprozesse und epochale Verwerfungen zum Gegenstand ihrer Analysen zu machen, was zwangsläufig eine Auseinandersetzung mit Krisenursachen, -dynamiken und -verläufen impliziert. Gleichwohl erweist sich die Verständigung auf einen allgemeinen Krisenbegriff bis heute als ausgesprochen schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, was nicht nur mit der für die Soziologie so typischen Theorienpluralität zu-

20 Vgl. Reckwitz (2021), 112.

21 Gemeint ist hiermit vor allem eine Verknüpfung zwischen einer – im Sinne von Tronto (2013) – „caring democracy“ mit einer sorgeorientierten Ökonomie.

22 Kosseleck (1982).

sammenhängt, sondern auch damit zu tun hat, dass Krisen – folgt man Nünning²³ – eben nicht „ein für alle Mal definierbar“ sind. Vielmehr hängt das Verständnis von spezifischen Relevanzkriterien ab, die wiederum einem historischen Wandel unterliegen und kulturell unterschiedlich ausfallen können. Nicht zuletzt ist zwischen subjektiven und objektiven Sichtweisen zu unterscheiden. Bereits Habermas wies darauf hin, dass erst dann von einer Krise gesprochen werden kann, „wenn die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandlungen als bestandskritisch erfahren und ihre soziale Identität bedroht fühlen“²⁴. Ob ökonomische, politische, ökologische, gesundheitliche, soziale und sozialpsychologische Problemlagen als Krise gedeutet werden, hängt also davon ab, ob Akteur:innen und am Ende auch die Gesellschaft selbst es so sehen, wobei sich sogleich die Frage stellt, wem die Deutungshoheit über die Definition und den Umgang mit einer Krise zukommt. Ob der Klimawandel, die Migrationsentwicklung oder der Umgang mit Care bzw. Sorgearbeit als krisenhaft erfahren wird, ist somit auch eine Frage gesellschaftlicher Diskurse, Konflikte und Auseinandersetzungen, auf die wiederum politische und ökonomische Herrschafts- und Machtkonstellationen einwirken. Kurzum, ob Krisensymptome als handlungsrelevant wahrgenommen werden und wie mit ihnen dann umgegangen wird, ist von einem ganzen Bündel von Faktoren bzw. jeweils historisch spezifischen Konstellationen sowie auch von der Durchsetzungsmacht von Akteur:innen, Interessengruppen und Bewegungen abhängig. Sie entscheiden mit darüber, ob eine Krise ein „transformatorisches und emanzipatorisches Potenzial“ aufweist und „neue Verhältnisse und Strukturen, Denkweisen und Wertvorstellungen, Handlungsmuster und Praxisformen“²⁵ hervorbringt oder eher eine Entwicklungsdynamik Fahrt aufnimmt, die gesellschaftliche Pathologien und Desintegrationstendenzen noch weiter verstärken, was bislang vielfach der Fall war.

Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle, dass längst nicht alle Soziolog:innen die Position teilen, dass die Soziologie in erster Linie eine „Krisenwissenschaft“ ist und sich in gesellschaftliche Debatten einmischen soll – schon gar nicht mit Vorschlägen zur

23 Nünning (2013), 125.

24 Habermas (1973), 12.

25 Vgl. Steg (2020), 431.

Bewältigung gesellschaftlicher Pathologien. Vielmehr soll sie sich auf differenztheoretische Beobachtungen konzentrieren²⁶ und auf „Attitüden des Besserwissens“²⁷ verzichten, um nicht den Eindruck zu vermitteln, mit „tadelfreien moralischen Impulsen und besserem Durchblick“²⁸ aufzuwarten. Denn – so die Kritik – die Entwicklung alternativer Konzepte oder gar eines Entwurfs einer „guten Gesellschaft“ ist nicht Aufgabe soziologischer Theorie.²⁹ Gesellschaft ist schließlich „als Resultat von Evolution entstanden“³⁰ und folglich tut die Soziologie gut daran, eine Beobachterposition einzunehmen. Mithin sind Krisen ein gesellschaftlicher Normalzustand, sodass auf dramatisierende Beschreibungen gesellschaftlicher Entwicklungen, wie etwa die einer Epochenäsur³¹ zwischen einer ersten und einer zweiten, reflexiven Moderne, verzichtet werden kann.

Dass man auch zu einer völlig anderen Auffassung gelangen kann, zeigen aktuelle Debatten. Zu nennen sind etwa die Vorschläge von Rosa, der erst jüngst auf „transgressive, formationstransformierende Momente“³² hingewiesen und „alternative Horizonte“ skizziert hat. In diesen Kontext sind sowohl die Überlegungen zu einer nachhaltigen „Postwachstumsgesellschaft“³³ einzuordnen als auch diverse Konzepte³⁴, die der „strukturellen Sorglosigkeit“³⁵ beikommen wollen. Demnach sollte eine sich als kritisch verstehende Soziologie, für die auch ich plädiere, nicht darauf verzichten, Gesellschaftskrisen zu diagnostizieren und zu kritisieren, ja sogar die Frage der wissen-

26 So erst jüngst wieder Nassehi (2021).

27 Luhmann (1997), 1115.

28 Ebd.

29 Ebd.

30 Ebd.

31 Vgl. hierzu Beck/Bonß/Lau (2001).

32 Vgl. hierzu z.B. die Überlegungen von Rosa (2021), 224ff.; siehe auch Reckwitz (2021).

33 Vgl. hierzu u.a. Rosa (2021); Neckel (2018) sowie auch SONA (Netzwerk Soziologie der Nachhaltigkeit (u.a. Melde 2021).

34 Zu nennen sind z.B. Frasers „Caregiver Parity“-Modell (Fraser 1994), Hauggs „Vier-in-eine-Perspektive“ (Haugg 2011) und Winkers „Care-Revolution“ (2021), aber auch das „Flexible Worker-Carer“-Modell sowie vor allem das „Flexible Worker-Care Modell“, das nicht einseitig erwerbszentriert ist, also Frauen wie Männern eine Care-Orientierung ermöglichen soll, ohne dass sie hierdurch Benachteiligungen in Kauf nehmen müssen (vgl. Eggers/Grages/Pfau-Effinger 2021).

35 Zum Begriff siehe Aulenbacher/Dammayr (2014).

schaftlichen Verantwortung in Krisensituationen ernst nehmen und Überlegungen zur Bewältigung von Krisen und gesellschaftlichem Wandel anstellen. Notwendig ist hierfür zweifelsohne ein Kompass, der die Suche nach alternativen Konzepten bzw. Gestaltungsentwürfen erst möglich macht. Bevor hierauf näher eingegangen werden kann, bedarf es allerdings noch eines weiteren Anlaufs, den Begriff der Krise etwas präziser zu bestimmen. Das kann selbstverständlich nur ansatzweise geschehen, denn es gibt wohl kaum ein zweites Thema, mit dem die Soziologie sich so ausgiebig auseinandergesetzt hat. Ein Blick auf die Klassiker der Soziologie macht das recht deutlich. So waren Karl Marx und Friedrich Engels zweifelsohne Vorreiter, wenn es um sozialwissenschaftliche Krisendiagnosen ging. Krisen sind ihres Erachtens geradezu ein strukturelles Charakteristikum der kapitalistischen Ökonomie, die aus inneren Bewegungsgesetzen resultieren. Erwähnenswert ist diese historische Sicht auf Krisendiagnosen vor allem deshalb, weil sich schon hier eine verengte Sicht auf die Marktökonomie abzeichnet. Die gesellschaftliche Bedeutung der Verflechtungen zwischen Erwerbs- und Reproduktionssphäre (wie insbesondere von Sorge bzw. Care in einem weiteren Sinn) und ihre Verwobenheit mit den vorherrschenden Arbeits- und Geschlechterbeziehungen werden somit quasi als ein Nebenschauplatz bzw. Nebenwiderspruch abgetan und rücken in den Hintergrund. Ein großes Verdienst der Geschlechterforschung ist es, dass sie dies früh erkannt und sich dafür stark gemacht hat, dass die enge Verzahnung zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre, Erwerbs- und Lebenswelt in Gesellschaftsanalysen nicht unberücksichtigt blieb. Konzepte, wie das der „doppelten Vergesellschaftung“³⁶, verdeutlichen nicht nur, wie angewiesen die Marktökonomie auf Sorge- und Fürsorgearbeit ist, sondern auch, dass das Reproduktionsregime der Moderne auf der „Erfindung der Hausfrau“³⁷ und einer geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung basiert, die der Genusgruppe der „Frauen“ quasi von „Natur“ aus zuschreibt, für Haus- und Care-Arbeit zuständig zu sein. Der Ökofeminismus

36 Vgl. Becker-Schmidt (1991).

37 Siehe zur Genese dieses normativen Leitbilds der „Hausfrau“, die erst im Zuge der Moderne entstanden ist, auch die kulturwissenschaftliche Rekonstruktion von Evke Rulffes (2021).

spricht gar von einem Prozess der „Hausfrauisierung“³⁸, der die von Frauen geleistete Haus- und Care-Arbeit zugleich abwertet und unentgeltlich in Anspruch nimmt. Warum das gelingen konnte, darauf haben Gisela Bock und Barbara Duden bereits in den 1970er Jahren eine Antwort gegeben, wenn sie mit Blick auf die Haus- und Sorgearbeit von „Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit“³⁹ sprechen. Mit anderen Worten: Solange wie Haus- und Sorgearbeit aus „Liebe“ (unbezahlt) erfolgt und die „naturgegebene“ geschlechtliche Arbeitsteilung nicht in Frage gestellt wird, liegt allenfalls eine latente, aber noch keine manifeste Krise des – auf genau dieser unentgeltlichen Sorgearbeit basierenden – Reproduktionsregimes vor. Hiervon ist wohl erst auszugehen, wenn die von Becker-Schmidt herausgearbeitete Vermittlung zwischen gesellschaftlich getrennten Bereichen und Arbeitsformen, für die in erster Linie Frauen als zuständig betrachtet werden, nicht mehr reibungslos funktioniert. Entscheidend ist daher, wie massiv das vorherrschende Arbeits- und Geschlechterarrangement und damit auch das dominante Reproduktionsregime (insbesondere die sie bestimmende Trias „Familie, Erwerbsarbeit und Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat“) unter Druck gerät und an Legitimation verliert. Wenngleich die Frauenbewegung, neue Männlichkeitskonzepte und Familienmodelle (De-Familialisierungsprozesse) hierzu auch beitragen können, brenzlig wird es wohl erst, wenn das Zusammenspiel zwischen Marktökonomie (Verfügung über die Ressource Arbeitskraft) und Reproduktion in einem weiteren Sinn (Selbst- und Fürsorge) ernsthaft ins Wanken gerät, es also nicht mehr gelingt, basale Reproduktionserfordernisse aufrecht zu halten. Ob dann jedoch weitreichende Veränderungen erfolgen und neue nachhaltige Sorgemodelle Verbreitung finden oder nicht doch wieder ein Backlash stattfindet, ist die Frage. Wie der Übergang von der bürgerlichen Moderne zur industriell-organisierten Moderne sowie zur Spätmoderne einzuschätzen ist, wird uns daher noch beschäftigen.

Wir können bis hierher festhalten, dass Krisen zu kapitalistischen Gesellschaften gehören, allerdings steht nicht von vornherein fest, wie tiefgreifend die hiermit verbundenen gesellschaftlichen Erschütterungen jeweils sein werden. Ob sie einen gesellschaftlichen Um-

38 Vgl. Mies et al. (1988).

39 Vgl. Bock/Duden (1977).

bruch im Sinne einer Epochenäsur auslösen, von der auch das Reproduktionsregime erfasst wird, ist zumindest nicht vorab schon festgeschrieben. Mit anderen Worten: Bei einer Krise handelt es sich um die Zuspitzung einer Transformationsphase, quasi um den Höhepunkt, deren weitere Entwicklungsdynamik nicht determiniert ist. Fest steht allenfalls, dass es so wie es war nicht weitergehen kann und sich die Gesellschaft – solange wie noch unklar ist, welche neue Richtung eingeschlagen wird – in einem Zustand befindet, in der mehr oder weniger heftige Widersprüche, Konflikte und Unvereinbarkeiten ausgetragen werden. Gramsci spricht im Hinblick auf Krise daher auch von einem „Interregnum“⁴⁰, in der „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“, wobei – wie ausgeführt – längst nicht jede Krise unweigerlich „große Breschen in die Normalität der bürgerlichen Gesellschaft (schlägt)“⁴¹. Ob Krisen nachhaltige Veränderungen zur Folge haben, steht also nicht von vornherein fest, denn Krisenverläufe sind in hohem Maße durch Kontingenz bestimmt.

Krisen sind demnach zunächst einmal nichts Ungewöhnliches und nicht jede Krise führt automatisch in eine Katastrophe. Schumpeters Narrativ von der „schöpferischen Zerstörung“ macht das deutlich. Allerdings sind in der Soziologie optimistische Sichtweisen gesellschaftlicher Krisen eher selten. Karl Otto Hondrich⁴² löste schon allein mit seiner Frage nach der Nützlichkeit von Krisen – „Wieviel Gutes hat die Krise?“ – auf dem Soziologiekongress zum Thema „Krise der Arbeitsgesellschaft“ Anfang der 1980er Jahre Erstaunen aus. Schließlich wurden Krisen in der Soziologie eher mit Bedrohungs- und Zerstörungsszenarien verbunden. Zu den prominentesten Krisentheorien, die für eine solche Sichtweise stehen, gehört zweifelsohne die „Frankfurter Schule“, deren Erklärungsansätze – wie Streeck es auf den Punkt bringt – auf der „heuristische(n) Vermutung eines prinzipiellen Spannungsverhältnisses zwischen dem sozialen Leben einerseits und einer von Imperativen der Kapitalverwertung und Kapitalvermehrung beherrschten Ökonomie andererseits“⁴³ beruhen. Dieses wurde in der „Nachkriegsformation des de-

40 Gramsci (1991), 354.

41 Demirović/Maihofer (2013), 32.

42 Hondrich (1983).

43 Streeck (2011), 11.

mokratischen Kapitalismus auf vielfältige und sich historisch weiter entfaltende Weise durch staatliche Politik vermittelt“⁴⁴. Letztendlich war aber auch sie nicht in der Lage, die Widersprüchlichkeiten, die Interessengegensätze und die daraus resultierende fundamentale Instabilität dauerhaft auszutarieren, geschweige denn ein Gleichgewicht zu erzielen. Am Ende sind es aber selbst in dieser prominenten Theoriekonzeption, die viel zum Verständnis von Krisendynamiken beigetragen hat, in erster Linie dann doch zuallererst die ökonomischen Verhältnisse, die Krisen auslösen und eine Krisendynamik in Gang setzen, die sich immer mehr ausweitete und schließlich alle Bereiche der Gesellschaft – auch die Lebenswelt – mit marktökonomischen Kalkülen durchdringt.

Seitdem hat sich das theoretische Repertoire der Soziologie weiterentwickelt und es ist mittlerweile unstrittig, dass Krisen nicht nur im Feld der Ökonomie auftreten, sondern auch in der Politik, der Ökologie und vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen – auch in der Sphäre der sozialen Reproduktion. Eine verengte Sicht auf ökonomische Krisen führt somit nicht weiter, vielmehr bedarf es eines erweiterten Krisenverständnisses, das der Mehrdimensionalität dieses Phänomens, dessen Verlauf für die weitere gesellschaftliche Entwicklung so entscheidend ist, Rechnung trägt. Geht man zudem davon aus, dass es sich bei der Moderne nicht um einen „monolithischen“⁴⁵, nicht weiter spezifizierbaren historischen Komplex handelt, sondern vielmehr mit Beginn der Moderne – in Europa setzte sie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit der Ablösung von der feudalistischen, aristokratischen Gesellschaft ein – unterschiedliche Varianten bzw. „Versionen“⁴⁶ zu unterscheiden sind, ist ein differenzierter Blick erst recht dringend geboten. Es stellt sich folglich nicht nur die Frage, was die einzelnen Versionen der Moderne kennzeichnet und mit welchen spezifischen Krisenkonstellationen wir es jeweils zu tun haben, sondern auch, welche Spezifika die hiermit jeweils eng verflochtenen Reproduktionsregimes aufweisen.

44 Ebd.

45 Reckwitz (2021), 99.

46 So die Bezeichnung von Reckwitz (2021), 99 ff.

2 Krise der Moderne – Krise des Reproduktionsregimes?

Unstrittig ist, dass wir in Zeiten tiefgreifender Transformationsprozesse leben, die – so das Credo nicht weniger aktueller Gesellschaftsanalysen – zu einem Umbruch führen werden, deren Konturen sich im 21. Jahrhundert immer klarer herauschälen. Selbst wenn nach wie vor keine Einigkeit über die Tragweite des Wandels besteht (Epochenzäsur oder nicht), herrscht doch zumindest Übereinstimmung dahingehend, dass es „zuhauf“ – so selbst Luhmann – „strukturelle Veränderungen infolge der Globalisierung“⁴⁷ (heute würde man auch die Digitalisierung, den Klimawandel, die Pandemie und die aktuellen Kriege anführen) innerhalb einzelner Funktionssysteme, angefangen von der Wirtschaft über die Politik bis hin zur Wissenschaft, gegeben hat (und weiterhin auch noch geben wird). Lassen wir die Idee einer „scharfen Epochengrenze“ zwischen einer ersten und zweiten Moderne also einmal außen vor, tauchen zumindest in den Selbstbeschreibungen der modernen Gesellschaft einige neue Etikettierungen, wie „späte Moderne“⁴⁸, „Postmoderne“⁴⁹ und eben auch „Spätmoderne“, auf. Auch ich gehe davon aus, dass eine Differenzierung der Moderne in historisch aufeinanderfolgende Varianten hilfreich für vertiefende Analysen ist und versuche daher im Weiteren, Charakteristika der bürgerlichen und industriellen Moderne sowie auch der Spätmoderne näher zu skizzieren. Jede Version der Moderne – hier folge ich Reckwitz – ist durch eine spezifische Sozialstruktur, Staatsformation, Technologie und Kultur der Subjektivierung bestimmt. Zwingend ergänzt werden müssen diese Analysedimensionen allerdings – so mein Punkt – um das sie ebenfalls prägende Reproduktionsregime.

2.1 Bürgerliche Moderne – bürgerlich-patriarchales Reproduktionsregime

Betrachten wir zunächst die bürgerliche Moderne: Ihre Entstehungsgeschichte beginnt in Europa und ist eng verwoben mit der im

47 Vgl. Luhmann (1997), 1143.

48 Giddens (1995).

49 Bauman (1995).

18./19. Jahrhundert einsetzenden Industrialisierung bzw. der ersten industriellen Revolution, die zu einem tiefgreifenden Wandel des landwirtschaftlichen Produktionsmodells in Richtung einer Industrieökonomie führte und die bis dahin dominante feudale Agrarwirtschaft massiv zurückdrängte. Im Zuge der „Great Transformation“ entstanden – wie Polanyi⁵⁰ herausarbeitet – nicht nur Märkte für Geld und Boden, sondern auch für Arbeit. Es handelt sich um die Phase des expansiven Kapitalismus, der nicht an nationalstaatlichen Grenzen haltmacht, sondern auch auf eine imperialistische Expansionsstrategie setzt (Kolonialismus). Angesichts der wachsenden Ungleichheit wird die soziale Frage in den Kernländern der bürgerlichen Moderne schon bald immer drängender und trägt zu massiven politischen Auseinandersetzungen bei, ja sogar zu Klassenkämpfen, die sich aber im Westen Europas nicht als Wegbereiter einer grundlegend neuen Gesellschafts- wie Wirtschaftsordnung erweisen. Stattdessen werden – so etwa Streeck – systemkonforme sozialpolitische Reformen auf den Weg gebracht, die zur sozialen Befriedung beitragen sollen, was jedoch in Anbetracht der systemischen Ungleichheit und der latenten Spannungen und Konfliktpotenziale nicht dauerhaft möglich ist. Die anhaltende Polarisierung zwischen Arm und Reich macht das mehr als deutlich.⁵¹ Gleichwohl konstituiert sich schon hier – worauf noch näher einzugehen sein wird – ein Reproduktionsregime, dessen Leitfiguren – die „Hausfrau“ und der „Familienernährer“ – sich über die Zeit hinweg als sehr beständig erweisen.

Sucht man nach den Transmissionsriemen für die bürgerliche Moderne, so ist mit Blick auf das Feld der Politik vor allem ein markantes Ereignis, nämlich die Französische Revolution, zu nennen, die der herrschenden Aristokratie ihre Macht (ja teilweise auch ihre Köpfe) nahm und zur Entstehung des bürgerlichen Nationalstaats beitrug. Es formierte sich eine parlamentarische Demokratie und eine „Subjektkultur der Bürgerlichkeit“⁵², die auf dem Ideal eines für sich selbst verantwortlichen Bürgers, der bürgerliche Rechte und ein gewisses Maß an Autonomie besitzt, basiert. Zugleich erodiert die „alte Ordnung“, die keine Trennung zwischen Staat und Kirche

50 Vgl. Polanyi (1977).

51 Siehe hierzu z.B. Piketty (2022).

52 Vgl. Reckwitz (2021), 100.

kennt. Damit einher geht – wie Weber es auf den Punkt bringt – eine „Entzauberung der Welt“ und eine Forcierung von Rationalisierungsprozessen, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen – angefangen von der Wirtschaft, über die Politik und das Recht bis hin zur Wissenschaft. Für Reckwitz beginnt daher bereits in der bürgerlichen Moderne in Anbetracht dieser enormen Rationalisierungsdynamik die Durchsetzung einer „radikalen sozialen Logik des Allgemeinen“. Ob und inwieweit hier schon erste Spuren der Ausbildung eines „Kreativitätsdispositivs“ und einer Logik der „Singularisierung“ auszumachen sind, ist die Frage. Reckwitz macht sie anhand sich formierender Sub- und Gegenkulturen von Gemeinschaften und mit Blick auf romantische Praktiken, zu der auch Emotionen gehören, fest, denn sie entziehen sich einer Ausrichtung am Allgemeinen. Dieser Wandel der sozialen Logik nimmt im Laufe der Zeit an Fahrt zu, kommt aber erst in der Spätmoderne richtig zum Tragen. Aber darum soll es mir hier nicht gehen, mich interessiert weitaus mehr, wie es um das nicht nur von Reckwitz weitgehend ignorierte Reproduktionsregime in der bürgerlichen Moderne bestellt ist.

Dass die Entstehung der Moderne bzw. des modernen Kapitalismus eng verwoben ist mit der Trennung und Hierarchisierung von marktförmigen und privaten Sphären (Betrieb und Familie, Öffentlichkeit und Privatheit) hat die Frauen- und Geschlechterforschung schon früh in etlichen Studien klargestellt. Auch hat sie die hieraus resultierenden Unvereinbarkeiten, Spannungen und Widersprüche, die mit geschlechtlichen Zuschreibungsprozessen einhergehen und in der normativen und institutionellen Verankerung einer geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung⁵³ zum Ausdruck kommen, immer wieder zum Thema gemacht und kritisch reflektiert. So richtete sich die Analyse der Geschlechterforschung auf die historische Genese geschlechtlicher Separierungs- und Hierarchisierungsprozesse und ihre kulturelle, rechtliche, institutionelle Reproduktion. Beer hat hierfür den Begriff des „Sekundärpatriarchalismus“⁵⁴ geprägt, um deutlich zu machen, dass patriarchale Strukturen bzw. geschlechtliche Ungleichheiten kein Relikt der Vormoderne sind, sondern vielmehr konstitutiv für die Moderne waren. Dem „Pri-

53 Vgl. u.a. Becker-Schmidt (1991).

54 Vgl. Beer (1990).

märpatriarchalismus“ (Feudalismus) folgt somit der „Sekundärpatriarchalismus“ (moderner Kapitalismus). Mit anderen Worten, die Konstitution der Moderne als bürgerliche Gleichheits- und ökonomische Ungleichheitsordnung ist nicht zu trennen von der Genese eines Reproduktionsregimes, das auf einer hierarchischen Organisation des Geschlechterverhältnisses bzw. geschlechtshierarchisierenden Arbeitsteilung basiert, die sich in die bürgerliche Moderne – kulturell, normativ und institutionell – eingeschrieben hat.

Wir können also festhalten, dass sich in der bürgerlichen Moderne ein Reproduktionsregime herausgebildet hat, dass zur Entstehung der Leitfigur der „bürgerlichen Hausfrau“ beitrug. Es zielte darauf ab, Frauen einseitig an die Familie zu binden. So war es – wie Beer konstatiert – möglich, (Ehe-)Frauen für die generative Reproduktion der Gesellschaft kostengünstig verfügbar zu halten und zudem ihren weitgehenden Ausschluss aus existenzsichernden wie gut bezahlten Beschäftigungsverhältnissen zu forcieren und die männliche Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zu privilegieren. Begründet wird hiermit das Grundmodell der geschlechtlichen Arbeitsteilung, der zufolge Frauen (unbezahlte) Arbeit im Haus und Männer (bezahlte) Erwerbsarbeit zu leisten haben. Daran rüttelt die Erwerbstätigkeit von Frauen nicht, denn auch erwerbstätige Frauen bleiben aus dieser Perspektive Hausfrauen (und Mütter). Frauen, so Beer, „boten sich geradezu als diejenige gesellschaftliche Gruppe an, die unter kapitalistischen Bedingungen für Aufgaben (Haus- und Care-Arbeit, M.F) vorgesehen werden konnten, für die eine Warenwirtschaft keine Verwendung hatte, die deren Rationalitätskriterien zuwiderlief, mit denen aber gleichzeitig gesellschaftlicher Bestandserhalt gewährleistet werden konnte“⁵⁵. So wird in der bürgerlichen Moderne bereits die Grundlage für eine geschlechterdifferente Zuweisung von Verantwortung für die Produktions- bzw. Reproduktionsarbeit gelegt, der zufolge Männer als Oberhaupt der Familie für den Erwerb bzw. die materielle Sicherung des Haushalts zuständig sind (male breadwinner), während Frauen in erster Linie für die Reproduktion Sorge zu tragen haben (female care). Ilse Lenz sieht es ähnlich und spricht von einer „neopatriarchalen Geschlechterordnung“. Im Kern „beruhte (sie) auf der Herrschaft von Männern – insbesondere der Eliten – in Gesellschaft und Politik, die durch die familiäre Autorität

55 Beer (1990), 247.

als Gatten oder Väter über ihre Frauen und Kinder abgestützt wurde. [...] Legitimiert wurde sie durch das moderne zweigeschlechtliche Kollektivbewusstsein wie auch die Vorstellung einer Überlegenheit und entsprechenden Höherstellung der Männer“⁵⁶; flankiert und begünstigt wurde dies u.a. durch das moderne Familienrecht des BGB aus dem Jahr 1900. Ein Abweichen von diesem Leitmuster, das sich zu einer hegemonialen Norm entwickelte, war nur schwer möglich. Wer sich der Zwangsheteronormativität entzog, musste mit sozialer Ächtung, wenn nicht sogar noch drastischeren Maßnahmen, wie Gefängnisstrafen, rechnen. Da sich an diesem Grundmuster, das kann bereits an dieser Stelle gesagt werden, in der industriellen Moderne nicht allzu viel änderte – ja, es findet in vielerlei Hinsicht sogar noch eine Zuspitzung und Festigung statt –, erfolgte der Übergang zwischen bürgerlicher und industrieller (organisierter) Moderne im Hinblick auf das Reproduktionsregime relativ reibungslos; aber hierzu im Weiteren mehr.

2.2 Industrielle, organisierte Moderne – verfestigtes, geschlechterdifferenzierendes Reproduktionsregime

Was die bürgerliche Moderne von der industriellen bzw. organisierten Moderne unterscheidet, ist vor allem die Dominanz, die der Industrieökonomie sowie vor allem dem fordistischen Produktionsmodell zukommt, das ab den 1920er Jahren vor dem Hintergrund der zweiten industriellen Revolution an Kontur gewinnt. Als die Grundpfeiler des Fordismus gelten die Massenproduktion und eine enge Verknüpfung mit dem Massenkonsum. Damit avanciert das fordistische Produktionsmodell zu einem dominanten Leitbild, das eine große, weit über das Herkunftsland (USA) hinaus gehende Ausstrahlungskraft hatte. Andere Formen der Arbeitsorganisation, wie kleine Betriebe und das Handwerk, gab es zwar nach wie vor, sie blieben aber im Schatten des Fordismus. Dem fordistischen Produktionsmodell ist zudem ein prägender Einfluss auf die gesamte Gesellschaft zu attestieren. Das spiegelt sich nicht nur in der Massenkultur und der Verbreitung eines „American Way of Life“ wider, die der sich formierenden nivellierten Mittelstandsgesellschaft

56 Lenz (2017), 203.

einen Stempel aufdrückt, sondern auch im Aufkommen von Massenmedien und der Bildung von Massenparteien. Das blieb nicht folgenlos: Während die Gesellschaft – so Reckwitz – auf „Gleichheit und Gleichförmigkeit“ ausgerichtet wird, bildet sich zugleich eine extrem abgründige Seite heraus, die in einer organisierten „Systematik sozialer Vernichtung in Krieg und Genozid“ besteht. Mit Blick auf Deutschland formt sich eine industrielle, organisierte Moderne heraus, die in der Zeit des Nationalsozialismus faschistisch war, zu einer „totalitären Version“ mutierte und zum Massenmord von Jüdinnen und Juden und vielen weiteren Opfern sowie menschenverachtenden Verbrechen führte.

In der Nachkriegszeit kristallisieren sich unterschiedliche Konzepte der industriellen Moderne heraus, die eine mal mehr mal weniger starke Einhegung der marktwirtschaftlich organisierten Ökonomie erkennen lassen. Deutschland zeichnet sich zunächst durch eine eher konservative wohlfahrtsstaatliche Einbettung der Ökonomie aus (soziale Marktwirtschaft bzw. koordinierte Marktökonomie, korporatistischer Wohlfahrtsstaat), die nicht nur soziale Teilhabe, politische Partizipation und Mitbestimmung, sondern auch eine moderne Lebensführung („Wohlstand für alle“) versprach und von der Idee durchdrungen war, dass eine staatliche Global- bzw. Rahmensteuerung möglich sei. Die 1950er und 1960er Jahre werden daher auch als das „goldene Zeitalter des Kapitalismus“ beschrieben, das von dem Glauben an eine „immerwährende Prosperität“⁵⁷ bestimmt wird, was sich aber als ein relativ kurzer Traum entpuppt. Stattdessen wird in den 1970er Jahren vor dem Hintergrund der Ölkrise, der Nachfragesättigungen, der wachsenden Arbeitslosigkeit und vor allem auch der Umweltproblematik immer offensichtlicher, dass die Steigerungslogik (Wachstum um jeden Preis), die mit der industriellen Massenproduktion und dem Massenkonsum einherging, Grenzen hat und die Umwelt zerstört. Bevor ich im Weiteren den Wandel in Richtung Spätmoderne skizziere, bedarf es an dieser Stelle eines Blicks auf das die industrielle Moderne bestimmende Reproduktionsregime. Denn ohne ein mit dem fordistischen Produktionsmodell kompatibles Reproduktionsregime wäre die industrielle Moderne wohl schon weitaus früher in Frage gestellt worden.

57 Lutz (1984).

Gestützt wurde die industrielle Moderne durch das bereits in der bürgerlichen Moderne sich herauskristallisierende Modell des Familienernährers und der damit korrespondierenden Leitfigur der Hausfrau. In der industriellen Moderne handelt es sich hierbei um den Typus des männlichen „Industrie(fach)arbeiters“, der – so das Leitbild – lebenslang bei einem Unternehmen beschäftigt ist und einen Familienlohn erhält, um seine (Klein-)Familie zu ernähren. Ausgeblendet wird hier allerdings, dass die Realität mit diesem Modell keineswegs übereinstimmt, denn Frauen waren keineswegs „nur“ im Haushalt tätig und haben auch nicht „nur“ Haus- und Sorgearbeit geleistet, vielmehr haben sie in nicht geringer Zahl stets Lohnarbeit verrichtet, die aber keineswegs dieselbe Wertschätzung erfuhr wie die der Männer. Dessen ungeachtet hat sich die Figur der „Hausfrau“ bzw. der Mythos der „Nur-Hausfrau“ lange Zeit halten können. Mehr noch, die Geschlechterdifferenz wird sogar – wie Ilse Lenz betont – „in Form des Ernährer-/ Hausfrauenmodells in den sich herausbildenden Wohlfahrtsstaat eingebaut und dadurch verstärkt“⁵⁸. Eine naturwissenschaftlich, biologistisch begründete Geschlechterdifferenz wird zum „Strukturierungsprinzip der neuen Geschlechterordnung“ und zu einem zentralen Element eines stark verfestigten, geschlechterdifferenzierenden Reproduktionsregimes. Rechtlich (z.B. im Grundgesetz) sind die Geschlechter zwar gleichgestellt, dessen ungeachtet wird aber an der Geschlechterdifferenz im Hinblick auf die Ausgestaltung des Reproduktionsregimes, insbesondere bezogen auf die geschlechtliche Arbeitsteilung, festgehalten. Daran ändert sich nur wenig durch die modernisierte Variante des Vereinbarkeitsmodells, das nicht nur eine Erwerbstätigkeit von Frauen (bei Müttern überwiegend in Form von Teilzeitarbeit), sondern auch eine partielle Beteiligung von Männern an der Haus- und Care-Arbeit (Phasen aktiver Elternschaft) vorsieht und durch, mal mehr, mal weniger umfassende wohlfahrtsstaatliche Betreuungssysteme flankiert wird. Kahlert⁵⁹ spricht daher zurecht von der Gleichzeitigkeit von Wandel und Beharrung von Geschlechterungleichheiten. Ob dieses Reproduktionsregime mit dem Übergang in die Spätmoderne ins Wanken gerät oder doch nur durch weitere „Achsen

58 Lenz (2017), 204.

59 Vgl. hierzu u.a. Kahlert (2019).

der Differenz“⁶⁰ modifiziert wird und so an Ambivalenz gewinnt, soll uns im nächsten Punkt beschäftigen.

2.3 Spätmoderne Gesellschaft – polarisierendes, ambivalentes Reproduktionsregime

Impulsgebend für die Transformation der industriellen Moderne in die Spätmoderne war vor allem der sich seit den 1970er Jahren abzeichnende tiefgreifende Wandel der Ökonomie in Richtung Postindustrialisierung (bzw. Postfordismus oder auch Postkapitalismus), was sich in neuen Produktions- und Managementkonzepten, in der zunehmenden Tertiarisierung und in der immer größeren Relevanz von Wissensarbeit („High Potentials“) sowie einem neuen Idealtypus von Arbeitskraft, wie dem „Arbeitskraftunternehmer“, widerspiegelt. Das kommt auch in der Zusammensetzung der Sozialstruktur zum Ausdruck: Zu beobachten ist eine Abkehr von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft hin zu einer stärkeren Polarisierung und Fragmentierung, die – folgt man Reckwitz – nunmehr eine triadische Form aufweist (neue akademisch gebildete Mittelklasse, traditionelle Mittelklasse, neue Unterklasse). Die Diskrepanz zwischen Verlierer:innen und Gewinner:innen vertieft sich noch weiter, denn das Subjekt der Spätmoderne befindet sich in einem ständigen Wettbewerb und soll sich „radikal ökonomisieren“. Folgerichtig handelt es sich bei der spätmodernen Ökonomie um einen „harten Kapitalismus“⁶¹. Die radikale Ökonomisierung trägt dazu bei, dass die spätmodernen Subjekte alles daran setzen müssen, Aufmerksamkeit zu generieren, etwas Besonderes zu sein und sich von anderen zu unterscheiden, also „Singularität“⁶² oder – wie Bröckling es formuliert – ein „unternehmerisches Selbst“⁶³ auszubilden, um zu den Gewinner:innen in diesem Spiel zu gehören.

Technologisch betrachtet lässt sich zunächst – vor dem Hintergrund der dritten industriellen Revolution (Mikroprozessoren, Personal Computer etc.) – eine zunehmende Informatisierung der Ar-

60 Vgl. u.a. Klinger/Knapp (2008).

61 Vgl. Reckwitz (2021), 115.

62 Vgl. hierzu Reckwitz (2017), (2021).

63 Vgl. Bröckling (2007).

beit und der Produktion (fraktale Fabrik etc.) ausmachen. Ab den 1990er Jahren sind gleich mehrere, immer ambitioniertere Digitalisierungsschübe zu beobachten, die – wie Staab es sieht – einen „digitalen Kapitalismus“ begründen. Offen ist allerdings bis heute, welche Dynamik dieser Transformation innewohnt: Können sich humano-orientierte Gestaltungsansätze durchsetzen oder ist hier Skepsis angebracht? Zumindest scheint der „Glaube an einen immerwährenden Fortschrittsoptimismus“⁶⁴ nicht nur im Hinblick auf den digitalen Umbruch, sondern auch auf weitere Bausteine der Spätmoderne nicht mehr sehr groß zu sein. Am augenfälligsten wird dies, wenn man sich die bereits jetzt schon sichtbaren (globalen wie lokalen) kulturellen, sozialen und ökonomischen Folgen des Klimawandels vor Augen führt. So ist nicht zu übersehen, dass sich die Spätmoderne durch ein hohes ökologisches Zerstörungspotenzial auszeichnet und von Nachhaltigkeit eigentlich keine Rede sein kann. Ob und inwieweit sie sich auch ignorant gegenüber den Erfordernissen einer nachhaltigen Reproduktion verhält, ist daher eine naheliegende Frage. Betrachten wir also im Weiteren das spezifische Reproduktionsregime der Spätmoderne. Was unterscheidet das in der industriellen Moderne vorherrschende Reproduktionsregime vom Reproduktionsregime der Spätmoderne?

Ich gehe davon aus, dass sich in der Spätmoderne die Krise der Reproduktion, die bereits in den 1970er Jahren mit der steigenden Erwerbsintegration von „Frauen“ eingesetzt hat, aber durch die Implementierung eines modernisierten Versorgermodells (Vereinbarkeitsmodell) wieder abgefedert wurde, im Zuge der Durchsetzung einer „Logik des Besonderen“⁶⁵ verschärft wird. Eine spätmoderne Geschlechterordnung, die sich sowohl als stark polarisierend als auch höchst ambivalent und spannungsreich entpuppt, wird folglich immer deutlicher sichtbar werden. Sie orientiert sich nicht nur an dem Leitbild des „Adult Worker Models“⁶⁶, sondern greift zugleich auch auf die traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung zurück und

64 Wagner (2018); siehe hierzu auch die Schattenseiten der „schönen neuen Arbeitswelt“ wie die zunehmende Sensibilität für Verluste (Reckwitz 2024).

65 Vgl. hierzu Reckwitz (2017), (2021).

66 Gemeint ist hiermit, dass von allen Erwachsenen erwartet wird, dass sie für sich selbst sorgen können und folglich erwerbstätig sein sollen. Hierzu schon früh Lewis (2004).

ist zudem eng verwoben mit Intersektionalität⁶⁷ und transnationaler Care-Arbeit. Dass es sich um ein höchst fragiles und widersprüchliches Reproduktionsregime handelt, kommt auch darin zum Ausdruck, dass es Tendenzen einer Neukonfiguration von Männlichkeit, neue Familien- und Lebensmodelle (De-Familialisierungsprozesse) und eine damit einhergehende Kritik an der „Zwangsheteronormativität“ erkennen lässt, aber zugleich – spätestens mit der Geburt von Kindern – nach wie vor ein relativ hohes Beharrungsvermögen der geschlechtlichen Arbeitsteilung an den Tag legt. Noch ist offen, was aus dieser konfliktreichen, widersprüchlichen Gemengelage aus Re-Traditionalisierungs- und Wandlungsprozessen wird, zumindest ist aktuell in vielen Bereichen immer noch nicht allzu viel von einer Auflösung der Geschlechterdiskriminierung und sexueller Gewalt zu erkennen (siehe MeToo).

Setzt sich eine „Logik des Besonderen“ durch, die darauf abzielt, dem Streben nach Generalisierung, Standardisierung und Formalisierung, das so typisch für die fordistische, industrielle Moderne war, einen Trend zur Einzigartigkeit und Singularisierung entgegenzusetzen, folgt daraus zwangsläufig weder ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen des Planeten noch ein nachhaltiger Umgang mit sozialen Ressourcen, die auch (Für-)Sorge für andere und sich selbst umfasst. Was sich unter den Vorzeichen der Spätmoderne hingegen zugespitzt hat, ist der Wettbewerb um Einzigartigkeit, der zwar höchst kompatibel mit der nach wie vor hegemonialen neoklassischen Ausrichtung der Ökonomie ist, sich aber zugleich als Bedrohungspotenzial erweist – zum einen für die Subjekte selbst („erschöpftes Selbst“) und zum anderen im Hinblick auf die Sorge für andere (Fürsorge). Wir haben es also nicht nur mit einer aggressiven Wettbewerbslogik und dem „Zwang zur Selbstverwirklichung“⁶⁸ bzw. zu radikaler Selbstvermarktung zu tun, sondern auch mit einer anhaltenden Abwertung von Reproduktions- bzw. Carearbeit. Darüber können auch die symbolischen Anerkennungen, die Carearbeit leistende Beschäftigte z.B. in den ersten Monaten der Pandemie erfahren haben, nicht hinwegtäuschen. „Gewinner:innen“ dieses Systems versuchen daher, sich von unbezahlter Haus- und Care-Arbeit (Sorgearbeit für Kinder, Pflege von Angehör-

67 Zum Begriff siehe u.a. Winker/Degele (2009).

68 Vgl. Reckwitz (2021).

rige) weitgehend frei zu machen, indem sie sie externalisieren (z.B. an osteuropäische Migrantinnen), zumal es immer noch – zumindest in Deutschland – an einer umfassenden gleichstellungsorientierten wohlfahrtsstaatlichen Care-Politik mangelt. Damit verstärken sich jedoch Polarisierungstendenzen entlang von intersektionalen Dimensionen (Klasse/soziale Herkunft, Ethnizität/„race“).

Anhaltspunkte für eine Krise des spätmodernen Reproduktionsregimes liefert nicht nur die „Flucht“ aus dem Pflegesektor (Exit-Strategie), die vor allem auf die anhaltenden Arbeitsüberlastungen zurückzuführen ist. Zu beobachten ist zudem eine zunehmende Subjektivierung der Arbeit, die zu Selbstüberforderungen führt und nicht folgenlos bleibt, wie die Zunahme psychischer Erkrankungen (Burnout), die auch eine geschlechtliche Konnotation erkennen lässt, zeigt.⁶⁹ Franziska Schutzbach hat diese Entwicklung erst jüngst etwas plakativ beschrieben, indem sie von der „Erschöpfung der Frauen“⁷⁰ spricht, denen es zunehmend weniger gelingt, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen, nämlich permanent – insbesondere familiär und beruflich, emotional, zeitlich und sozial – verfügbar zu sein. Demnach schreibt die Spätmoderne, obwohl ihr attestiert wird, einen großen Schritt in Richtung Geschlechteremanzipation, ja sogar eines „Undoing Gender“⁷¹ und Diversitätsideals gemacht zu haben, die ungleiche und vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, einschließlich all ihrer beruflichen, sozialen, psychischen und emotionalen Folgen, fort, die nunmehr sogar noch verstärkt mit intersektionalen Dimensionen verwoben ist und „Achsen der Differenz“ (Knapp) forciert.

69 Siehe hierzu den Anstieg der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund der Diagnosegruppe Z73 („Probleme mit Bezug auf Schwierigkeiten bei der Lebensbewältigung“): Die AOK Daten belegen, dass zwischen 2011 und 2020 eine Zunahme um fast 36 Prozent stattgefunden hat, denn pro 1.000 AOK-Mitgliedern stieg sie von 96,9 auf 131,7 Tage an, wobei Frauen deutlich häufiger länger wegen eines Burnouts krankgeschrieben sind als Männer (Meyer et al. 2021, 502).

70 Vgl. Schutzbach (2021).

71 Zum Begriff: Butler (2004) verbindet mit „Undoing Gender“ subversive Aktivitäten, die dem Zwang zur Heteronormativität und der Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit entgegenwirken. Dieser politischen Sicht setzt Hirschauer (1994) ein Konzept entgegen, das systemtheoretisch inspiriert ist und auf eine Deinstitutionalisierung von Geschlecht bzw. einem „sozialen Vergessen“ der Geschlechterdifferenz hinausläuft.

3 Fazit und Ausblick

Zwar hat die Corona-Krise sichtbar gemacht, wie „systemrelevant“ Care- bzw. Sorgearbeit ist, womit nicht nur die Pflege von Kranken und die Betreuung von älteren Menschen und Kindern gemeint ist, sondern auch all die anderen Versorgungs- und Fürsorgetätigkeiten, die nicht nur für die Reproduktion des Arbeitsvermögens, sondern auch für die Aufrechterhaltung des eigenen Lebens so notwendig und unverzichtbar sind. Dennoch hat bislang allenfalls eine Anerkennung von Care-Tätigkeiten auf der Vorderbühne, also einer rein symbolischen Ebene, stattgefunden, was zu „Vernebelungseffekten“ und „Egalitäts- wie Diversitätsmythen“⁷² beigetragen hat, während auf der Hinterbühne weder ein substantieller Aufwertungsprozess des Pflegesektors (Entgelt, Verbesserung von Arbeitsbedingungen) noch eine grundlegende Abkehr von der geschlechtlichen Arbeitsteilung bzw. dem Gender Care Gap⁷³ zu beobachten ist. Vielmehr haben sich im Zuge der „global care chain“ noch weitere Fragmentierungs- und Polarisierungstendenzen in das Feld der Haus- und Care-Arbeit eingeschrieben. Ob und inwieweit diese Entwicklungen sich jedoch als krisenhaft erweisen werden und ihnen sogar eine Sprengkraft zuzumessen ist, die zu einer grundlegenden Abkehr von dem bislang stark polarisierten, ambivalenten Reproduktionsregime führen wird, ist noch nicht zu erkennen. Ohne – so etwa Rosa – eine „Überwindung der Trennung zwischen atomisiertem Konsum, fremdbestimmter Produktion und abgespaltener Reproduktion“⁷⁴ wird es sicherlich nicht zu einer Form der „Wirtschaftsdemokratie unter Einbeziehung der Reproduktionssphäre“⁷⁵ kommen. Das heißt, den „Eskalationstendenzen“ von Märkten⁷⁶ muss quasi erst einmal „der Stecker gezogen“ werden, wenn es gelingen soll, nicht

72 Siehe zum Thema Egalitätsmythen u.a. Funder/May (2014) und zu Diversitätsmythen Funder (2023).

73 Der Gender Care Gap gibt den zeitlichen Mehraufwand wieder, den Frauen im Unterschied zu Männern für unbezahlte Sorgearbeit aufwenden. Im Jahr 2019 lag er bei 52,4 Prozent (vgl. <https://de.statista.com/infografik/24809/hoehe-des-gender-care-gaps-in-deutschland/>). An dieser Diskrepanz hat sich im Verlauf der Corona-Pandemie kaum etwas verändert (vgl. Zucco/Lott 2021).

74 Rosa (2021).

75 Ebd.

76 Vgl. Rosa (2021), 250.

nur neue Formen der Resonanz und Selbst- sowie Fürsorge für andere hervorzubringen, sondern auch ein neues nachhaltiges post-spätmodernes Reproduktionsregime⁷⁷ zu erzeugen. Noch sieht es – zumindest mit Blick auf Deutschland – nicht danach aus, vielmehr trägt die vorherrschende Version des spätmodernen Reproduktionsregimes eher zu einer Vertiefung und weiteren Verfestigung sozialer Ungleichheiten entlang intersektionaler Dimensionen bei.

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr (2014), Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Zur Ganzheitlichkeit und Rationalisierung des Sorgens und der Sorgearbeit, in: Soziale Welt, Sonderband 20, Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Baden-Baden: Nomos, 125–140.
- Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dück, Julia (2011), Die multiple Krise – Krisendynamik im neoliberalen Kapitalismus, in: Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hg.), VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag, 11–28.
- Bauman, Zygmunt (1995): Ansichten der Postmoderne. Hamburg: Argument.
- Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang/Lau, Christoph (2001), Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen, Hypothesen, Forschungsprogramme, in: Ulrich Beck/Wolfgang Bonß (Hg.): Die Modernisierung der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 11–59.
- Becker-Schmidt, Regina (1987), Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften, in: Lilo Unterkirchner/Ina Wagner (Hg.), Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreichischer Soziologentag 1985. Wien: ÖGB Verlag, 10–25.
- Becker-Schmidt, Regina (1991), Individuum, Klasse und Geschlecht aus der Perspektive der Kritischen Theorie, in: Wolfgang Zapf (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt a.M./New York: Campus, 383–394.
- Becker-Schmidt, Regina (2007), Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse in Bewegung, in: Brigitte Aulenbacher/Maria Funder/Heike Jacobsen/Susanne Völker (Hg.), Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 250–268.

⁷⁷ Vorschläge gibt es hierzu einige, siehe FN 34.

- Beer, Ursula (1990), *Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Bock, Giesela/Duden, Barbara (1977), *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*, in: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.), *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen*, Juli 1976. Berlin: Frauenoffensive, 118–199.
- Bröckling, Ulrich (2007), *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2004), *Undoing Gender*. New York: Routledge.
- Demirović, Alex/Maihofer, Andrea (2013), *Vielfachkrise und die Krise der Geschlechterverhältnisse*, in: Hildegard M. Nickel/Andreas Heilmann (Hg.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim: Beltz Juventa, 30–48.
- Eggers, Thurid/Grages, Christopher/Pfau-Effinger, Birgit (2021), *Politiken zur familialen Care-Arbeit und Gleichstellung der Geschlechter – eine theoretische Diskussion*, in: Simone Scherger/Ruth Abramowski/Irene Dingeldey/Anna Hokema/Andrea Schäfer (Hg.), *Geschlechterungleichheiten in Arbeit, Wohlfahrtsstaat und Familie*. Frankfurt a.M./New York: Campus, 165–190.
- Ehrenberg, Alain (2004), *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Funder, Maria (2023), *Warum Diversitätspolitik kein „Schnick-Schnack“ ist. Perspektiven der Organisations- und Diversitätsforschung*, in: Maria Funder/Julia Grulich/Nina Hossain (Hg.), *Diversitäts- und Organisationsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos, 563–586.
- Funder, Maria/May, Florian (2014), *Neo-Institutionalismus: Geschlechtergleichheit als Egalitätsmythos?*, in: Maria Funder (Hg.), *Gender Cage – Revisited. Handbuch zur Organisations- und Geschlechterforschung*. Baden-Baden: Nomos, 195–224.
- Fraser, Nancy (1994), *After the family wage. Gender equity and the welfare state*, in: *Political Theory*, 22.4, 591–618.
- Giddens, Anthony (1995), *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gramsci, A. (1991): *Gefängnishefte*, 2, 2./3. Hamburg/Berlin: Argument.
- Habermas, Jürgen (1973), *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Haugg, Frigga (2011), *Die Vier-in-einem-Perspektive – Eine Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist*, <https://www.postwachstum.de/die-vier-in-einem-perspektive-eine-utopie-von-frauen-die-eine-utopie-fur-alle-ist-20110828> (15.02.2022).

- Hirschauer, Stefan (1994), Die soziale Fortpflanzung der Zweigeschlechtlichkeit, in: *Kölner Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 46, 668–691.
- Hirschauer, Stefan (2016), Judith, Niklas und das Dritte der Geschlechterdifferenz: Undoing Gender und die Post Gender Studies, in: *Gender*, 3, 114–129.
- Hondrich, Karl Otto (1983), Wieviel Gutes hat die Krise und wieviel Krise ist gut? Überlegungen zur Normalität des Unerwünschten, in: Joachim Matthes (Hg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt a.M./New York: Campus, 278–292.
- Honneth, Axel (2023), *Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Jürgens, Kerstin (2010), Deutschland in der Reproduktionskrise, in: *Leviathan*, 4, 559–587.
- Jürgens, Kerstin (2013), Deutschland in der Reproduktionskrise – Nachbetrachtung einer Diagnose, in: Hildegard M. Nickel/Andreas Heilmann (Hg.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim: Beltz Juventa, 70–85.
- Kahlert, Heike (2019), Neuordnung der wohlfahrtskapitalistischen Geschlechterverhältnisse in der Spätmoderne: Reproduktionskrise und/oder unvollendete Revolution?, in: Barbara Rendtorff et al. (Hg.): *Struktur und Dynamik – Un/Gleichzeitigkeiten im Geschlechterverhältnis, Geschlecht und Gesellschaft* 73. Münster: Westfälisches Dampfboot, 141–155.
- Klinger, Cornelia (2013), Krise war immer ... Lebenssorge und geschlechtliche Arbeitsteilungen in sozialphilosophischer und kapitalismuskritischer Perspektive, in: Erna Appelt/Brigitte Aulenbacher/Angelika Wetterer (Hg.), *Gesellschaft – Feministische Krisendiagnosen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 82–104.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun Axeli (2008), Einleitung, in: dies. (Hg.), *Überkreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7–18.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2014), „Intersectionality“ – ein neues Paradigma der Geschlechterforschung?, in: dies.: *Arbeiten am Unterschied*. Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 127–146.
- Kohlrausch, Bettina/Zucco, Alina (2020), Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. WSI Policy Brief Nr. 40, 5/2020. Düsseldorf.
- Kosseleck, Reinhart (1982), Krise, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3. Stuttgart: Klett Cotta, 617–650.

- Lenz, Ilse (2017), Genderflexer? Zum gegenwärtigen Wandel der Geschlechterordnung, in: Ilse Lenz/Sabine Evertz/Saida Ressel (Hg.): *Geschlecht im flexibilisierten Kapitalismus? Neue Ungleichheiten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 181–221.
- Lewis, Jane (2004), Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen“-Familie, in: Sabine Leitner/Ilona Ostner/Martina Schratzenstaller (Hg.), *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem ErnährermodeLL?.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 62–84.
- Luhmann, Niklas (1998): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Luhmann, Niklas (1997), *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lutz, Burghart (1984), *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Melde, Thomas (2021), Was kann die Soziologie für die unternehmerische Nachhaltigkeit leisten?, in: SONA – Netzwerk Soziologie der Nachhaltigkeit (Hg.), *Soziologie der Nachhaltigkeit*. Bielefeld: transcript, 325–336
- Meyer, Markus/Wing, Lisa/Schenkel, Antje/Meschede, Miriam (2021), Krankheitsbedingte Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft 2020, in: Bernhard Badura/Antje Ducki/Helmut Schröder/Joachim Klose/Markus Meyer (Hg.), *Fehlzeiten-Report 2021, Fehlzeiten-Report*, 441–536, https://doi.org/10.1007/978-3-662-63722-7_27 (15.02.2022).
- Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika/von Werlhof, Claudia (1988), *Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Nassehi, Armin (2021), *Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft*. München: C.H. Beck.
- Neckel, Sighard (2018), *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Soziologische Perspektiven*, in: Sighard Neckel/Natalia Besedovsky/Moritz Boddenberg/Martina Hasenfratz/Sarah Miriam Pritz/Timo Wiegand (Hg.), *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms*. Bielefeld: transcript, 11–24.
- Nünning, Ansgar (2013), *Krise als Erzählung und Metapher. Literaturwissenschaftliche Bausteine für eine Metaphorologie und Narratologie*, in: Carla Meyer/Katja Patzel-Mattern/Gerrit Jasper Schenk (Hg.), *Krisengeschichte(n). Krise als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*. Stuttgart: Franz Steiner, 117–144.
- Piketty, Thomas (2022), *Rassismus messen, Diskriminierung bekämpfen*. München: C.H. Beck.
- Polanyi, Karl (1997 [1944]), *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Reckwitz, Andreas (2017), *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2021), Gesellschaftstheorie als Werkzeug, in: Andreas Reckwitz/Hartmut Rosa (Hg.), *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?*. Berlin: Suhrkamp, 23–150.
- Reckwitz, Andreas (2024): *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2021), Best Account. Skizze einer systematischen Theorie der modernen Gesellschaft, in: Andreas Reckwitz/Hartmut Rosa (Hg.), *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?*. Berlin: Suhrkamp, 151–251.
- Rulffes, Evke (2021), *Die Erfindung der Hausfrau. Geschichte einer Entwicklung*. Hamburg: Harper Collins.
- Schroer, Markus (2022), *Geosozilogie*. Berlin: Suhrkamp
- Schutzbach, Franziska (2021), *Die Erschöpfung der Frauen. Wider die weibliche Verfügbarkeit*. München: Droemer.
- Steg, Joris (2020), Was heißt eigentlich Krise?, in: *Soziologie*, 49, 4, 423–435.
- Staab, Philipp (2019), *Digitaler Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang (2011), Die Krisen des demokratischen Kapitalismus, in: *Lettre Internationale*, 95, 7–17.
- Tronto, Joan (2013), *Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice*. New York: New York University Press.
- Wagner, Peter (2018), *Fortschritt. Zur Erneuerung einer Idee*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- West, Candace/Zimmerman, Don H. (1987), Doing Gender. *Gender & Society*, 1, 125–151, <http://dx.doi.org/10.1177/0891243287001002002> (15.02.2022).
- Winker, Gabriele (2021), *Solidarische Care-Ökonomie – Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima*. Bielefeld: transcript.
- Zucco, Alina/Lott, Yvonne (2021), Stand der Gleichstellung. Ein Jahr nach Corona, in: *WSI-Report*, Nr. 64, März 2021. Düsseldorf.

Infame Arbeitsteilung und das Dispositiv der Verachtung

Zur Fundierung einer Kritischen Theorie des Ökonomischen

Die Frage nach dem Wesen und der Bedeutung des Arbeitens ist nie aus dem Fokus des philosophischen Interesses geraten. Gleichwohl hat das Thema der Arbeit und damit verbunden der Arbeitsteilung im 20. Jahrhundert eine „philosophical demotion“¹ erfahren. Je erfolgreicher Wirtschaftswissenschaftler*innen behaupteten, allein zuständig für die Beschreibung und die Analyse des Ökonomischen zu sein, desto mehr setzte sich in der Philosophie die Überzeugung fest, dass Fragen *der Wirtschaft*² und somit auch der Arbeit außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der philosophischen Reflexion liegen würden. Selbst in der Tradition der Kritischen Theorie, der das Projekt einer philosophischen Reflexion des Ökonomischen konstitutiv eingeschrieben ist³, wurde mit der von Jürgen Habermas vollzogenen kommunikativen Wende eine strikte Trennung zwischen dem Ökonomischen („System“) und dem Nicht-Ökonomischen („Lebenswelt“) installiert und damit implizit der Anspruch der Wirtschaftswissenschaften anerkannt, allein für die theoretische Auseinandersetzung mit der Wirtschaft zuständig zu sein.

Erst in den letzten Jahren haben sich zeitgenössische Vertreter*innen der Kritischen Theorie wieder verstärkt dem Thema des Öko-

1 Deranty (2009), 70.

2 Ich setzte hier erst- und einmalig die Wirtschaft kursiv, um deutlich zu machen, dass es sich bei dieser Entität um eine diskursive Konstruktion handelt. Vgl. hierzu Mitchell (2002), Düppe (2011).

3 Vgl. Ronge/Rothe (2016).

nomischen zugewendet.⁴ Sie folgen damit einem Trend, der in der Philosophie insgesamt zu beobachten ist. So wie Historiker*innen, Literatur- und Kulturwissenschaftler*innen bemühen sich auch Philosoph*innen in den letzten Jahren vermehrt darum, einen neuen und eigenständigen Zugang zum Gegenstandsbereich des Ökonomischen zu gewinnen.⁵ Die Diskussionen innerhalb des noch jungen Feldes der so genannten Wirtschaftsphilosophie drehen sich dabei in erster Linie um normative Fragen des Marktes und orientieren sich in der Regel an Fragestellungen und Argumentationslinien der Politischen Philosophie US-amerikanischer Provenienz. Dies führt zu einem tendenziell blinden Fleck gegenüber dem Problem der (gesellschaftlichen) Arbeitsteilung. Denn, wie Axel Honneth in seinen jüngeren Texten bemerkt, stellt der Zusammenhang von Demokratie und Arbeitsteilung ein „vernachlässigtes Kapitel der politischen Philosophie“⁶ dar.

In der Tat: Während in der US-amerikanischen Politischen Philosophie ausführlich über normative Fragen des Marktes und das heißt insbesondere über seine moralphilosophisch zu rechtfertigenden Grenzen debattiert wird⁷, wird die Frage der Arbeitsteilung weitgehend ausgespart.⁸ Eine Leerstelle, die systematisch nicht zu rechtfertigen ist. Selbst politisch so unterschiedliche Denker wie Adam Smith und Wladimir Iljitsch Lenin stimmen darin überein, dass Markt und Arbeitsteilung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind und man nicht sinnvoll über den Markt sprechen kann, ohne die gesellschaftliche Arbeitsteilung zu thematisieren, die der Gestalt des Marktes zu Grunde liegt.⁹ Egal, ob es sich um die *häusliche*

4 Vgl. Honneth (2009), Honneth (2011), Honneth/Herzog (2014), Honneth (2015), Honneth (2023), Jaeggi (2017), Jaeggi (2018), Fraser/Jaeggi (2020).

5 Wollte man typische Merkmale für diese geisteswissenschaftliche (Wieder-)Aneignung des Ökonomischen bestimmen, so wäre neben dem terminologischen Wechsel von *der Wirtschaft* auf *das Ökonomische* (vgl. Walters (1999), Mitchell (2002), Mitchell (2005), Mitchell (2008), Tellmann (2009), Tellmann (2014)) sicherlich auch die Wahl einer praxistheoretischen Perspektive zu nennen, vgl. hierzu Echtermöller et al. (2012); Klein/Windmüller (2014), Ronge (2016), Jaeggi (2017), Jaeggi (2018).

6 Honneth (2020), 208; ausführlich hierzu jetzt auch Honneth (2023).

7 Vgl. Anderson (1993), insbesondere 141–167; Walzer (2006), Kapitel 4; Sandel (2012), Satz (2013).

8 Ausnahmen wie Okin (1989) oder Gomberg (2008) bestätigen die Regel.

9 Vgl. Smith (2005), 85–104; Lenin (1968), 91 f.

Arbeitsteilung handelt, die entscheidet, wer *als Arbeitnehmer*in* auf dem Markt erscheinen kann, oder um die *betriebliche Arbeitsteilung*, die festlegt, wie und wo welche Güter produziert (bzw. nicht produziert) werden oder die *internationale Arbeitsteilung*, die bestimmt, wie sich die nationalen Märkte zueinander verhalten, und somit auch Rückwirkungen auf das Verhältnis von betrieblicher und häuslicher Arbeitsteilung innerhalb dieser nationalen Wirtschaft haben, es sind immer die Praktiken und Formen der Arbeitsteilung, die auf komplexe Weise die Gestalt und die Grenzen von Märkten konstituieren. Wenn in der US-amerikanischen Politischen Philosophie „die Verwurzelung der Demokratie in den wirtschaftlichen Verhältnissen [...] aus dem Blick geraten ist“¹⁰, dann deswegen, weil man diesen Zusammenhang nicht thematisieren kann, ohne von der *racial division of labor* zu sprechen, die als Erbe der Sklaverei bis heute die Gestalt des US-amerikanischen Arbeitsmarktes prägt.

Interessanterweise schweigt aber nicht nur die US-amerikanische Politische Philosophie über das Thema Arbeitsteilung, sondern auch die deutschsprachige Wirtschaftsphilosophie. Auch hier ist in den letzten Jahren verstärkt sowohl vom Markt¹¹ als auch von Arbeit¹² die Rede, ohne dass dabei genauer auf den strukturellen Zusammenhang von Markt bzw. Arbeit und Arbeitsteilung reflektiert würde. Gerade in den Beiträgen zur Arbeit fällt diese Leerstelle besonders auf. Schließlich bleibt der Begriff der Arbeit ohne Bezugnahme auf den Begriff der Arbeitsteilung im schlechten Sinne abstrakt. Es erscheint dann so, als ob die Tätigkeiten, die wir gewohnt sind als Arbeit zu bezeichnen – die Tätigkeit des Bäckers, des Fleischers, des Anwalts, des Zahnarztes etc. – isoliert und unvermittelt nebeneinanderstehen würden. Dabei ist „Arbeit“ immer das Resultat einer vorgängigen Praxis der Arbeitsteilung und existiert daher immer schon und ausschließlich im Zusammenhang mit anderen Tätigkeitsprofilen. Von diesen werden manche als *Arbeit*, manche als *Job*, manche gar nicht bezeichnet. Mit anderen Worten: Die Tätigkeitsprofile, die wir gewohnt sind Arbeit zu nennen, gibt es nur, weil es eine vorgängige Praxis der Arbeitsteilung gibt, die genau diese Tätigkeitsprofile (des Bäckers, des Fleischers, des Anwalts, des Zahnarztes) als „Arbeit“ hervorbringt.

10 Honneth (2020), 210.

11 Vgl. Herzog (2013), Herzog/Honneth (2014), Schmidt am Busch (2016).

12 Vgl. Krebs (2002), Honneth (2009), Schmidt am Busch (2017), Herzog (2019).

Wer von Arbeit spricht, ohne von Arbeitsteilung zu sprechen, verschleiert somit die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die über die Praktiken der Arbeitsteilung ausagiert und reproduziert werden. Auch deswegen versäumt es Hans Jürgen Krahl – Weggefährte und vermutlich schärfster Konkurrent von Jürgen Habermas um die theoretische Fortführung des Projekts der Kritischen Theorie – nie, Arbeit und Arbeitsteilung in ein und demselben Atemzug zu nennen.¹³ Demgegenüber hat Habermas kein Problem damit, von Arbeit schlechthin zu handeln¹⁴ bzw. das Phänomen der Arbeitsteilung in der Manier der Wirtschaftswissenschaften als Kooperation umzudeuten, sprich als Problem der Koordination von „instrumentellen Handlungen“ rationaler Akteure mit Blick „auf den Produktionszweck“¹⁵. Diese folgenreiche Umdeutung eines marxistischen Grundbegriffs prägt bis heute den habermasianischen Strang der Kritischen Theorie und verhindert die kritische Wiederaufnahme des Begriffs der Arbeitsteilung.¹⁶

Insofern muss man konstatieren, dass nicht nur die Politische Philosophie einen blinden Fleck bezüglich der Frage der Arbeitsteilung hat, sondern auch die deutschsprachige Wirtschaftsphilosophie im Allgemeinen und die jüngere Kritische Theorie im Besonderen. Im Folgenden möchte ich die begriffliche und systematische Verkopplung von Arbeit und Arbeitsteilung wieder mehr zu Bewusstsein bringen, indem ich den Begriff der *infamen Arbeitsteilung* entwickle und die Praxis der infamen Arbeitsteilung als Grundlage eines Dispositivs der Verachtung ausweise, das für das Funktionieren bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften grundlegend ist. Da ich die folgenden Überlegungen als Beitrag zu einer Kritischen Theorie des Ökonomischen verstehe, möchte ich jedoch zunächst den Begriff der Arbeitsteilung als Grundbegriff einer Kritischen Theorie des Ökonomischen einführen (Teil 1), bevor ich anschließend auf die Praxis der infamen Arbeitsteilung eingehe (Teil 2), um abschließend dafür zu argumentieren, dass die viel diskutierte Krise der Arbeitsge-

13 Vgl. Krahl (2008).

14 Vgl. Habermas (1968), 36–59 und Habermas (1969).

15 Habermas (1976), 145 f.

16 Eine Konsequenz, welche die frühen, marxistischen Kritiker*innen von Habermas antizipiert haben, vgl. u. a. Hahn (1970), insbesondere 918 f. oder umfassend Rüdtenklau (1982).

sellschaft das Resultat einer fortschreitenden Ausweitung der gesellschaftlichen Verachtungszone ist (Teil 3).

1. Arbeitsteilung als Grundbegriff einer Kritischen Theorie des Ökonomischen

Das Projekt der Kritischen Theorie hat zurzeit keinen leichten Stand. Angesichts der in feministischen, dekolonialen und postkolonialen Diskursen formulierten Kritik an der Möglichkeit eines objektiven Standpunktes gegenüber der Gesellschaft steht in Frage, auf welchen Grundlagen eine kritische *Theorie der Gesellschaft* gerechtfertigt werden kann. Kritische Theorie hat auf diesen Einwand unter anderem dadurch reagiert, dass sie die Frage der Kritik in den Mittelpunkt gestellt hat: Rahel Jaeggi argumentiert beispielsweise, dass sich Kritische Theorie (mit großem K) dadurch auszeichnet, dass ihre Kritik eine *immanente Form* besitzt.¹⁷ Tatsächlich sichert ihr dies nicht nur ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen (theoretischen) Formen der Gesellschaftskritik, sondern verleiht ihr einen gesellschaftstheoretischen Anspruch. Kritische Theorie formuliert ihre Kritik an der Gesellschaft nicht von einem spezifischen gesellschaftlichen Standpunkt aus – weder vom Standpunkt der Unterdrückten noch vom privilegierten Standpunkt der Hochschullehrer*in –, sondern auf Grundlage einer sozialontologischen Beschreibung von Gesellschaft und einer Theorie über ihre historisch gewachsenen Funktionsmechanismen. Damit hält Jaeggi an jenem Begriff einer „Theorie der Gesellschaft“ fest, den Adorno und Horkheimer ehemals für das Projekt der Kritischen Theorie in Anschlag gebracht haben.

„Theorie der Gesellschaft“ diene der frühen Kritischen Theorie in erster Linie als Deckbegriff, um einer marxistischen Perspektive auf Gesellschaft treu zu bleiben, sprich einer Perspektive, die davon ausgeht, dass die Wirtschaft einen entscheidenden Einfluss auf die Gestalt der Gesellschaft hat, weswegen ihrer Beschreibung und Analyse eine besondere Bedeutung bei der Erklärung gesellschaftlicher Phänomene zukommt. Wer verstehen und erklären will, warum Ge-

¹⁷ Vgl. Jaeggi (2013), 285 ff; Jaeggi (2014), 277–309.

sellschaft ist wie sie ist, kann nicht darauf verzichten, ökonomische Ursachenforschung zu betreiben und dabei eine Theorie über das Funktionieren des Ökonomischen zu entwickeln. Diesen Ansatz und Anspruch erbt jede Theoriebildung, die sich von Marx herleitet – so auch die Kritische Theorie. Es wundert daher nicht, wenn die frühen Vertreter der Kritischen Theorie mit Marx davon ausgehen, dass es eine Logik der kapitalistischen Wirtschaftsweise gibt, deren Erkenntnis für eine effektive Kritik der bürgerlichen Gesellschaft unabdingbar ist. Nicht umsonst gehört die ökonomische Forschung von Beginn an zum interdisziplinären Forschungsprogramm der Kritischen Theorie¹⁸. Zugleich teilt die frühe Kritische Theorie die Einsicht von Georg Lukács, dass die Logik des Kapitals nicht nur das Ökonomische regiert, sondern sich im gesamten gesellschaftlichen Leben verkörpert. Dies bedeutet nicht, dass die von Marx angestrebte Suche nach den Gesetzen und Tendenzen des Kapitals vergeblich werden würde. Es bedeutet nur, dass der Suchauftrag der Kritischen Theorie komplizierter ist als derjenige, dem Marx folgte. Konnte Marx noch glauben, dass er die Gesetze des Kapitals auf dem Terrain erkennen kann, das durch die kritische Lektüre der bürgerlichen Theorien des Ökonomischen umschrieben wurde, so muss Kritische Theorie in Rechnung stellen, dass dasjenige, was (um der politischen Revolution willen) erkannt werden muss, sich *überall* zeigt: in bürgerlicher Theoriebildung über das Ökonomische ebenso wie in Kunst und Kultur, im eigenen Lebensvollzug und selbst im eigenen Denken. Im fortgeschrittenen Kapitalismus zeigt sich – so die von Georg Lukacs Analysen inspirierte Sicht der frühen Kritischen Theorie –, die Logik des Kapitals nicht nur in der Sphäre der Wirtschaft, sondern durchwaltet die gesamte Lebensform der Menschen, die in kapitalistischen Gesellschaften leben. Sie erscheint dabei nicht nur auf verzerrete, sprich zu entziffernde Weise im alltäglichen praktischen Verhalten der Menschen, sondern auch in ihrem Denken. Denn als Bestandteil einer Lebensform, die von der Logik des Kapitals durchgearbeitet wird, kann das Denken keinen unabhängigen, quasi neutralen Erkenntnisstandpunkt gegenüber der Logik des Kapitals für sich beanspruchen. Noch das kritischste Denken vollzieht sich in den Kategorien und Bahnen einer *Denkform*, die

18 Vgl. Ronge/Rothe (2016).

integraler Bestandteil der kapitalistisch geprägten, das heißt von der Logik des Kapitals durchwalteten Lebensform ist.

Gebührt Rahel Jaeggi das Verdienst, den Begriff der Lebensform für eine gesellschaftstheoretisch fundierte Variante der zeitgenössischen Kritischen Theorie etabliert zu haben, so steht die Wiederentdeckung des (neukantianischen) Begriffs der Denkform noch aus, der seinerseits wie selbstverständlich zum Begriffsrepertoire marxistisch geprägter Denker*innen wie Lukács oder Alfred Sohn-Rethel gehörte.

Dass Denken – und somit auch philosophisches Denken – Teil einer kapitalistisch durchwalteten Lebensform ist, bedeutet nicht, dass philosophisches Denken als Medium der Kritik untauglich wäre. Es bedeutet, dass sich das philosophische Denken dieser Tatsache bewusst sein und sie mitreflektieren muss, wenn es kritisch werden will. Die frühe Kritische Theorie ist sich dessen bewusst. Sie weiß, dass sie *als Theorie* auf Begriffe und Kategorien zugreift, die Ausdruck und Resultat einer von der Logik des Kapitals durchwalteten Denk- und Lebensform sind. Paradigmatisch hierfür ist der von Adorno eingeführte und verwendete Begriff der Identität bzw. des Identitätsdenkens. Als Hegel-Marxisten glauben Adorno und Horkheimer nicht, dass man historisch überkommenen Begriffe und Kategorien einfach eliminieren und durch neue Kategorien ersetzen kann. Insofern Begriffe und Kategorien das Resultat der bisherigen Lebensweise bzw. der bisherigen Interaktion der Menschen mit der Wirklichkeit sind, besitzen sie eine Beharrungskraft, die ebenso gerechtfertigt wie problematisch ist. Sie ist gerechtfertigt, insofern sie unsere praktische Bewältigung von Wirklichkeit ermöglicht und steuert; sie ist problematisch, insofern es sich um die erfolgreiche Bewältigung einer kapitalistischen Wirklichkeit handelt, die es grundsätzlich zu kritisieren und zu überwinden gilt. Gleichwohl kann diese Überwindung nur gelingen, wenn die Begriffe und Kategorien weiterentwickelt werden, welche die praktische Bewältigung garantieren. *Hic Rhodus, hic salta*.

Das Zukünftige kann nur aus und mit dem Material des Gegenwärtigen entwickelt werden. Diese letztlich geschichtsphilosophische Überzeugung gilt eben auch für die historisch gewachsenen Begriffe, mit denen Kritische Theorie an der Entwicklung einer besseren Zukunft arbeitet und somit auch für die Begriffe, mit denen die Ökonomie bzw. das Ökonomische beschrieben und analysiert

werden müssen. Das Ökonomische gänzlich neu zu beschreiben, wie es beispielsweise das Autorinnenkollektiv Gibson-Graham in kritischer und emanzipatorischer Absicht tut¹⁹, ist für eine Kritische Theorie des Ökonomischen auf Grund des oben beschriebenen Zusammenhangs von Denk- und Lebensform daher keine Option. Sie muss ihre Arbeit an bestehenden Begriffen und Kategorien leisten, um diese (wie seinerzeit Marx) in kritischer Absicht zu *entwickeln*. Dies gilt auch und vor allem für den Begriff der Arbeitsteilung.

Präzisieren wir die eingangs gemachte Feststellung, dass Arbeit ohne Arbeitsteilung undenkbar ist. Was wir als Arbeit bezeichnen und benennen ist Arbeit innerhalb einer arbeitsteilig organisierten Gesellschaft. Das heißt, ihre spezifische Form verdankt sich einem zeitlich und logisch vorausliegenden Prozess der Arbeitsteilung, der dieser und jener Arbeit diese und jene Form verleiht. Versteht man diese Form als Ausdruck eines spezifischen Bündels von Praktiken, lässt sich der eben formulierte Zusammenhang wie folgt beschreiben: Die Verknüpfung von einzelnen Praktiken zu einer spezifischen Bündelung (zum Beispiel zur Arbeit des Fleischers, der Krankenschwester, des Lehrers, der Schauspieler:in usw.) ist das Resultat der Aufteilung einer bestimmten vorgängigen Arbeitslast, die so oder anders zwischen humanen und nicht-humanen Akteuren aufgeteilt werden kann.

In diesem Sinn sollte Arbeitsteilung als eine soziale Praxis zweiter Ordnung verstanden werden, insofern mit ihr und durch sie über die Verknüpfung von Praktiken erster Ordnung zu spezifischen Praxisformen (dem Fleischerhandwerk, der professionellen Kranken- oder Altenpflege, der ärztlichen Tätigkeit etc.) entschieden wird – und zwar nicht nur auf der Marko-Ebene der gesellschaftlichen, sondern auch auf der Meso-Ebene der betrieblichen oder häuslichen Arbeitslast.²⁰ Immer schnürt die Praxis der Arbeitsteilung ein spezifisches Bündel aus (ökonomischen wie nicht-ökonomischen) Praktiken zusammen, die sodann als diese oder jene Arbeit in Erscheinung treten – oder auch nicht. Der Zusatz ist entscheidend. Denn nicht jedes durch Arbeitsteilung entstandene Tätigkeitsbündel erscheint in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als Arbeit. Diese Form der

19 Vgl. Gibson-Graham (2006).

20 Arbeitslast kann ihrem Begriff nach nur unscharf bestimmt werden, nämlich als die Summe der Tätigkeiten, die zur (Re-)Produktion des Zusammenhangs notwendig sind, dem diese Tätigkeiten entstammen.

Sichtbarkeit ist vielmehr das Ergebnis des *Kampfes um Anerkennung* (Axel Honneth), wie man an den Diskussionen rund um das Phänomen Care-Arbeit – also teils professionalisierte, teils im Kontext von Familie, Freundschaften und anderen sozialen Beziehungen ausgeübte Praxisformen, in deren Mittelpunkt die Pflege von und die Sorge um andere Menschen stehen – sehen kann. Die Praxis der Arbeitsteilung findet also nicht ausschließlich in der Sphäre der Wirtschaft, sprich dort, wo Lohnarbeit geleistet wird, statt, sondern ist dieser Sphäre logisch und zeitlich vorgängig. Die Sphäre der Arbeit im engeren Sinn von Lohnarbeit ist vielmehr das Resultat einer Arbeitsteilung, die spezifische Praxisformen hervorbringt, von denen manche als Lohnarbeit anerkannt werden, während andere als „Nicht-Arbeit“ erscheinen, obgleich es sich zum Teil ebenfalls um ökonomische Praxisformen handelt, sprich um solche, die zur Reproduktion der bestehenden Lebensform notwendig sind.

Die hier vorgeschlagene Bestimmung von Arbeitsteilung als einer gesellschaftlichen Praxis zweiter Ordnung hat meines Erachtens zwei Vorteile. Erstens eröffnet sich damit die Möglichkeit einer gesellschaftstheoretischen Perspektive, und zwar nicht nur auf den Bereich „der Wirtschaft“ im engeren Sinne, sprich der Sphäre des Marktes, sondern auf den Bereich „des Ökonomischen“ insgesamt, der neben den „wirtschaftlichen“ Praxisformen auch jene Praxisformen umfasst, die für die Reproduktion der Lebensform notwendig, und folglich „ökonomisch“ zu nennen sind, jedoch (noch) nicht kommodifiziert wurden. Die gesellschaftliche Praxis der Arbeitsteilung führt zu Praxisformen, in denen „ökonomische“ Praktiken und außer-ökonomische Praktiken ineinandergreifen.²¹ Zweitens kann auf diese Weise auch identifiziert werden, wie sich die kapitalistische Lebensform in emanzipatorischer Weise kritisieren lässt. Nimmt man nämlich den kategorischen Imperativ von Karl Marx ernst, dass die Aufgabe der Kritik darin besteht, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“²², dann bedeutet dies auch und vor allem mit der Praxis der infamen Arbeitsteilung zu brechen, das heißt mit jener Praxis der Arbeitsteilung, welche verachtungswürdige Praxisformen hervorbringt.

21 Den Versuch solche Praxisformen detaillierter zu analysieren, habe ich anhand von Akteuren der solidarischen Ökonomie unternommen (vgl. Ronge 2016).

22 Marx (1970), 385.

2. Die Praxis der infamen Arbeitsteilung und das Dispositiv der Verachtung

Die Praxis der infamen Arbeitsteilung ist ein wesentlicher Bestandteil dessen, was man als Dispositiv der Verachtung bezeichnen könnte. Dieses Dispositiv besteht im Wesentlichen aus drei Elementen: aus der eingangs bereits erwähnten Apotheose der Arbeit (1), einer Ontologie der verachtungswürdigen Arbeit (2) und der Illusion des freien Arbeitsmarktes (3). Das Zusammenspiel dieser drei Elemente sorgt innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformation dafür, dass die politische Herrschaft des Bürgertums gesichert und die Maxime der Profitmaximierung erfüllt werden kann. Gehen wir die Elemente einzeln durch.

Im Zuge der bürgerlichen Revolution erhält die Arbeit einen Wert, den sie bis zu diesem historischen Zeitpunkt nicht gehabt hat. Während Arbeit in den europäischen Gesellschaften bis zur Neuzeit als mühsam und anstrengend, ja gar als göttliche Strafe erscheint, auf jeden Fall als vermeidungswürdig, wird sie in Folge des historischen Aufstiegs des Bürgertums zum Ideal und Medium der individuellen wie gesellschaftlichen Selbstverwirklichung zunächst dieser Klasse – ein Ideal, das das Bürgertum im Zuge seines Sieges als gesellschaftliche Norm gegen alle anderen Lebensentwürfe teils blutig durchsetzt. Arbeit garantiert, so die bürgerliche Ideologie, den Fortschritt der Gattung Mensch und ermöglicht die Bildung und Selbstverwirklichung jedes Einzelnen. Wer nicht arbeitet – in der durch die bürgerliche Praxis der gesellschaftlichen Arbeitsteilung spezifizierten Weise – verfehlt somit in den Augen des Bürgers nicht nur seine individuelle Bestimmung, sondern sabotiert auch die geschichtsphilosophische Mission der Gattung Mensch.²³

Die unmittelbare Verknüpfung der Anerkennung des Menschen als Mensch mit der Realisierung seines Arbeitsvermögens sorgt dafür, dass alle, die nicht arbeiten, hinter der Norm des wahren Mensch-Seins zurückfallen und somit zum potenziellen Gegenstand

23 Am Elaboriertesten findet sich diese bürgerliche Apotheose der Arbeit bei Hegel, dicht gefolgt von Marx, dem es nicht gelingt, sich von diesem zentralen Stück bürgerlicher Philosophie zu emanzipieren; anders als sein Schwiegersohn Paul Lafargue, der das Recht auf Faulheit fordert, vgl. Lafargue (2018).

der Verachtung²⁴ derjenigen werden, die mit ihrer Arbeit am historischen Fortschritt von Gattung und Gesellschaft mitwirken. Aber nicht nur die „Arbeitslosen“ werden in der so entstandenen Arbeitsgesellschaft²⁵ verachtet, sondern auch diejenigen, die einer verachtungswürdigen Tätigkeiten nachgehen.

Dass bestimmte Tätigkeiten verachtet werden, gehört zur Geschichte der Arbeit dazu. Sei es die Sklavenarbeit in der Antike oder die *unehrlichen Berufe* der frühen Neuzeit wie das Entsorgen von Tierkadavern („Abdecker“) oder das Hinrichten anderer Menschen („Scharfrichter“)²⁶. Verachtet werden bestimmte Tätigkeiten quer durch die Geschichte der Arbeit mit Verweis auf ihre verachtungswürdigen Eigenschaften. Entweder sind sie besonders schmutzig, trivial, anstrengend oder brutal. So bildet sich über die Jahrhunderte eine Ontologie der verachtungswürdigen Tätigkeiten aus, die – wie jede Ontologie – in Wirklichkeit das Resultat historisch situierter Praktiken ist. Wie im ersten Teil ausgeführt wurde, entstehen Tätigkeitsprofile durch eine vorgängige Praxis der Arbeitsteilung, die dafür sorgt, dass diese und jene sozialen Praktiken zu diesen und jenen Praxisformen verkoppelt werden. Wenn Fabrikarbeit als trivial, monoton und eines Menschen eigentlich unwürdig erscheint, dann deswegen, weil die Arbeitslast in der Fabrik nach bestimmten Maximen der Arbeitsteilung aufgeteilt worden ist – nach Maximen, die nicht alternativlos sind.²⁷ Das heißt, Fabrikarbeit ist nicht als solche

24 Der Affekt der „Verachtung“, dessen sozialphilosophisch-phänomenologische Analyse meines Erachtens ein Desiderat darstellt, umfasst sowohl den Pol der „kalten Verachtung“, welcher der Gleichgültigkeit zum Verwechseln ähnlich ist, als auch einen „heißen Pol“, welcher dem Gefühl des Hasses verwandt ist, und von Nietzsche als Ressentiments analysiert worden ist. Diese Doppelgesichtigkeit der Verachtung hat Burkhard Liebsch herausgearbeitet (vgl. Liebsch (2007)).

25 Der Begriff „Arbeitsgesellschaft“ geht auf Hannah Arendt zurück (vgl. Arendt (1999)) und wurde in den achtziger Jahren zur Grundlage jener Debatte um die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ die auf dem Bamberger Soziologiekongress 1982 von Ralf Dahrendorf und Claus Offe initiiert wurde (vgl. Matthes (1983)) und im Grunde bis heute fortwirkt (vgl. hierzu überblickshaft Struck (2017)).

26 Zum Phänomen der unehrlichen Berufen in der frühen Neuzeit vgl. die instruktiven Studien von Jutta Nowosadkto und Wolfgang Scheffknecht (vgl. Nowosadkto (1994a); Scheffknecht (1995), 163–195) und zum Erwerb von Unehre in der Ständegesellschaft insgesamt Nowosadkto (1994b)).

27 Für eine ausführlichere Darstellung dieses Zusammenhangs mit Rückgriff auf Simone Weils Analyse der Fabrikarbeit, vgl. Ronge 2023.

verachtungswürdig (wie der bürgerliche Ökonom meint), sondern als Resultat einer Praxis der Arbeitsteilung, welche Fabrikarbeit als monotone, schmutzige, triviale Praxisform konstituiert. Tätigkeiten sind nicht auf Grund ihrer *natürlichen* Eigenschaften verachtungswürdig, sondern werden dazu in Folge einer Arbeitsteilung, die ein bestimmtes Set von schmutzigen, banalen, brutalen etc. Praktiken miteinander verkoppelt und zugleich von anderen, nicht-schmutzigen, nicht-banalen, nicht-rohen etc. Praktiken trennt.

Ich schlage vor, Praktiken der Arbeitsteilung, die zu verachtungswürdigen Tätigkeiten führen, hier und im Folgenden als Praktiken einer *infamen Arbeitsteilung* zu bestimmen. Diese bildet meines Erachtens das eigentliche Fundament des Dispositivs der Verachtung, das seinerseits im Herzen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wohnt, insofern es politischer Herrschaft und ökonomische Profitsteigerung geräuschlos miteinander vermittelt.²⁸

Dieses Dispositiv wird durch die Illusion des freien Arbeitsmarktes vervollständigt. In der Selbstwahrnehmung der bürgerlichen Gesellschaft geht jede*r der Arbeit nach, die ihren oder seinen natürlichen Talenten entspricht. Auf Grund dieser Annahme, kann vom Charakter der Arbeit auf den Charakter des/der Arbeitenden geschlossen werden. Wer einer verachtenswerten Arbeit nachgeht, ist daher aller Wahrscheinlichkeit nach ein verachtungswürdiger Mensch – egal, ob es sich dabei um die namenlose Putzfrau, die afrikanische Prostituierte oder den osteuropäischen Spargelstecher handelt.²⁹ Wären sie es nicht, würden sie einer anständigen/bürgerlichen Arbeit nachgehen. Schließlich bietet der freie Arbeitsmarkt jedem die Chance, seine Arbeit frei zu wählen. Damit schließt sich ein Dispositiv, das von der Praxis der infamen Arbeitsteilung angetrieben wird und für die politische wie ökonomische Stabilisierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft eine zentrale Funktion

28 Ich spreche hier nur und ausschließlich von der Erscheinungsweise einer Tätigkeit als verachtungswürdig oder verachtenswert. Keineswegs will ich damit behaupten, dass eine Tätigkeit an sich verachtungswürdig oder verachtenswert ist. Solch eine Ontologie der an sich verachtungswürdigen Tätigkeiten ist vielmehr Bestandteil des Dispositivs der Verachtung, welches eine zentrale Rolle in kapitalistischen Gesellschaften spielt und dessen materielle Grundlage die Praxis infamer Arbeitsteilung ist.

29 Die Zusätze sollen deutlich machen, dass das Dispositiv der Verachtung mit rassistischen Vorurteilen arbeitet.

besitzt. Durch das Dispositiv der Verachtung kann nämlich – wie ich im dritten und letzten Teil argumentieren möchte – sowohl die politische Herrschaft des Bürgertums gesichert, als auch der ökonomische Zwang zur Profitmaximierung befriedigt werden.

3. Krise der Arbeitsgesellschaft oder Ausweitung der Verachtungszone?

Dass es in den letzten Jahrzehnten zu einer Erosion jener Tätigkeitsform gekommen ist, die Soziolog*innen als „Normalarbeitsverhältnis“³⁰ bezeichnen, ist eine weithin anerkannte Tatsache. Unklar ist, wohin die damit verbundene Krise der Arbeitsgesellschaft führt. Beobachten wir das endgültige Ende des Normalarbeitsverhältnisses oder befinden wir uns nur in einer Phase seiner Neustrukturierung?³¹ Vor dem Hintergrund der hier entwickelten Gedanken drängt sich die These auf, dass der viel diskutierten Krise der Arbeitsgesellschaft eine Ausweitung der infamen Arbeitsteilung zu Grunde liegt, womit zugleich die Frage entschieden wäre, wohin die Erosion der Normalarbeit tendenziell führen wird, nämlich zu einer immer weiteren Ausweitung der gesellschaftlichen Verachtungszone.

Es ist Hegel, der wohl tiefgründigste Vertreter und Verfechter des neuen bürgerlichen Arbeitsverständnisses, der eine Ahnung von dieser historischen Tendenz gehabt zu haben schien. So zumindest lässt sich Paragraph 244 der Rechtsphilosophie verstehen, wo Hegel diagnostiziert, dass „die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug“ sein kann, um das „Uebermaße der Armuth“ und die „Erzeugung des Pöbels zu steuern“³². Dass damit kein materielles Verteilungsproblem gemeint sein kann, liegt auf der Hand. Wäre Armut ein materielles Problem, ließe es sich durch Umverteilung lösen, auch und gerade innerhalb der auf Wirtschaftswachstum ausgerichteten bürgerlichen Gesellschaft. Tatsächlich bezieht sich Hegel beim Gebrauch des Begriffs „Armut“ auf dessen frühneuzeitlichen Bedeutungskern (wie beispielsweise auch beim Begriff „Korporation“), genauer gesagt,

30 Darunter versteht man in der Regel eine sozialversicherungspflichtige, nicht befristete Vollzeitbeschäftigung.

31 Vgl. hierzu Castell (2011), Marchart (2013a) und Marchart (2013b).

32 Hegel (2015), 194.

auf jene Kategorie „des unwürdigen Armen“³³, der ein Leben außerhalb der gesellschaftlich anerkannten Lebensform führt. In diesem Sinne arm zu sein, bedeutet in der frühen Neuzeit Gegenstand „vielfältige[r] gesetzliche[r] und kollektive[r] Sanktionen“ zu sein, zu denen in allererster Linie „Ausgrenzung und Verachtung gehören“.³⁴ Die Pointe der hegelschen Adaption des frühneuzeitlichen Armutsbegriffs erkennt man, wenn man einen Blick in die Mitschrift der Vorlesung von 1821/22 wirft. Dort liest man:

„Wer dürftig ist, gehört noch nicht zum Pöbel. Was den Pöbel ausmacht, ist eigentlich die Gesinnung, das Gefühl der Rechtlosigkeit, und die Erzeugung des Pöbels setzt voraus einen Zustand in der bürgerlichen Gesellschaft, in dem jeder Rechte hat; in der bürgerlichen Gesellschaft hat jeder den Anspruch, durch seine Arbeit zu existieren; erlangt er nun *durch seine Tätigkeit* dies Recht nicht, so befindet er sich in einem Zustand der Rechtlosigkeit, er kommt nicht zu seinem Recht, und dies Gefühl ist es, das diese innere Empörung hervorbringt.“³⁵

Das pöbelhafte Leben ist also kein arbeitsloses Leben. Vielmehr entsteht es dort, wo das Subjekt „durch seine Tätigkeit“ nicht in den Genuss des Versprechens der bürgerlichen Gesellschaft kommt, „durch seine Arbeit zu existieren“, sprich auf Grund seiner Tätigkeit ein gesellschaftlich anerkanntes Leben zu führen. Pöbelhaftes Leben entsteht dort, wo Menschen einer Arbeit nachgehen, die ihnen nicht die Anerkennung ihrer Mitmenschen einbringt, das heißt, wo sie einer von den anderen Mitgliedern der Gesellschaft verachteten Tätigkeit nachgehen. Hegel scheint zu ahnen, dass die bürgerliche Gesellschaft – trotz ihres Lobliedes auf die Arbeit – nicht ohne die Existenz einer Sphäre der verachteten Arbeit existieren kann. Die bürgerliche Gesellschaft ist so konstituiert, dass sie aus sich heraus notwendigerweise, Arbeits- und Lebensformen hervorbringt, die vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet, pöbelhaft, sprich verachtungswürdig sind.

Hegel benennt damit eine der bürgerlichen Gesellschaft eingeschriebene Krisendynamik, ohne sie erklären zu können. Schuld daran ist, wie Marx gezeigt hat, die idealistische bzw. geistphilosophische Rahmung seiner philosophischen Reflexion. Sie verhindert,

33 Jütte (2000), 210.

34 Jütte 209.

35 Hegel (2005), 222, Hervorhebung B. R.

dass Hegel die tatsächlichen, materiellen Ursachen für die immanente Krisendynamik der bürgerlichen Gesellschaften in den Blick bekommt. Dafür sorgt in der Regel Marx, indem er den Hegelschen Diagnosen eine materialistische Erklärung gibt. Bemerkenswerterweise verzichtet Marx ausgerechnet im hier beschriebenen Fall darauf, Hegel vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dabei wäre es für Marx ein Leichtes gewesen, Hegels Diagnose von der immanent-notwendigen Erzeugung des pöbelhaften Lebens innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft eine ökonomische Erklärung zu geben. Schließlich übernimmt Marx in seiner Analyse des Kapitals nicht nur die hegelsche Diagnose, dass die Armut innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zwingend zunehmen muss³⁶, sondern stößt bereits im ersten Band des Kapitals auf das Phänomen der Über-Ausbeutung, wie Andrewy Higginbottom gezeigt hat (vgl. Higginbottom 2012).³⁷

Mit dieser Kategorie wäre es für Marx relativ einfach gewesen, ökonomisch zu beschreiben und zu erklären, warum es in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft notwendigerweise zu einer Ausweitung der *verachteten Arbeit* kommt³⁸: Durch die Praxis der infamen Arbeitsteilung werden Formen verachtungswürdiger Arbeit geschaffen, in denen die Beschäftigten mehr ausgebeutet werden können als in gesellschaftlich anerkannten Arbeitsverhältnissen. In verachteten Arbeitsverhältnissen kann mit anderen Worten mehr Profit erwirtschaftet werden als in anerkannten Arbeitsverhältnissen. Dieser Umstand erklärt, warum es in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft immer eine Tendenz zur Verächtlich-Machung von Arbeit, das heißt, zur Praktizierung einer infamen Arbeitsteilung gibt und geben muss.

Dass Marx seine These von der Tendenz der sinkenden Profitrate nicht durch die These ergänzt, dass es im Laufe der historischen Ent-

36 Vgl. hierzu z.B.: „Je größer endlich die Lazarusschichte der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierhergehört.“ Marx (1969), 673 f.

37 Vgl. hierzu auch Smith (2016), 236 ff.

38 Die Kategorie der Über-Ausbeutung erlebt zurzeit eine theoretische Renaissance, insbesondere im Zusammenhang neuerer Imperialismusanalysen, vgl. hierzu Foster et. al. (2011), Smith (2016).

wicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformation zu einer Ausweitung verachteter Arbeit kommt, scheint in erster Linie daran zu liegen, dass er aus politisch-strategischen Gründen daran interessiert war, zwischen anerkennungs- und verachtungswürdiger Arbeit zu unterscheiden: Letztere Form der Arbeit konstituiert das „Lumpenproletariat“, dessen Existenz als Erklärung dafür herhalten muss, dass die vorhergesagten revolutionären Prozesse ausgeblieben sind.³⁹ Statt die Entzweigung der realen Arbeitswelt in eine Sphäre der anerkannten Arbeits- und Lebensformen auf der einen Seite und einer Sphäre der verachteten Arbeits- und Lebensformen auf der anderen Seite grundsätzlich zu kritisieren, reproduziert Marx auf analytische-begrifflicher Ebene diese Differenz, wenn er zwischen politisch aktivierbarem *Proletariat* und *Lumpenproletariat* unterscheidet und damit eine Unterscheidung bewahrt, die im Endeffekt dazu führt, dass das von seinen Analysen inspirierte sozialistische Gesellschaftsprojekt sich weder in der Apotheose der Arbeit noch in der Verachtung für Arbeitslosigkeit von seinem bürgerlich-kapitalistischen Gegenstück großartig unterscheidet.⁴⁰ Hier wie dort ziehen bestimmte Arbeits- und Lebensformen den gesellschaftlichen Affekt der Verachtung auf sich.

Die fortschreitende Verächtlich-Machung von Arbeits- und Lebensformen hat aber nicht nur einen ökonomischen Grund. Es gibt auch einen davon unabhängigen politischen Grund. Bestimmte Arbeitsformen zu verachten, bedeutet nämlich auch und vor allem, diese Arbeits- und die damit verbundenen Lebensformen nicht erscheinen zu lassen bzw. für die gesellschaftliche (Selbst-)Wahrnehmung unsichtbar zu machen. Durch infame Arbeitsteilung kann somit nicht nur ein Profit erwirtschaftet werden, der in anerkannten Arbeitsverhältnissen nicht erwirtschaftet werden kann, sondern es können auch soziale Gruppen marginalisiert und vom demokratischen Leben der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen werden. Infame Arbeitsteilung fungiert somit als zentrales Medium zur Stabilisierung bzw. Sicherung bürgerlicher Herrschaft, indem sie eine

39 Vgl. Bescherer (2018), 9; Wimmer (2021), 31 ff. Wenn Marx in den Pariser Manuskripten den Lohnarbeiter zuweilen mit dem Sklaven gleichsetzt, dann handelt es sich daher bloß um eine „metaphorische Rede“ wie Patrick Eiden-Offe darlegt (vgl. Eiden-Offe (2020), 218 ff.).

40 Zur Aufnahme des Hegelschen Problems des Pöbels bei Marx, vgl. Ruda (2011), 247–262.

Grenze zwischen dem *Demos* (denen, die sich wechselseitig in ihrer Anerkennungswürdigkeit anerkennen) und den *Verachteten* zieht, die immer wieder neugezogen werden kann, wenn dies erforderlich ist, um hegemoniale Vormachtstellungen zu schützen.

Es liegt nahe, diesen Gedanken mit Jacques Rancières Demokratietheorie zu verbinden. Rancière anerkennt, dass es innerhalb der Gesellschaft Menschen bzw. Gruppen von Menschen gibt, die zwar gehorchen können, aber nicht sprechen dürfen, sprich am ökonomischen Leben der Gesellschaft teilnehmen, aber nicht an ihrem politischen.⁴¹ Politik ereignet sich laut Rancière dort, wo Menschen den ihnen zugewiesenen Platz im gesellschaftlichen Gefüge verlassen, sprich die bestehende Arbeitsteilung praktisch in Frage stellen.⁴² Es ist auffällig, dass Rancière bei der Beschreibung dieses Zusammenhangs weder den Begriff der Arbeitsteilung verwendet noch auf den Begriff der Verachtung zurückgreift (obwohl er ihn anderswo explizit benutzt)⁴³. Dabei ergäbe dies, vor dem Hintergrund der hier dargestellten Überlegungen, sehr viel Sinn. Rancières Theorie erschiene sodann als Pendant zur Theoriebildung Honneths. Während letzterer mit seiner Beschreibung des Kampfes um Anerkennung das Vokabular bereit stellt, um die politischen Auseinandersetzungen in der Sphäre der anerkannten Arbeits- und Lebensformen zu analysieren, bietet Rancières Theorie die Möglichkeit, einen Blick auf die von bürgerlichen Theoretiker*innen in der Regel übersehenen *Kämpfe um Ent-Verachtung* zu werfen, das heißt jene Kämpfe, in denen verachtete Menschen um ihre grundlegende Anerkennungswürdigkeit kämpfen.⁴⁴ So lässt sich am Ende dieses Textes ein und vielleicht so-

41 Vgl. Rancière (2018a), 29 f.

42 „Die Polizei ist somit zuerst eine Ordnung der Körper, die die Aufteilungen unter den Weisen des Machens, den Weisen des Seins und den Weisen des Sagens bestimmt, die dafür zuständig ist, dass diese Körper durch ihre Namen diesem Platz und jener Ausgabe zugewiesen sind [...]. Die politische Tätigkeit ist jene, die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder die die Bestimmung eines Ortes ändert.“ (Rancière 2018a, 41).

43 Und zwar in seiner Studie über den unwissenden Lehrmeister, in der ein ganzes Kapitel der „Gesellschaft der Verachtung“ gewidmet ist, vgl. Rancière (2018b), 91–118.

44 Rancière liefert damit eine Theorie, die sich gut und gewinnbringend mit wesentlichen Strängen der Anerkennungsdiskussion verknüpfen lässt. Sie ist anschlussfähig an Judith Butlers Überlegungen zur Frage, wann das Leben „beträuerbar“ ist (vgl. Butler (2010)) sowie an Honneths Theorie der Anerkennung.

gar ein entscheidender Ansatzpunkt für die gegenwärtigen Kämpfe um Emanzipation benennen: Es ist die *praktische* Kritik an der Praxis der infamen Arbeitsteilung, die – egal, ob sie auf der Ebene des Haushalts, des Betriebs oder der internationalen Arbeitsteilung stattfindet – dazu führt, dass die bürgerliche Entwertung von bestimmten Arbeits- und Lebensformen als verachtungswürdig in Frage gestellt wird und die Arbeitslast gemäß einer (nicht-infamen) Praxis der Arbeitsteilung neu verteilt werden kann. Auf diesem praktischen Weg wird auch dem bereits zitierten kategorischen Imperativ von Marx Genüge getan, der als normatives Fundament einer Kritischen Theorie des Ökonomischen hinreichend ist: „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.

Literatur

- Anderson, Elizabeth (1993), *Value in Ethics and Economics*, Cambridge: Harvard University Press.
- Arendt, Hannah (1999), *Vita activa oder vom tätigen Leben*, München, Zürich: Pieper.
- Bescherer, Peter (2018): Deklassiert und korrumpiert: Das Lumpenproletariat als Grenzbegriff der politischen Theorie und Klassenanalyse von Marx und Engels, in: *Ethik und Gesellschaft* (1), 1–19.
- Butler, Judith (2010), *Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*, Frankfurt a. M.: Campus.
- Castell, Robert (2011), *Die Krise der Arbeit: Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Dahrendorf, Ralf (1980), Im Verschwinden der Arbeitsgesellschaft. Wandlungen in der sozialen Konstruktion des menschlichen Lebens, in: *Merkur* 34, 749–760.
- Deranty, Jean-Philippe (2009), What is Work? Key Insights from the Psychodynamics of Works, in: *Theses Eleven Number* 98, 69–87.

Während mit Honneth die politischen Auseinandersetzungen in der Sphäre der Anerkennungswürdigkeit erfasst werden können (und *nur* diese), hilft Rancière dabei, die Auseinandersetzungen in der Sphäre des Verachtet-Seins zu verstehen. Zwischen allen drei Theoretiker*innen finden zur Zeit interessante Debatten statt (vgl. Honneth/Rancière (2021) sowie Ikäheimo/Lepold/Stahl (2021)), in denen der Begriff der Verachtung leider keine Rolle spielt, obgleich er meines Erachtens ein großes vermittelndes und klärendes Potenzial besitzt.

- Düppe, Till (2011), *The making of the economy*, Lanham, MD: Lexington Books.
- Echterhölder, Anna/Kammerer, Dietmar/Ladewig, Rebekka (2012), *ilinx – Berliner Beiträge zur Kulturwissenschaft*, Band 3: Ökonomische Praktiken.
- Eiden-Offe, Patrick (2020), *Die Poesie der Klasse. Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats*, Berlin: Matthes und Seitz.
- Foster, John Bellamy/McChesney, Robert W./Jonna, R. Jamil (2011), *The Global Reserve Army of Labour and the New Imperialism*, *Monthly Review* 63.6, 1–31.
- Fraser, Nancy/Jaeggi, Rahel (2020), *Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gibson-Graham, J. K. (2006), *Postcapitalist Politics*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Gomberg, Paul (2008), *How to Make Opportunity Equal. Race and Contributive Justice*, Hoboken: John Wiley & Sons, Inc.
- Habermas, Jürgen (1968), *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1969), *Arbeit und Interaktion. Bemerkungen zu Hegels Jenenser »Philosophie des Geistes«*, in: ders. *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 9–47.
- Hahn, Erich (1970), *Die theoretischen Grundlagen der Soziologie von Jürgen Habermas* Hahn, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 18.8, 915–930.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (2005), *Die Philosophie des Rechts. Vorlesung von 1821/22*, Frankfurt a. M. Suhrkamp.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (2015), *Hauptwerke in sechs Bänden. Band 5: Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Herzog, Lisa (2013), *Inventing the Market: Smith, Hegel and Political Theory*, Oxford: Oxford University Press.
- Herzog, Lisa (2019), *Die Rettung der Arbeit*, Berlin: Hanser.
- Herzog, Lisa/ Honneth, Axel (2014), *Der Wert des Marktes. Ein ökonomisch-philosophischer Diskurs vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Berlin: Suhrkamp.
- Higginbottom, Andy (2012), *Structure and essence in 'Capital I': extra surplus-value and the stages of capitalism*, in: *Journal of Australian Political Economy* 70, 251–270. <https://scholar.google.de/scholar?oi=bibs&cluster=9626403089515508819&btnI=1&hl=d>
- Honneth, Axel (2009), *Arbeit und Anerkennung*, In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie: Zweimonatsschrift der internationalen philosophischen Forschung*, Sonderband Jg. 21, 213–228.
- Honneth, Axel (2011), *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin: Suhrkamp.

- Honneth, Axel (2015), *Die Idee des Sozialismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (2020), *Demokratie und soziale Arbeitsteilung. Noch ein vernachlässigtes Kapitel der politischen Philosophie*, in: Ders., *Die Armut unserer Freiheit. Aufsätze 2012–2019*, Berlin: Suhrkamp, 208–233.
- Honneth, Axel (2023), *Der arbeitende Souverän*, Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel/Rancière, Jacques (2021), *Anerkennung oder Unvernehmen*, Berlin: Suhrkamp.
- Ikäheimo, Heikki/Lepold, Kristina/Stahl, Titus (2021), *Recognition and Ambivalence: Judith Butler, Axel Honneth, and Beyond*, New York: Columbia University Press.
- Jaeggi, Rahel (2013): *Was ist Ideologiekritik?*, in: Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hg.): *Was ist Kritik?*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 266–295.
- Jaeggi, Rahel (2014): *Kritik von Lebensformen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Jaeggi, Rahel (2017), *A Wide Concept of Economy: Economy as a Social Practice and the Critique of Capitalism*, in: Deutscher, Penelope/Lafont, Cristina (Hg.): *Critical Theory in Critical Time*, New York: Columbia University Press, 74–88.
- Jaeggi, Rahel (2018), *Ökonomie als soziale Praxis*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 19.3, 343–361 und 442–466.
- Jütte, Robert (2000), *Arme, Bettler, Beutelschneider. Eine Sozialgeschichte der Armut in der Frühen Neuzeit*, Weimar: Verlag Hermann Böhlaus.
- Klein, Inga/Windmüller, Sonja (2014), *Kultur der Ökonomie: Zur Materialität und Performanz des Wirtschaftlichen*, Bielefeld: Transcript.
- Krahl, Hans-Jürgen (2008), *Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution*, Frankfurt a. M.: Verlag Neue Kritik.
- Krebs, Angelika (2002), *Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lafargue, Paul (2018), *Das Recht auf Faulheit*, Stuttgart: Reclam.
- Lenin, Vladimir (1968), *Zur sogenannten Frage der Märkte*, in: ders., *Werke. Band 1. 1893–1894*, Berlin: Dietz, 65–117.
- Liebsch, Burkhard (2007), *Spielarten der Verachtung. Sozialphilosophische Überlegungen zwischen Gleichgültigkeit und Hass*, in: Ricken, Norbert (Hg.) *Über die Verachtung der Pädagogik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 43–77.
- Marchart, Oliver (2013a), *Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung*, Bielefeld: Transcript.
- Marchart, Oliver (Hg.) (2013b), *Facetten der Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben*, Bielefeld: Transcript.

- Marx, Karl (1970), Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung [1839–1848], Marx-Engels-Werke. Band 1, Berlin: Dietz Verlag, 378–391.
- Marx, Karl (1969): Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz Verlag.
- Matthes, Joachim (Hg.) (1983), Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt a. M.: Campus.
- Mitchell, Timothy (2002): Rule of Experts. Egypt, Techno Politics, Modernity. Berkely: University of California Press.
- Mitchell, Timothy (2005), “The Work of Economics: How a Discipline Makes Its World,” in: European Journal of Sociology 46.2, 297–320.
- Mitchell, Timothy (2008), “Rethinking Economy”, in: Geoforum 39.3, 1116–1121.
- Nowosadtko, Jutta (1994a), Scharfrichter und Abdecker. Der Alltag zweier „unehrliche Berufe“ in der Frühen Neuzeit, Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Nowosadtko, Jutta (1994b), Betrachtungen über den Erwerb von Unehre. Vom Widerspruch moderner und traditionaler Ehren- und Unehrenkonzepte in der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft, in: Vogt, Ludgera/Zingerele, Arnold (Hg.), Ehre. Archaische Moment in der Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 230–248.
- Okin, Susan (1989), Justice, Gender and the Familiy, New York: Basic Books.
- Rancière, Jacques (2018a), Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2018b), Der unwissende Lehrmeister. Fünf Lektionen über die intellektuelle Emanzipation, Wien: Passagen Verlag.
- Ronge, Bastian (2016), Solidarische Ökonomie als Lebensform. Eine theoretische Skizze, in: ders. (Hg.) Solidarische Ökonomie als Lebensform. Berliner Akteure des alternativen Wirtschaftens im Porträt, Bielefeld: Transcript, 7–25.
- Ronge, Bastian (2023), „Simone Weil: Arbeitsteilung als Medium gesellschaftlicher Verachtung“, in: Zeitschrift für Praktische Philosophie 10.2, 65–88.
- Ronge, Bastian/Rothe, Matthias (2016), The Frankfurt School: Philosophy and (political) economy: A thematic introduction by the editors, in: dies. (Hg.), The Frankfurt School: Philosophy and (political) economy, Special Issue History of the Human Sciences 29.2, 3–22.
- Ruda, Frank (2011), Hegels Pöbel. Eine Untersuchung der „Grundlinien der Philosophie des Rechts“, Konstanz: Konstanz University Press.
- Rüddenklau, Eberhard (1982), Gesellschaftliche Arbeit oder Arbeit und Interaktion? Zum Stellenwert des Arbeitsbegriffes bei Habermas, Marx und Hegel, Frankfurt a. M.: Peter Lang.

- Sandel, Michael (2012), Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes, Berlin: Ullstein.
- Satz, Debra (2013), Von Waren und Werten. Die Macht der Märkte und warum manche Dinge zum Verkauf stehen sollten, Hamburg: Hamburger Edition.
- Scheffknecht, Wolfgang (1995), Scharfrichter. Eine Randgruppe im frühneuzeitlichen Vorarlberg, Konstanz: UVK.
- Schmidt am Busch, Hans-Christoph (2017), Was wollen wir, wenn wir arbeiten? Honneth, Hegel und die Grundlagen der Kritik des Neoliberalismus, Berlin: Duncker & Humblot.
- Smith, John (2016), Imperialism in the Twenty-First Century. Globalization, Super-Exploitation and Capitalism's Final Crisis, New York: Monthly Review Press.
- Struck, Olaf (2017), „Krise der Arbeitsgesellschaft? Der Bamberger Soziologiekongress 1982 im Rückblick und Ausblick im Kontext von Digitalisierung, Arbeitsmarkt- und Qualifikationsentwicklung“, in: Stephan Lessenich (Hg.): Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016. https://publikationen.sozilogie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/366/pdf_48 (28.10.2022).
- Tellmann, Ute (2009), Foucault and the Invisible Economy, in: Foucault Studies 6, 5–24
- Tellmann, Ute (2014), The Economic or the Economy? – Reflections on the Objects of Historical Epistemology, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 37.2, 165–169.
- Walters, William (1999), Decentering the Economy, in: Economy and Society 28.2, 312–323.
- Walzer, Michael (2006), Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt a. M.: Campus.
- Wimmer, Christopher (2021), Lumpenproletariat. Die Unterklassen zwischen Diffamierung und revolutionärer Handlungsmacht, Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Friederike Habermann

Für eine Freiheit, die einschließt

Commoning als Alternative

Einleitung

„Nur eine Wirtschaftsweise, die nicht auf Kosten anderer geht, ist eine freie Wirtschaft. Nur gegenseitig können wir uns ermöglichen, uns in Freiheit in dieser Welt zu verwirklichen.“ So endet der Grundlagentext vom *Netzwerk Oekonomischer Wandel – Network Economic Transformation* (NOW NET), das für ein Zurückdrängen des Marktes zugunsten von mehr Demokratie eintritt. Die dafür einschlagenden Wege gingen in den Aufbau von Commons über, seien von diesem Aufbau aber auch bereits begleitet – denn Commons charakterisiert ein freiwilliges und gleichberechtigtes miteinander Tun. Oder genauer: das freiwillige und gleichberechtigte Hüten oder Schaffen eines Gutes ohne Eigentumslogik. Auf diese Weise entsteht eine bedürfnisorientierte und emanzipatorische Gesellschaft.¹ Für NOW NET besteht eine Verbindung zwischen Freiheit und Commons auf der einen Seite und zwischen Unfreiheit und Marktwirtschaft auf der anderen. Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Markt und Unfreiheit können dabei zwei Aspekte unterschieden werden: *individuelle Unfreiheit* und *gesamtgesellschaftliche Unfreiheit*.

Der individuellen und gesellschaftlichen Unfreiheit wird in den folgenden zwei Abschnitten vertieft nachgegangen, wobei einerseits die Rückschau auf die historische Konstitution dieser Verhältnisse, die den Übergang von Commons zur Marktwirtschaft einschließt, de-naturalisiert, was im Alltagsverstand und selbst in vielen Utopien unhintergebar zu sein scheint: Eigentum, Arbeit und Geld beziehungsweise Tauschlogik. Andererseits werden insgesamt sieben

1 <https://now-net.org/> (01.03.2024).

Gründe vorgebracht, warum mit Marktwirtschaft keine emanzipatorische Gesellschaft möglich ist. Darauf aufbauend kommt im Schlussteil des Beitrags in den Blick, inwieweit eine commonsbasierte und commonsschaffende Gesellschaft eine konkrete Utopie im Sinne Ernst Blochs darstellen kann, also Entwicklungen im Gegebenen entspricht, die gestärkt werden könnten. Dabei werden auch die von NOW NET vorgeschlagenen Wege reflektiert.

Individuelle Unfreiheit

Mit Blick auf den Verwertungszwang im Markt formuliert der US-amerikanische Umweltaktivist Gopal Dayaneni: „Das Gegenteil von Freiheit ist Eigentum“. Sklaverei sei nur eine besonders sadistische und abscheuliche Form, in der sich dieser Zusammenhang ausdrücke; letztlich verletze jedes Eigentum Freiheit.² Anhand der Entstehungsgeschichte der modernen Form des Eigentums, das in der Frühen Neuzeit historische Formen der Commons (etwa kollektiv genutztes Weideland oder Bewässerungsanlagen) als vorherrschendes Prinzip ablöste, lässt sich nachvollziehen, inwiefern sich Eigentum von Commons oder auch nur von Besitz darin unterscheidet, dass diejenigen, die über Eigentum verfügen, andere vom Gebrauch ausschließen können, auch wenn sie ihr Eigentum selbst nicht nutzen. Sogar die Zerstörung ist bei Eigentum möglich. Der Sinn von Eigentum als Institution liegt aber darin, von anderen, denen dieses Gut fehlt, Geld oder direkte Arbeitsleistungen verlangen zu können. Für diejenigen, die nicht über Eigentum zur Sicherung ihrer Existenz verfügen, heißt Eigentum Unfreiheit, weil sie ihre Arbeitskraft und damit Teile ihrer Lebenszeit verkaufen müssen, um Geld zu erwerben.

Die Vorstellung, dass die moderne ökonomische Ordnung dabei nur die Weiterentwicklung unabänderlicher Zusammenhänge und Zwänge sei, ist falsch. Schon die grundlegenden Begriffe, in denen diese Ordnung beschrieben wird, sind alles andere als überhistorisch. Manchmal zeigt ihre Wortgeschichte den Zwang, der in diesen Begriffen steckt. So kamen beispielsweise Arbeit und ihre jeweiligen

2 Agbo u.a. (2017).

Übersetzungen als Abstraktion – wo überhaupt – erst spät in die Sprachen. Was es immer gab, sind Worte, die konkrete Tätigkeiten bezeichnen. Nicht aber das von konkreten Bezügen losgelöste Abstraktum, das das Mühselige und die ökonomische Notwendigkeit hervorhebt und häufig einem Abhängigkeitsverhältnis entspringt. Das russische *rabot* ist abgeleitet von *rab*, der Sklave; das französische *travail* vom lateinischen *tripalium* („Dreipfahl“), was zunächst eine Vorrichtung zur Bändigung von Pferden war. Später bezeichnete *tripulare* eine Foltermethode. *Labor* mag im angelsächsischen Raum eine bezahlte Tätigkeit sein, es benennt aber nicht zufällig auch die Wehen, sprich den schmerzhaften Vorgang der Geburt, so wie in Österreich an Krankheiten laboriert wird, denn ursprünglich stand es für „Wanken unter einer schweren Last“.³ Auch das seit dem 8. Jahrhundert belegte Wort ‚Arbeit‘ bedeutete „Mühsal, Plage, schwere körperliche Anstrengung“.

Doch auch die etymologische Ableitung kann auf Abwege führen, wenn sie das verbreitete Bild eines feudalen Mittelalters hervorruft, dessen hergebrachte Versionen, samt ständigem Frondienst, in der historischen Forschung seit Jahrzehnten umstritten sind.⁴ Fest steht, dass viele Begriffe, die wir mit dem feudalen Mittelalter verbinden, aus der Neuzeit stammen – so ist der Begriff „Leibeigener“ erstmals für 1645 belegt.

Diese gängigen Vorstellungen vom Feudalismus überdecken die tatsächlich weit verbreiteten Formen gemeinschaftlichen Wirtschaftens, die erst verdrängt werden mussten, um der kapitalistischen Ökonomie Raum zu geben. Rosa Luxemburg hatte wohl nicht so unrecht, wenn sie von „Dorfkommunismus“ als in vielen Teilen der Welt ‚entdeckte‘ „typische Form der menschlichen Gesellschaft“ schrieb.⁵ Auch in Mitteleuropa organisierten sich Bäuer*innen in Dorfversammlungen. Dort wurde über die Nutzung von Wald, Wasser und Weideland sowie über den Anbau auf dem verfügbaren Ackerland entschieden, vielfach rotierte der Landbesitz dabei.

Auch mit ihrem Hinweis, unter Karl dem Großen, also um das Jahr 800, seien die Wirtschaftsgesetze doch recht einfach gewesen,

3 Für diese und die folgenden Ausführungen vgl. insbes. Habermann (2016), 95–114 sowie Habermann (2018), 117–136.

4 Vgl. u. a. Brown (1974) und Reynolds (1994).

5 Luxemburg (1975), 604.

sodass sie der „dümme Bauer“ verstanden habe, lag Luxemburg wohl nicht ganz falsch.⁶ Die Abpressungen von Ernteprodukten und gegebenenfalls Diensten erfolgten direkt. Es war die mit der Erzählung einer gottgewollten Ordnung nur leicht bemäntelte direkte Gewalt der damals oft umherziehenden Adeligen, die zu diesen Abgaben zwang. Eigentum an Land war hingegen kein Grund – denn das Land war Allmende, also Commons. In der mittelalterlichen Vorstellung gehörte alles Gott, wenn er auch die Güter den Menschen zum ‚Nießbrauch‘ überlassen habe.

Commons waren so lange selbstverständlich, bis der Landadel auf das Konzept des *dominium* zurückgriff und damit den Übergang zum modernen Eigentum einleitete, das sich nicht auf den Nießbrauch beschränkt, sondern darüber hinaus den Anspruch auf unumschränkte Verfügungsgewalt und exklusiven Besitz enthält. Das *dominium* entstammte als begriffliche Innovation dem Römischen Recht, wo seine Einführung notwendig geworden war, um das Recht des *pater familias* zu begründen, die von ihm versklavten Menschen auch töten zu dürfen. Denn Besitz durfte bis dato auch in Rom nicht einfach zerstört werden. Der Anthropologe David Graeber beschreibt, wie sich *dominium* dann auf Gegenstände ausdehnte. Es dauerte jedoch noch viele Jahrhunderte, bis diese für das moderne Eigentum charakteristische Vorstellung unumschränkter Verfügungsgewalt die nicht-römischen Bereiche Europas erreichte.⁷ Der neue Eigentumsbegriff legitimierte den sogenannten Allmende-Raub, also die Wegnahme des Landes sowie dessen Einzäunung, verbunden mit der Zerstörung von Dörfern. Das schloss die Bevölkerung vom Zugang zu Grund und Boden und damit von der Grundlage ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit aus, und es wurde möglich, Pacht von den Bäuer*innen zu verlangen. Dies setzte die Menschen erstmals unter permanente Konkurrenz zueinander, denn wer produktiver wirtschaftete, konnte auch mehr Pacht zahlen und bekam mehr Land. Die Kehrseite der Konkurrenz war jedoch, dass die unterlegenen Bäuer*innen landlos wurden und als zukünftiges Proletariat in die Städte ziehen mussten.⁸ Die Vertreibung vom Land und die damit verbundene Abschaffung gemeinsamer Nutzungs-

6 Ebd., 52 f.

7 Graeber (2012), 210 f.

8 Vgl. ausführlich hierzu: Wood (2002).

rechte führte zur Durchsetzung einer Produktionsweise, in der jene ohne ausreichendes Eigentum darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft für den eigenen Lebenserhalt zu verkaufen. Das ist verbunden mit der Existenz eines allumfassenden eindimensionalen Wertesystems. Jedes Produkt der nun abstrakt verstandenen menschlichen Arbeit ist jedem anderen Ding darin vergleichbar, wieviel Zeit die effektivsten Produzent*innen zu seiner Herstellung benötigten. Dabei ist es wesentlich zu verstehen, dass vor der (teilweise im Außenhandel entstandenen, zumeist aber kolonial motivierten) Einführung von Geld nirgends Individuen Güter innergesellschaftlich auf dieser abstrakten Basis allgemeiner Wertäquivalente tauschten. „Seit Jahrhunderten suchen Forscher mittlerweile nach diesem sagenhaften Land des Tauschhandels – alle ohne Erfolg“, schreibt David Graeber.⁹ Umgekehrt lasse sich feststellen: Es kam in unterschiedlichen Kulturen zu ganz unterschiedlichen Wirtschaftsformen. Nur Tausch im gemeinten ökonomischen Sinne als Äquivalententausch, bei dem gleiche Werte gegeneinander getauscht werden, kam nicht vor.

Wie selbstverständlich diese historisch besondere Form des Tauschs heute jedoch als allgemeingültig gilt, zeigt sich etwa daran, dass selbst ein scharfer Kritiker des Kapitalismus wie Yanis Varoufakis die Vorstellung vom ursprünglichen Tausch mit Tauschlogik wiederholt: „Wenn einer unserer Vorfahren einem anderen eine Banane anbot und dafür einen Apfel wollte, war das eine Form des Austauschs; ein unvollkommener Markt, bei dem eine Banane den Preis für einen Apfel darstellte und umgekehrt“.¹⁰ Doch wo auch immer dieses Land mit Bananen und Äpfeln gelegen haben mag: Einen Markt, auf dem gemäß der Logik äquivalenter Werte Waren getauscht werden, gäbe es nur in dem unwahrscheinlichen Fall, dass sowohl Apfel als auch Banane zufällig denselben Tauschwert haben. Ansonsten brähe einer von beiden – vielleicht der mit der Banane – seine Frucht in zwei Teile, gäbe davon jenen, welcher dem Tauschwert des Apfels entspräche, der anderen Person und könnte hinzufügen: „Ob ich den anderen Teil selbst esse oder in den Dreck schmeiße, geht Dich nichts an, denn Dein Apfel ist weniger wert als meine Banane“.

⁹ Graeber (2012), 35.

¹⁰ Varoufakis (2013), 15.

Und selbst wenn der mit der Banane so viele davon hätte, dass diese ihm bereits wegfaulen, gäbe er keine davon ab, wenn der andere keinen Apfel oder etwas anderes zu bieten hätte. Und er ließe diesen anderen damit im Zweifel verhungern. Das ist Tauschlogik. Tauschlogik – und damit jeder Markt – erzeugt künstlich Knappheit.

Unseren Vorfahren wäre das absurd erschienen. Uns nicht. Weil wir es normal finden, dass Lebensmittel dorthin gehen, wo das Geld ist. So hungert eine Milliarde Menschen und eine weitere Milliarde ist schlecht ernährt – während beispielsweise in Deutschland die Masse an Lebensmitteln, die weggeworfen wird, fast einem Drittel der Masse entspricht, die verbraucht wird.¹¹ Marktwirtschaft tötet. Alltäglich Zigtausende. Zwar gab es schon immer vereinzelt Hungersnöte aufgrund von Dürre oder anderen Ereignissen, aber Hunger als Dauerzustand kam durch Marktwirtschaft in die Welt, wie Mike Davis in seinem Werk *Die Geburt der Dritten Welt* (2004) darlegt: „Millionen starben nicht außerhalb des ‚modernen Weltsystems‘, sondern im Zuge des Prozesses, der sie zwang, sich den ökonomischen und politischen Strukturen anzupassen [...] durch die dogmatische Anwendung der heiligen Prinzipien von Smith, Bentham und Mill regelrecht ermordet“.¹² Diese *künstliche Knappheit* ist der erste der sieben Gründe, warum Markt und Tauschlogik konträr zu einer emanzipatorischen Gesellschaft stehen. Die folgenden drei sind auf individueller Ebene und entstehen aus der Situation, in der die Person mit dem Bananenhaufen zu der Person ohne Apfel sagen würde: „Arbeite für mich! So sollst du deinen gerechten Lohn erhalten!“

Um ein Anrecht auf die Banane zu bekommen, muss ich mich verwerten, also Lebenszeit verkaufen. Ich könnte also der Person mit den Bananen anbieten, sie zu massieren. Dann aber muss ich das besser machen, als jede andere Person, die ihr das auch im Tausch für die Bananen anbieten würde. Der daraus entstehende Konkurrenzdruck ist Leistungsdruck und erzeugt Versagensangst. Zusammengefasst als *Verwertungszwang* ist das der zweite Grund, warum mit Marktwirtschaft keine emanzipatorische Gesellschaft möglich ist.

11 Vgl. <https://www.wwf.de/themen-projekte/landwirtschaft/ernaehrung-konsum/lebensmittelverschwendung> (01.03.2024).

12 Davis (2004).

Der damit eng verbundene dritte Grund heißt, kurz gesagt, *Entfremdung*. Entfremdete Arbeitsverhältnisse entstehen nicht nur dort, wo wir mit unserer Lebenszeit einen Job machen müssen, mit dem wir uns nicht identifizieren. Entfremdung tritt selbst dort auf, wo wir unser Hobby zum Beruf machen können. Überspitzt ausgedrückt wäre es beispielsweise sogar entfremdet, jeden Morgen bis nachmittags im Wald spazieren gehen zu müssen und das montags bis freitags, am besten ein Leben lang und dabei immer besser als die anderen, die ebenfalls diesen tollen Job wollen. Und weil das Entscheidende für die Entfremdung ist, dem Willen anderer gehorchen zu müssen, geht es auch Selbständigen nicht besser, deren selbständiges Handeln den Zwängen des Marktes direkt unterworfen ist.

Das leitet bereits zum vierten Grund über: Der Verwertungsdruck erzeugt *strukturellen Hass*. Wir müssen einander als Konkurrenz begreifen.¹³ Wenn aber die andere besser massieren kann als ich und deshalb die Bananen bekommt, die ich brauche, um nicht Not zu leiden, ist das kaum ohne negative Gefühle zu haben. Doch selbst wenn wir diese nicht spüren, so müssen wir uns doch so verhalten, als würden wir die anderen hassen. Schreiben wir einen Lebenslauf, der zeigt, wie viele Massagepraktika wir schon absolviert haben, so machen wir nichts anderes, als uns zu bemühen, die Lebensläufe aller anderen gegenüber unserem schlechter zu machen.

So wird klar, was Gerrard Winstanley Mitte des 17. Jahrhunderts meinte, als er erklärte, es mache keinen Unterschied, ob man unter Feinden oder Brüdern lebe, solange man für einen Lohn arbeite. Winstanley war eine führende Persönlichkeit der Diggers, jener Bewegung in England, die versuchte, Land als Commons zurückzuerobern, und Eigentum sowie das System des Kaufens und Verkaufens als Wurzel aller Übel sah.¹⁴ An dieser und anderen historischen Bewegungen, die nicht allein um abstrakte Prinzipien, sondern um den Erhalt ihrer Lebensweisen kämpften, wird deutlich, warum Silvia Federici ‚Einhegung‘ – die Zerstörung von Commons – über das Abschaffen von Gemeinschaftsrechten hinaus auch als Zerstörung von gesellschaftlichen Beziehungen versteht.¹⁵

13 Vgl. Habermann (2016).

14 Vgl. Federici (2004), 92.

15 Ebd., 10.

Individuelle Unfreiheit ist damit auch so zu verstehen, dass sich aus den ökonomischen Praktiken, die mit Eigentum und Markt verbunden sind, Vorgaben für die eigene Identität ergeben. Die gewaltsamen Prozesse der Einhegung haben nicht allein die Privatisierung und Vermarktlichung von Land und Produktionsmitteln hervorgebracht, sondern weiten sich auf alle Bereiche des Lebens aus, wie auch das Kollektiv *Movement Generation* argumentiert, dem Gopal Dayaneni angehört. Selbst Aspekte, die vermeintlich ganz zum Bereich individueller Identität gehören, etwa die Selbstverortung im Raster der Zweigeschlechtlichkeit, können als Ergebnis der Einhegung verstanden werden.¹⁶ Und auch die Entstehung des modernen Rassismus ging mit der Einhegung der Commons in den Kolonien einher. Beides, Vergeschlechtlichung und Rassifizierung, geschah als Prozesse des *Othering*, des ‚zum Anderen machen‘, womit das Herausdefinieren aus der Gruppe jener gemeint ist, die überhaupt den Status freier und gleicher Staatsbürger haben können.¹⁷ Wie umfassend die Zerstörung gesellschaftlicher Beziehungen war, zeigt sich nicht zuletzt an den Geschlechterverhältnissen. Diese waren im vorkapitalistischen Europa gänzlich andere. Generell unterschied sich die mittelalterliche weibliche Landbevölkerung in körperlicher, sozialer und psychologischer Hinsicht wenig von der männlichen. Zudem wurden vormoderne Vorstellungen einer männlichen Überlegenheit und damit verbundener sozialer Vovon Federici untersuchtemacht durch die Tatsache gemildert, dass die Frauen Zugang zur Allmende und zu anderen gemeinschaftlich genutzten Gütern hatten. In der Dämonisierung des Wissens, das unter Frauen bezüglich Fragen der Geburt, Verhütung und Abtreibung kursierte, sieht Federici eine Fortsetzung der Enteignung von als Allmende geteilten Lebensgrundlagen. Doch die Einhegung war noch wesentlich weitgehender: „Unter dem neuen kapitalistischen Regime wurden [...] die Frauen selbst zur Allmende, da man ihre Arbeit als eine außerhalb der Sphäre von Marktbeziehungen angesiedelte Na-

16 *Movement Generation* (2009), 30. Für das konkrete Beispiel des binären Geschlechterverständnisses hat Silvia Federici den Zusammenhang von dessen Entstehung mit der Zerstörung historischer Commons in ihrem bekannten Werk *Caliban und die Hexe* (Federici 2004) herausgearbeitet.

17 Habermann (2008).

turressource definierte“, so Federici.¹⁸ Insgesamt wurden so, wie Eva von Redecker angelehnt an Federicis Analyse bemerkt hat, die vor-modernen Geschlechterbeziehungen in eine neue Form überführt, die dem Verhältnis zwischen souveränem Eigentümer und verfügbarer Ressource entsprach.¹⁹ Die von Federici untersuchte Hexenverfolgung ist nicht zu trennen von der Entstehung der modernen Gesellschaft und des bürgerlich-männlichen Subjekts, seiner Moral und seiner Rationalität. Als Ergebnis hinterließ sie die Dominanz des vernunftbegabten Mannes über die Frau, welche nun als der Natur näherstehend galt. Da im Zeitalter der Vernunft Verweise auf eine göttliche Ordnung allein nicht mehr zur Legitimation von Unterdrückungsverhältnissen ausreichten, entstanden wissenschaftliche Arbeiten, in denen angeblich biologische Unterschiede beschrieben und dann als Begründung dafür herangezogen wurden, dass weiße Männer körperlich und geistig sowohl weißen Frauen als auch allen restlichen Menschen uneinholbar überlegen wären. Rassifizierungen im modernen Sinne setzten zu dieser Zeit erst ein. Sowohl Frauen allgemein als auch Schwarze (zu diesen wurden in der Nachfolge der amerikanischen und französischen Revolutionen alle erklärt, die nicht hundertprozentig weißer Abstammung waren) galten als nicht fähig, freie und gleiche Staatsbürger zu sein.²⁰ Zunächst war es die Verfügung über Eigentum, die aus einem Mann einen Bürger machte. Anders als es die verkürzende Rezeption der Argumentation nahelegt, mit der in John Lockes *Zweiter Abhandlung über die Regierung* (1690) das Eigentum legitimiert wird, war es nicht die Arbeit, nicht die Tatsache, dass jemand etwas dem ‚Zustand der Natur entrückte‘, die diesen jemand zu Eigentum berechnete. Locke begründete das Recht auf Eigentum letztlich durch dessen Nutzung für wirtschaftlichen Gewinn. Zum Beispiel bewies erst, wer Überschüsse auf dem Markt anbot, die produktive Nutzung von Land und qualifizierte sich für Eigentum. Damit verbunden war, dass es für Locke Menschen gab, die „jedes Eigentums unfähig“ seien; diese könnten darum „nicht als ein Teil der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet werden, deren Endzweck die Erhaltung des Eigentums ist.“²¹

18 Ebd., 123.

19 Redecker (2020), 30f.

20 Ausführlich hierzu: Habermann (2008), 176–269.

21 Locke (1977), II § 85.

Letztlich waren dies Knechte, Frauen und Indigene: Sie verkauften nicht, was sie erzeugten.

Damit ging die zunehmende Bedeutung von Identitätskategorien einher. Als Bürger galt es, eine ethische Überlegenheit sowohl gegenüber dem Adel und den Besitzlosen als auch gegenüber den sexistisch und rassistisch konstruierten „Anderen“ zu beweisen, um die eigene ökonomische Vorrangstellung moralisch zu rechtfertigen. Der Zwang zur Selbstveräußerung und der Einfluss des Eigentums auf die Identitätsbildung sind als Dimensionen individueller Unfreiheit miteinander verschränkt. Mit dem Zwang, die Arbeitskraft zu verwerten, ist historisch das Ideal des *homo oeconomicus* entstanden, das in seiner exklusiven Formierung eines nur sich selbst verpflichteten und optimierenden Individuums ursprünglich im Zusammenspiel mit der Konstruktion der weiß-männlich-bürgerlichen Identität entstanden ist. Diese Figur ist zu einem allgemein gesellschaftlichen Ideal geworden. Es geht mit der Notwendigkeit einher, Anrufungen im Sinne der „Employability“ gerecht zu werden. Das geschieht meist unbewusst und dennoch teilweise gewaltvoll.²² Die Anpassung an solche moralischen Forderungen verlangte von den Subjekten eine Steigerung der Selbstdisziplin und eine genaue Reglementierung der Lebensführung. Wer sich nicht integrieren konnte oder wollte, wurde mit Hass und Verachtung gestraft (vgl. Mosse 1996). Der so entstandene *homo oeconomicus* war scheinbar ein Abbild, in Wirklichkeit entstand dieses Bild aber in wechselseitiger Verstärkung mit dem weißen, männlichen und bürgerlichen Subjekt. Damit entstand ein Menschenbild, das die für den Kapitalismus charakteristische Tauschwert- und Konkurrenzorientierung in der menschlichen Natur verortete.

Seitdem ging es bei Emanzipationskämpfen wesentlich darum, diesem Bild zu entsprechen und ebenfalls als rationales Wirtschaftssubjekt zu gelten. Gelingt es, dem Vorbild des *homo oeconomicus* zu gleichen, sind Karrieren möglich und zumindest formal stellen die vergeschlechtlichten und rassifizierten Zuordnungen keine Ausschlusskriterien mehr dar. Mit anderen Worten: Durch diesen Prozess ist der *homo oeconomicus* zum Vorbild für (fast) alle geworden. Aber weil er in Wechselwirkung mit der Konstruktion des weißen, männlichen Bürgers entstanden ist, der seine Unabhängigkeit nur

22 Habermann (2008).

durch Auslagerung von Abhängigkeiten an (weibliche und rassifizierte) Andere gewährleisten kann, bleibt es für Angehörige dieser Identität einfacher, erfolgreich zu sein.

Und auch Rassismus und Sexismus haben jenseits der rein formellen Ausschlüsse nicht an Bedeutung verloren. Eva von Redecker liefert für deren gewaltvolle Fortdauer eine anschauliche Erklärung: In der Neuzeit war Vagabundieren als Folge des Raubs der Allmende eine Massenbewegung gewesen, und trotz drakonischer Strafen, von Brandmalen bis zum Tod, sei die Herstellung der Ordnung erst durch eigentumsförmige soziale Kontrollmacht für die einen gegenüber den anderen gelungen. Die Verdinglichung sozialer Beziehungen zu Frauen oder (ehemals) Versklavten nach dem Muster des Eigentums erlaubte es den weißen und männlichen Besitzlosen, sich ebenfalls zu Sachherrschern aufzuschwingen, und in einem Teilbereich das Versprechen liberaler Freiheit als Sachherrschaft leben zu dürfen; als „das Versprechen, über einen fixierten Bereich nach Belieben schalten und walten zu können“. Die dann erfolgenden Emanzipationsbewegungen mit ihrem neu errungenen Selbst-Besitz der einen (Frauen/People of Colour) erschien dann den anderen (Männern/Weißen) als Amputation, als Verlust einer äußeren Sphäre ihres Willens. Auch nach dem Verbot der Sklaverei würden darum schwarze Leben als entbehrlich betrachtet, so von Redecker, und auch nach Abschaffung der patriarchalen Ehe gelte das weibliche Geschlecht als Beute.²³

Als *homines oeconomici* stehen wir in Konkurrenz zueinander, der Erfolg der Wenigen ist immer zugleich der Misserfolg vieler anderer. Doch gibt es überhaupt Gewinner? Der individuelle Gebrauch liberaler Freiheit, die immer auf den Zwängen ökonomischer Rationalität basiert, gilt als Grund für den Reichtum der einen und die Armut der anderen. Die Existenz von Armut führt damit scheinbar beständig vor Augen, wohin ein falscher Gebrauch der Freiheit führen kann. Da jedoch die Gefahr, aussortiert zu werden, ziemlich jede*n treffen kann, unterdrückt liberale Freiheit letztlich alle – auch den CEO, und selbst die Kapitaleigentümer*in von heute zieht ihre Anerkennung aus dem Image des scheinbar überaus erfolgreichen Gebrauchs dieser Freiheit. Damit droht auch ihnen das gesellschaftliche Versagen. Der *homo oeconomicus* ist damit Ausdruck

23 Redecker (2020), 14/34.

einer Gouvernamentalität, die zwischen verschiedenen Herrschaftsverhältnissen entstanden ist und Verhaltensmuster vorschreibt, die einige Identitäten begünstigen, aber letztlich alle unterdrückt.

Gesamtgesellschaftliche Unfreiheit

Der Ausdruck „Anti-Politics Machine“ – „Anti-Politik-Maschine“, den James Ferguson mit Blick auf Entwicklung der Ökonomie nach westlichem Vorbild prägte, bringt es auf den Punkt: Den Marktgesetzen zu folgen, bedeutet, über keine Entscheidungsfreiheit zu verfügen.²⁴ Das gilt für individuelles Handeln, das ökonomischen Zwängen unterliegt, aber auch gesellschaftlich. In ihrem Sammelband *Constitutions of Value* (2023) formulieren die Jurist*innen für internationales und öffentliches Wirtschaftsrecht, Isabel Feichtner und Geoff Geordon: „In der Struktur einer politischen Ökonomie, die kapitalistisch ist, wird der Mehrwert zur bestimmenden Entwicklung der [...] Gesellschaft als Ganzer“. Der Zwang, Mehrwert beziehungsweise Profit zu generieren, sei ursächlich für „Ausrottungen, Vertreibungen und Ausbeutung“.²⁵ Wie bei NOW NET werden auch von Feichtner und Geordon Commons beziehungsweise Commoning als „möglicher Transformationspfad“ angesehen.²⁶ Mit einer Szene aus dem Film *Star Wars* von 1977 veranschaulicht der bereits zitierte US-amerikanische Umweltaktivist Gopal Dayaneni, wie wir nicht nur als Individuen vereinzelt den Zwängen der Marktlogik ausgeliefert sind, sondern dass mit ihr gesamtgesellschaftliche Dynamiken einhergehen, die sich aktuell dramatisch zuspitzen: Die Held*innen sind in einen Müllkompressor geraten, dessen Wände – Klima- und andere Krisen symbolisierend – bedrohlich immer näher rücken. In Dayanenis Bild haben die reichen Länder, aber auch die Eliten im Globalen Süden sich Plätze in der Mitte gekauft. Währenddessen werden an den Außenbereichen zunächst einige und dann immer mehr Menschen zerquetscht – das Problem für die im Zentrum scheint zunächst nur die Zwangsmigration der anderen von den Rändern her zu sein. Doch letztlich haben sich auch jene in

24 Ferguson (1994).

25 Feichtner/Geordon (2023), 3.

26 Feichtner/Geordon (2023), 7.

der Mitte lediglich Zeit gekauft. Im Film versuchen die Held*innen, die Wände mit einer großen Metallstange aufzuhalten – doch ist diese Maschine dafür da, Metall zu zerstören, und sie lässt sich nicht mit diesem Mittel aufhalten. Genauso scheitern Lösungen, so Dayaneni, die über den Markt versuchen zu bekämpfen, was der Markt ausgelöst hat.²⁷ Dies berührt den fünften, und angesichts der ökologischen Krisen vielleicht gravierendsten Grund, warum mit Marktwirtschaft keine emanzipatorische Gesellschaft möglich ist: Die für die Marktlogik wesentlichen Momente der Profitabilität und der Konkurrenz *zwingen die Wirtschaft zu wachsen*. Die Wachstums-spirale muss sich immer weiter nach oben schrauben, denn stillstehen kann der Kapitalismus nicht. Ohne wirtschaftliches Wachstum geht er in die Krise. Stillstehen ginge nur, wenn kein Unternehmen Absatzmärkte würde zugewinnen wollen – genau der in der Konkurrenz um Profitabilität erzwungene Kampf um Absatzmärkte macht aber den Marktmechanismus aus. Der Markt funktioniert, indem alle Unternehmen stets versuchen, (neue) Absatzmärkte zu erobern, und das ist keine optionale Entscheidung. Ein Unternehmen, das wächst, kann Arbeitskräfte und anderes einsparen und damit billiger produzieren und weitere Marktanteile erobern. Wer dies nicht tut, riskiert, die eigenen Absatzmärkte an konkurrierende Unternehmen zu verlieren.

Bei dem von den OECD-Ländern immer noch als Ziel formulierten und weltweit auch erreichten Wachstum von drei Prozent dauert es 23 Jahre bis zu einer Verdoppelung des gesamten wirtschaftlichen Outputs. Da es sich wie bei jeder kontinuierlichen prozentuellen Steigerung um exponentielles Wachstum handelt, sind es nur noch weitere 15 Jahre bis zur Verdreifachung. Und so immer weiter und immer schneller. Ökologisch ist dies problematisch, da es keine Entkoppelung von Wachstum und steigendem Ressourcenverbrauch gibt oder auch nur geben kann; möglich ist nur eine relative, also in Bezug auf einzelne Produkte, aber keine gesamtgesellschaftlich absolute.²⁸ Dass am Ende ihrer Regentschaft Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Bundespressekonferenz zur Pandemie hielt, auf der sie die Exponentialfunktion erklärte, griff Christian Stöcker in seiner *Spiegel-online* Kolumne auf und schlug angesichts der Umweltkri-

27 Dayaneni (2009), 80.

28 Vgl. u.a. European Environmental Bureau (2019).

sen auf unserem begrenzten Planeten vor, sie möge genauso vor der exponentiell wachsenden Wirtschaft warnen: „Wieder mit der Ergänzung, man müsse handeln“.²⁹ Dieser Wachstumszwang geht über in den sechsten Grund, der im strukturellen *Zwang* für Unternehmen zur *Ausbeutung* begründet ist.³⁰ Der Markt basiert darauf, dass unter sonst gleichen Bedingungen die billigere Variante gewinnt und die teurere vom Markt verschwindet. Billiger aber kann sein, wer unbescholten Natur vernutzt, unbemerkt Sorgetätigkeiten mit einverleibt und Arbeitskraft am kosteneffizientesten einsetzt. Nicht zuletzt darum dreht sich der vielgepriesene Wettbewerb. Das heißt, Marktlogik verführt nicht nur zum Ausbeuten und Gewinnmachen statt zum Bewahren, sondern sie erzwingt es.

Jason W. Moore sichtete 2015 verschiedene Schätzungen des Anteils unbezahlter Arbeit und kommt zu folgendem Ergebnis: Für die unbezahlte Arbeit von Menschen (immer noch ganz überwiegend Frauen) variiert der Anteil zwischen 70 und 80 Prozent am weltweiten Bruttosozialprodukt; aus nicht-anthropozentrischer Perspektive, das heißt unter Einbeziehung von Tieren und anderen „Naturdienstleistungen“, gehen die Schätzungen hoch bis auf 250 Prozent.³¹

Auf dieser Ausbeutung beruhend und diese zugleich unterstützend besteht der letzte und damit siebte Grund in sich herausbildenden *unterschiedlichen Produktivitätsraten*. So heißt es beispielsweise, das Gesundheitswesen werde immer teurer. Das stimmt aber nur, weil es immer billiger wird, Industrieprodukte herzustellen. Teurer wird das Gesundheitswesen nur im Vergleich dazu. Die IT-Revolution birgt exponentielles Potential, die Herstellung von Industriegütern zu rationalisieren. Menschen dagegen brauchen Zeit, um groß oder gesund zu werden. Da sich das Tauschverhältnis von personenbezogenen, reproduktiven gegenüber produktiven Tätigkeiten auf dem Markt somit stets verschlechtert, entsteht Kostendruck auf Sorgetätigkeiten und damit auf die Löhne der in diesen Bereichen Tätigen. Historisch wurden diese Arbeiten daher fast durchgängig bestimmten Menschengruppen zugeteilt, deren Identitätskategorien

29 Stöcker (2021).

30 Die kapitalistische Mehrwertausbeutung von Lohnarbeitenden selbst wird hier nicht als eigenständiger Grund aufgeführt – dass diese zu bekämpfen ist, stellt wohl einen gemeinsamen Nenner aller sich als links verstehenden Kräfte dar; auch jener, die am Markt festhalten wollen.

31 Vgl. Moore 2015.

als dafür angeblich von Natur aus besonders geeignet erst konstruiert wurden, um diese Tätigkeiten unbezahlt (als ‚Liebesdienst‘) einverleiben oder als vermeintlich un- oder geringqualifiziert billig entlohnen zu können.

Zwischen Industrieländern und jenen, die auf Rohstoffe, Tourismus oder Lebensmittel spezialisiert sind, besteht ein ganz ähnlicher Zusammenhang. Auch hier lassen sich Arbeitsprozesse schlecht rationalisieren. Und wenn doch, so nützt es den Produzierenden wenig. Da Kakao sich nicht besonders von Kakao unterscheidet, besteht starker Konkurrenzdruck, weshalb erhöhte Produktion von Kakao im Grunde lediglich zu allgemein fallenden Preisen führt. Und selbst wenn es gelänge, die Löhne der Menschen in der Kakao-Produktion zu erhöhen, so würde dieses steigende Einkommen sich vor allem in vermehrtem Kauf von Industriegütern auswirken, und das Wirtschaftswachstum in jenen Ländern steigern, in denen diese hergestellt werden. So entwickeln sich auch international auseinandergehende Tauschverhältnisse, die nichts mit gleicher Arbeit oder gleichem Leid zu tun haben. Oliver Schlaudt, der dafür noch weitere Aspekte einbezieht, wie die oft unbezahlt mitgekaufte Mitarbeit von Familienangehörigen in der Subsistenzproduktion, argumentiert, der Globale Süden sei „nicht mehr in dem Sinne ausgebeutet, wie es in der Epoche des Kolonialismus der Fall war. Heute sind die Länder der Peripherie und des Zentrums über den internationalen Markt miteinander verbunden, anstatt durch bloße Gewalt ausgebeutet zu werden.“³²

Commoning als Freiheit von Herrschaft und strukturellen Zwängen

Ellen M. Wood argumentiert in ihrem Buch *Der Ursprung des Kapitalismus* (2002), paradoxerweise gebe es in den meisten Darstellungen seines Ursprungs gar keinen Ursprung. Ironisch formuliert sie: „Diese Reise der Geschichte zu diesem letzten Ziel, zur ‚Marktgesellschaft‘ oder zum Kapitalismus ist sicherlich lang und mühevoll, und auf dem Weg gab es viele Hindernisse. Aber ihr Fortschritt war trotz-

³² Schlaudt (2023), 282.

dem natürlich und unvermeidbar. Nichts weiter als eine Darstellung, wie diese vielen Hindernisse auf seinem Weg beseitigt worden sind – manchmal stufenweise, manchmal plötzlich, mit revolutionärer Gewalt –, ist daher erforderlich, um den ‚Aufstieg des Kapitalismus‘ zu erklären.“³³ Gemeinsam sei den Mythen über unsere ökonomische Vergangenheit die Fehlwahrnehmung, dass sich Tausch als Grundlage menschlicher Beziehungen ahistorisch verallgemeinern ließe, so David Graeber. Da wir angeblich schon immer getauscht hätten, würden wir es auch in Zukunft immer tun.³⁴ Eine solche ahistorische Naturalisierung begrenzt unser Verständnis der Vergangenheit, denn damit, so wiederum Wood, werde nicht nur die Besonderheit des Kapitalismus geleugnet, sondern auch der lange und schmerzhafteste Prozess, der ihn hervorgebracht hat. Damit aber „beschränkt sie unsere Hoffnungen und Erwartungen für die Zukunft.“³⁵ Um in Dayanenis Bild des Müllkompressors zu bleiben: Dass wir (im Globalen Norden) angesichts der Krisen im ersten Affekt zur Metallstange greifen, scheint verständlich, denn es entspricht unseren gelernten Logiken. Doch zahlreiche Bewegungen aus dem Globalen Süden, die Commons-Logiken entweder bewahren und/oder darauf aufbauend bedürfnisorientierte Beziehungsweisen entwickeln, artikulieren schon lange, dass zur Lösung der Krisen die Marktlogik als deren Hauptverursacher überwunden werden muss. Bereits die *Delhi Climate Justice Declaration* (2002) bezeichnete marktbasierende und technologische Lösungen der UN-Klimaverhandlungen als „falsche Lösungen“. Genauso haben sich 2009 während der UN-Klimakonferenz COP in Kopenhagen Vertreter*innen von Basisbewegungen aus Asien, Afrika und Lateinamerika auf die Botschaft geeinigt, dass „marktbasierende Lösungen [...] zu ‚Klimakolonialismus‘ führen“. Und auch 2015 in Paris formten Indigene aus verschiedenen Teilen der Welt trotz Demonstrationsverbot rote Linien, die symbolisierten, dass auch die dort angepeilten Lösungen, vorausgesetzt sie würden umgesetzt, die fortgesetzte Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen bedeuteten. Sie kritisierten zudem, dass durch die Bepreisung von CO₂ und Natur generell die Mitwelt zu einer Ware degradiert wird.³⁶ Aber auch im Globalen Norden sind Commons seit Anfang des Jahr-

33 Wood (2002), 12.

34 Vgl. ebd., 25.

35 Vgl. Wood (2002), 16.

36 2009 und 2015 nahm ich an den Protesten teil.

tausends eine Perspektive, die für viele Theoretiker*innen und Praktiker*innen ein ganz anderes Wirtschaften als im Kapitalismus, aber auch als im Realsozialismus, denkbar macht. Das bedeutet nicht zu glauben, dass die Wirtschaft einfach umzustellen wäre. In der Regel handelt es sich um Keimformtheorien, die davon ausgehen, dass, sofern sich Praktiken des Commoning und damit auch Logiken des Mit- statt des Gegeneinanders weiter ausbreiten, gesellschaftliche Kippunkte entstehen können. Dies findet sich in so unterschiedlichen Ansätzen wie von Stefan Meretz und Simon Sutterlütti in ihrem Buch *Kapitalismus aufheben* (2018), von der *Care Revolution*-Mitbegründerin Gabriele Winker in *Solidarische Care-Ökonomie* (2021) oder von dem Ökonomen und Zukunftsforscher Jeremy Rifkin in *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft* (2014).

Dabei müssen Praktiken, die nicht auf der Ausbeutung fremder Arbeitskraft beruhen, sondern auf Commoning, nicht nur wiederentdeckt, sondern auch heutigen globalen Bedingungen und emanzipatorischen Überzeugungen angepasst werden. Viele Bewegungen entwickeln solche bereits. Silke Helfrich und David Bollier begannen, mit ihrem Auftakt einer Mustersprache des Commoning die Kernelemente einer solchen Anpassung herauszukristallisieren.³⁷ Grundlage ist, dass in jedem Commons, verstanden als potentielle Grundeinheiten einer solidarischen Gesellschaft, die daran Beteiligten ihre Regeln gemeinsam aufstellen und gemeinsam Lösungen finden (Winker 2021:178f). Dies kann zum Beispiel in Bezug auf Entscheidungen entweder im Konsensverfahren oder soziokratisch oder anders geschehen – die darin sich abzeichnenden Muster als Kern der Lösungen lauten „Gemeinstimmig entscheiden“ und „Sich in Vielfalt gemeinsam ausrichten“.

Eva von Redecker sieht in Commons eine neue „Demokratie der Teilenden, die in materiellen Zugangsrechten wurzelt“ und damit „eine andere Form der Freiheit. Eine offene und bewegliche Freiheit, die Versorgung bietet und Selbstverwaltung verlangt“.³⁸ Die von NOW NET vertretenen Wege haben eine solche Freiheit als Ziel. Das setzt allerdings die gesellschaftliche Freiheit, nicht Marktzwängen folgen zu müssen, voraus. Darum ist es entscheidend, Marktkonkurrenz zurückzudrängen, um damit strukturelle Zwänge

37 Helfrich/ Bollier (2021).

38 Redecker (2020), 135f.

abzubauen, und so mehr Demokratie zu ermöglichen. Das können sehr reformerische Schritte sein, wie sie die Gemeinwohlökonomie verfolgt mit ihrem Ansatz, dem Zwang zur Ausbeutung durch Transparenz der Produktionsverhältnisse entgegenzuwirken.³⁹ Oder wesentlich weitergehende, wie gemeinschaftsgetragene Betriebe (auch bezeichnet als CSX, für Community Supported Everything), die die Tauschlogik zwischen Produzierenden und Konsumierenden aufzuheben versuchen.⁴⁰ Aber auch die Forderungen von Bewegungen an den Staat sind oft nichts anderes als Vorschläge zur Reduzierung der Marktkonkurrenz: Die Umverteilung des Reichtums und die Gewährleistung einer materiellen Grundsicherung für alle, der Ausstieg aus umweltzerstörerischen Technologien und der Einstieg in neue, selbstbestimmte Verfügung über Zeit und Raum für Veränderung und Fürsorge sowie nicht zuletzt das Beharren auf der Unteilbarkeit des Gerechtigkeitsanspruchs. Im Kapitalismus können diese Ziele bestenfalls teilweise verwirklicht werden – aber wo immer in dieser Hinsicht einzelne Erfolge erzielt werden, können Spielräume für weiteres transformatives Handeln entstehen.

Ziel dieser Forderungen sind aus heutiger Bewegungsperspektive nicht die Ablösung der emanzipationsfeindlichen Marktallokation, um die Entscheidungen dann einem Zentralstaat zu überlassen. Das zeigen beispielsweise die regen Debatten um Vergesellschaftung (statt Verstaatlichung), wie sie um die Kampagne *Deutsche Wohnen Enteignen* herum stattfinden.⁴¹ Stattdessen braucht es radikaldemokratische Prozesse. Wo aber Bedürfnisse basisdemokratisch befriedet werden, das heißt, wo Menschen ohne ökonomische Zwänge aus innerer Motivation heraus handeln und sich gegenseitig auf Augenhöhe behandeln, entstehen Commons. Und damit eine Wirtschafts- und Lebensweise, in der die Freiheit aller möglich ist.

Literatur

Agbo, Nwamaka/Gopal Dayaneni et al. (2017), A Conversation about Land and Liberation; <https://centerforneweconomics.org/publications/a-conversation-about-land-and-liberation> (01.03.2024).

39 Vgl. <https://germany.ecogood.org/> (01.03.2024).

40 Vgl. <https://gemeinschaftsgetragen.de/> (01.03.2024).

41 So beispielsweise auf der <https://vergesellschaftungskonferenz.de>.

- Brown, Elisabeth A.R. (1974), The Tyranny of a Construct. Feudalism and Historians of Medieval Europe, in: The American Historical Review, 79.4, 1063–1088.
- Davis, Mike (2004), Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter, Berlin/ Hamburg/ Göttingen: Assoziation A.
- Dayaneni, Gopal (2009), Climate Justice in the US, in: critical currents no.6, Contours of Climate Justice. Ideas for Shaping New Climate and Energy Politics, 80–84.
- European Environmental Bureau (2019), Decoupling Debunked. Evidence and Arguments against Green Growth as a Sole Strategy for Sustainability, eeb.org/library/decoupling-debunked (01.03.2024).
- Federici, Silvia (2004), Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, Wien: Mandelbaum 2017.
- Feichtner, Isabel/Gordon, Geoff (2023), Constitutions of Value. An Introduction, in: dies./ders. (Hg.), *Constitutions of Value. Law, Governance, and Political Ecology*, Abingdon/ New York: Routledge, 1–30.
- Ferguson, James (1994), The Anti-Politics Machine. ‚Development‘, Depoliticization, and Bureaucratic Power in Lesotho, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Graeber, David (2012), Schulden. Die ersten 5000 Jahre, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Habermann, Friederike (2018), Ausgetauscht! Warum gutes Leben für alle tauschlogikfrei sein muss, hrsg. v.d. Stiftung Fraueninitiative, Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Habermann, Friederike (2016), Ecommony. UmCARE zum Miteinander, hrsg. v.d. Stiftung Fraueninitiative, Sulzbach: Ulrike Helmer Verlag.
- Habermann, Friederike (2008), Der *homo oeconomicus* und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation, Bd. 1 der von Uta Ruppert und Brigitte Young hrsg. Reihe Feminist and Critical Political Economy, Baden-Baden: Nomos.
- Helfrich, Silke/David Bollier (2020): Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons, Bielefeld: transcript.
- Locke, John (1977), Zwei Abhandlungen über die Regierung [1690], Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luxemburg, Rosa (1975), Gesammelte Werke Band 5. Ökonomische Schriften – 1893 und 1919, hrsg. von Eckhard Müller und Günter Radczun, Berlin: Dietz Verlag. <https://rosaluxemburgwerke.de/buecher/band-5>.
- Moore, Jason W. (2015), Endless Accumulation, Endless (Unpaid) Work? <http://theoccupiedtimes.org/?p=13766> (01.03.2024).
- Mosse, George (1996), Das Bild des Mannes. Zur Konstruktion der modernen Männlichkeit, Frankfurt/M.: S. Fischer.

- Movement Generation (2009), From Banks and Tanks to Cooperation and Caring. A Strategic Framework for a Just Transition; <https://movementgeneration.org/ecological-justice-a-call-to-action-training-manual-2009/> (01.03.2024)
- Rifkin, Jeremy (2014): Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, Frankfurt/M.: Campus.
- Redecker, Eva von (2020), Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen, Frankfurt/M.: S. Fischer.
- Reynolds, Susan (1994), Fiefs and Vassals. The Medieval Evidence Reinterpreted, Oxford: Clarendon Press.
- Schlaudt, Oliver (2023), The Market as a ‚Rigged Game‘. Theories of Ecologically Unequal Exchange and Their Implications for Value, Price, and Measures of Real Wealth, in: Isabel Feichtner/Gordon, Geoff (Hg.), *Constitutions of Value. Law, Governance, and Political Ecology*, Abingdon/ New York: Routledge, 276–294.
- Stöcker, Christian (2021), Exponentielles Covid-Wachstum: Die Zukunft kommt schneller, als Sie denken – Kolumne v. 04.10.2021; <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/exponentielles-corona-wachstum-die-zukunft-kommt-schneller-als-sie-denken-kolumne-a-121911ce-1638-4698-ad9a-28a7f3443d98> (01.03.2024).
- Sutterlütti, Simon/ Stefan Meretz (2018), Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken, Hamburg: VSA.
- Varoufakis, Yanis (2015), Time for Change. Wie ich meiner Tochter die Wirtschaft erkläre, München: Hanser.
- Winker, Gabriele (2021), Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima, Bielefeld: transcript.
- Wood, Ellen Meiksins (2015), Der Ursprung des Kapitalismus. Eine Spurensuche, Hamburg: Laika.

Macht der Mächtigen oder anonyme Herrschaft?

Zur Konstitution des Ökonomischen

Ich möchte mit einer persönlichen Erinnerung beginnen. In der Schule sollten wir Menschen befragen, was die Wirtschaft sei. Ich habe meinen Tanzschullehrer gefragt. Er antwortete etwas Geläufiges: Wandel durch Handel. Wirtschaft besteht demnach aus zwei Komponenten: der Veränderung, die sich eher sachte vollzieht, und dem Handel. Beides ist falsch – selbst gemessen an den vagen Erfahrungen, die wir als Schüler*innen haben konnten. Wir hatten als Kinder mühsam gelernt, dass es nicht erlaubt ist, im Lebensmittelladen Süßigkeiten ohne Bezahlung mitzunehmen. Als Schüler*innen bekamen wir einen urbürgerlichen Begriff von Wirtschaft vermittelt. Wirtschaft, das war Sparsamkeit. Wir wurden angeregt zu sparen. Die Kreissparkasse hatte in allen Klassen unserer Schule eine Art Spardose deponiert, wo wir jede Woche ein wenig Geld in unser individuelles Fach warfen. Die Idee war, dass wir als Schüler*innen nach einigen Jahren einen kleinen Betrag zusammen hätten, der auch verzinst wurde. In der Mittelstufe wurde uns Wirtschaft als Ernst-des-Lebens eingebläut: die Arbeitsamtsberater kamen und bereiteten uns auf eine geeignete Berufswahl vor – eben nicht nur Handel und Wandel, sondern Produktion und plötzliche biographische Wendungen. Von der Armut meiner Kindheit, von der täglichen Sorge meiner Eltern sprach niemand. Die Kohl-Ära hat unsere Common-Sense-Vorstellung von Wirtschaft dann noch erweitert. Seitdem berichten die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten, gehorsam wie sie sind, jeden Abend von der Börse. Nicht mehr das Zwiegespräch mit Gott schließt den Tag ab, sondern die Segnungen der Sportnachrichten und die schnell verabreichte Nachricht über den Wohlstand der Nation mittels der Fieberkurve des Aktienmarktes.

Das alles ist schon eine sehr umfassende Darlegung der Wirtschaft. Handel, Sparen, Beruf, Börsentransaktionen. Bemerkenswert ist allerdings, dass der Tanzlehrer sein eigenes Unternehmen, die Tanzschule, nicht zur Wirtschaft gezählt hat, also die Dienstleistung, die er erbringt; auch meine Sparleistung wurde nicht gezählt; und wenn wir noch alle die Praktiken hinzunehmen, die sich damit verbinden, dann gehören auch die Wirtschaftsjournalistinnen, die Lehrer*innen, die Bankangestellten, die sparenden Schüler*innen zur Wirtschaft – und umso mehr, als sie ja selbst mit ihrer Arbeit ein Einkommen erzielen und als Konsument*innen Waren nachfragen. So umfangreich diese Praktiken sind, so ergeben sie kein richtiges Verständnis von dem, was die Wirtschaft ist. Das geht so weiter und ist wohl auch gewünscht. Wir alle gehen einkaufen. Wir legen Geld auf den Tresen und erhalten Waren. Das ist so selbstverständlich, dass uns diese Transaktionen gar nicht interessieren müssen. Entsprechend kann eine der bedeutenden Gesellschaftstheorien, die von Jürgen Habermas, durchaus nahelegen, dass es mehr zur Wirtschaft auch gar nicht zu wissen gibt. Es handelt sich beim Funktionssystem Wirtschaft um Vorgänge, in denen, entlastet von moralischen Argumenten, Waren gegen Geld gekauft werden, mit denen wir als Konsument*innen unsere Bedürfnisse befriedigen. Aus dem Blickwinkel dieser Theorie ist das Entscheidende, dass wir in den wirtschaftlichen Transaktionen unser Handeln nicht moralisch rechtfertigen müssen, es sich also nicht um praktisches, sondern systemisches Handeln handelt. Geld ist ein Kommunikationsmedium, durch das zwei Handlungen, nämlich kaufen und verkaufen, koordiniert werden. Ob jemand blonde Haare hat, einen englischen Akzent oder dunkle Hautfarbe, sollte für die Transaktion keine Rolle spielen. Wenn das Handeln jeweils begründet werden müsste, dann würde die Kette der Transaktionen gestört werden. Die geschmeidigen systemischen Prozesse erscheinen als ein rationaler, funktionaler Ablauf und nehmen insofern eine normative Funktion wahr, als im Markt alle als gleiche und freie Rechtssubjekte gelten, die nach freiem Willen Verträge miteinander schließen. So ist die Ökonomie im Alltag zwar als eine Serie von Praktiken erfahrbar, aber kann sich gleichzeitig agnostisch hinter systemischen Abläufen verstecken. Dass sie nicht als Sphäre umfangreicher Praktiken erkennbar wird, erscheint nicht nur als unproblematisch, sondern sogar insofern als notwendig, als dies die Bedingung für die existenzsichernde

Funktionsweise der Ökonomie ist. Demgegenüber wird die gesellschaftstheoretische und moralische Forderung erhoben, die Black Box systemischer Vorgänge zu öffnen und die Ökonomie als eine Lebensform, also als einen trägen Zusammenhang von Praktiken zu begreifen.¹ Ich stimme der Überlegung zu, dass das der Weg ist, um die ökonomischen Prozesse, ihre Defizite und Krisen begreifen zu können. Doch geht es nicht allein darum, die ökonomischen Vorgänge als Praktiken zu erschließen. Denn genau genommen ist die Ökonomie keine Black Box. Mit ihr verhält es sich wie mit dem Brief in der Erzählung Edgar Allen Poes, der dadurch versteckt ist, dass er offen sichtbar vor aller Augen liegt. Es muss also auch jene Verkehrung berücksichtigt werden, durch die bewirkt wird, dass bis in anspruchsvolle Sozialtheorien hinein die Ökonomie als versteckt und nicht als eine allen ersichtliche Praxis erscheint.

1. Wirtschaft für die Menschen

Angesichts der Exzesse der gewinnorientierten kapitalistischen Ökonomie und vor allem der Finanzmärkte, die zu riesigen Gewinnen der Aktionäre und der Zunahme von Millionären und Milliardären sowie der Vermögenskonzentration bei einer winzigen Minderheit der Weltbevölkerung auf der einen Seite, einer Vergrößerung der Zone der Prekarität und Armut auf der anderen Seite führen; der gewaltigen Managergehälter und Boni, der Betrugsmanöver von Unternehmern, der Korruption und einem ostentativ vorgeführten Reichtum, wird immer einmal die Ansicht geäußert, dass die Wirtschaft den Menschen dienen solle. Damit wird eine Verfassung der Wirtschaft kritisiert, die nur den egoistischen Nutzenkalkülen einiger weniger zu dienen scheint. Diese können sie sich für ihre private Zwecke zunutze machen. Die Wirtschaft, die wesentlich als Markt bestimmt wird, erscheint aus diesem Blickwinkel als entbettet, entgrenzt, selbstregulierend. Dies kann in den Wirtschaftsnachrichten zu Aussagen führen wie: Die Wirtschaft hat sich erholt, es ist nur noch nicht bei den Menschen angelangt – so als sei die Wirtschaft ein eigenes Wesen jenseits der Menschen, als seien die Arbeitspro-

1 Jaeggi (2018), 345.

zesse, die Arbeitszeiten, die Löhne, die Mieten, die Renten oder der tägliche Konsum nicht auch Wirtschaft. Der philippinische Armenpriester Edwin Gariguez fasst seine Erfahrungen aus Gesprächen mit Verantwortlichen aus der Wirtschaft so zusammen: „Viele Gespräche mit den Bankmanagern sind frustrierend, sie denken nur immer an ihre Investitionen und an den Gewinn. Das Wohl der Menschen und der Umwelt kümmert sie nicht.“² Angesichts eines solchen kritisierten Verständnisses von Wirtschaft scheint es gesellschaftspolitisch darum zu gehen, die entfesselte Dynamik der Märkte wieder einzufangen, einzuhegen und die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft einzubetten – oder für eine internationale Ordnung zu kämpfen, „die den Profit tatsächlich der Existenzsicherung aller unterordnet“³. Aber reicht das aus? Ist es möglich, dauerhaft die Dynamik des Profits zu begrenzen? Vor allem: Wie viele gesellschaftliche Kräfte sind dadurch gebunden, jene Unterordnung des Profits dauerhaft zu organisieren?

Das Bild einer solchen Umkehrung des Verhältnisses von Profit und Gesellschaft ist suggestiv. Aber die Suggestion stützt sich auf zweifelhafte Annahmen. Man muss in verschiedene Richtungen fragen: Denken die Manager nicht doch an das Wohl von Menschen – vielleicht nicht aller, aber doch vieler, der Kapitaleigentümer, der Arbeitsplatzbesitzer, der Gemeinden, in denen sie leben und Steuern zahlen, des Staates? Denken sie nicht, dass sie deren Wohlstand mehren? Woher kommen solche privaten Aneignungsinteressen? Was befähigt einzelne Menschen, sich derart von der Gesellschaft abzutrennen und ihren privaten Reichtum zu maximieren? Was muss in einer Gesellschaft geschehen, damit sie solche Verselbständigungstendenzen hervorbringt? Auch muss man sich fragen, ob die Behauptung von der Entgegensetzung von Ökonomie und Gesellschaft eigentlich stimmt oder ob sie nicht vielmehr von einer zweifelhaften moralischen Überlegung bestimmt ist. Denn es lässt sich durchaus annehmen, dass die Einzelnen, die reich oder noch reicher werden, genau dies als Mitglieder einer Gesellschaft vollbringen, ihr Handeln im Einverständnis mit der Gesellschaft geschieht, es also gar nicht verselbständigt oder entbettet ist, sondern ein von der Gesellschaft respektiertes, gewünschtes, anerkanntes und belohntes

2 Vgl. Stern (2023 a)

3 Silver (2005), 224.

Verhalten ist. Wohlstand haben, reich sein, ist offensichtlich hochakzeptiert und genießt breite Wertschätzung. Viele Menschen bemühen sich, diesen Status ebenfalls zu erlangen und unterstützen Reiche in Wahlen und Volksabstimmungen. Es könnte der Vorwurf der Verselbständigung der Ökonomie durchaus dahin gedeutet werden, dass es sich um ein Ressentiment derjenigen handelt, die es nicht geschafft haben – also eine Spielart dessen, was als „Neiddebatte“ bezeichnet wird. Es wäre Kritik derjenigen, die selbst Benachteiligung erfahren, die, wie es heißt, zu kurz kommen, die sich nicht anstrengen und vom Staat oder einer Solidargemeinschaft erwarten, dass sie ihnen helfen. Sie wollen denjenigen die Gesellschaftlichkeit absprechen, die Reichtum erlangen und mit ihrem Ressentiment den Spieß umdrehen. Gesellschaft sollen nicht diejenigen sein, die in der Lage sind, zivile Umgangsformen zu pflegen, schöne Häuser bauen zu lassen, die Künste zu fördern.

Es geht tatsächlich um eine Umwertung der Werte. Die reichen Menschen sind nicht reich, weil sie es verdienen, sondern weil die anderen arm sind. Welche Leistungen rechtfertigen es schon, dass wenige Menschen über einen derart großen Teil des gesellschaftlichen Reichtums verfügen – das aber heißt: in ihrem Sinn die anderen arbeiten zu lassen, und zwar so, dass die von vielen ausgeübten Tätigkeiten alle, und sei es mit winzigen Beträgen, zu ihrem Reichtum beitragen? Es stimmt, sie tragen die Last der Verantwortung, sie treffen die Entscheidungen über die Gesellschaft und deren Entwicklung. Kapitaleigentümer und Manager werden öffentlich gelobt, etwa Ford, Piech, die Brüder Albrecht, Musk, Zuckerberg, Bezos, Mehdorn, Bernard L. Madoff, die Manager von Wirecard, Warburg Bank, Deutsche Bank, UBS, Bankman Fried, René Benko. Die Gesellschaft vertraut ihnen enorme Ressourcen und Entscheidungskompetenzen an, die ihnen große Willkür ermöglicht. Sie entscheiden und werden dafür materiell belohnt; auch verfügen sie über die Ressourcen, sich selbst öffentlich zu loben und all diejenigen zu begünstigen, die sie loben. Es gibt allerdings eine Inkonsistenz, die auf ein Problem hinweist. Wenn ihre Entscheidungen zu negativen Ergebnissen führen, gibt es dazu selten Erklärungen. Interessanterweise müssen sie dafür selten Verantwortung übernehmen, auch nichts von all den Gewinnen, Gehältern und Boni zurückzahlen. Es scheint so, als sei ihre Arbeit über jeden Zweifel erhaben. Die Zurechnung von Verantwortung funktioniert zumeist nur einseitig,

nämlich dann, wenn es für sie etwas zu gewinnen gibt. Offensichtlich sind sie gar nicht verantwortlich und streichen Gratifikationen dort ein, wo sie nichts geleistet haben; auch sie scheinen in Situationen verstrickt, müssen Rollen übernehmen und Funktionen wahrnehmen, scheinen an verdinglichte und entfremdete Formen der Gesellschaft gebunden, die ihnen nicht nur ihr Handeln enteignen und ihre Absichten verkehren, sondern auch sie sich selbst als Person. Ich meine damit gar nicht unbedingt ehrbare, gemeinwohlorientierte Intentionen. Aber auch, wenn sie nur profitgeil handeln, kann alles scheitern, die Konkurrenten, die Börsen können alle Bemühungen scheitern lassen. Die Zerstörung von Kapital „vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot.“⁴ Die Kapitaleigentümer und Manager glauben an ihre Handlungsautonomie, an ihre Souveränität und ihre Verantwortung, die sie dennoch nicht haben. Sie tun im Alltag Dinge, die sie gar nicht tun wollen; oder ihre Handlungen verkehren sich ohne ihr Zutun in das Gegenteil und vernichten ihre Existenz und den gesellschaftlichen Reichtum, der nominell unter ihrer Verantwortung steht. Es wird dann von falschen Anreizstrukturen gesprochen. Aber zu einer Veränderung dieser Anreize kommt es nicht. Seit Jahrzehnten kann man dieses Schauspiel beobachten. Eines der großen weltweiten Kohleunternehmen, Glencore, erzielte 2022 17,3 Milliarden US-Dollar Nettogewinn, das Unternehmen emittierte nach eigenen Angaben 370 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Da laut Bundesumweltministerium eine Tonne CO₂ einen Schaden von 237 Euro anrichtet, betrug der gesellschaftliche Gesamtschaden 87 Milliarden Euro, also etwa das Fünffache. Auf der jüngsten Aktionärsversammlung in Zug (Schweiz) reagierte der Aufsichtsratsvorsitzende Madhavpeddi auf die vielen Vorwürfe von Vertretern von Umweltgruppen, Gewerkschaften, der lokalen Bevölkerung, die die gewaltsame, genozidale Vertreibung, die Vergiftung der Umwelt, die miserablen Arbeitsbedingungen betrafen, mit Zeichen des Verständnisses: Glencore respektiere die Menschenrechte, die Rechte der Indigenen, der Gewerkschaften, die Umweltgesetze. Aber alles blieb unverbindlich.⁵ Wie immer solche Berechnungen im Einzelnen zu beurteilen sind,

4 Marx (1962 [1890]), 790.

5 Vgl. Stern (2023b).

sie weisen darauf hin, dass privatwirtschaftlicher Nutzen für Wenige im Widerspruch zum langfristigen Nutzen für Viele steht und den Stoffwechsel mit der Natur stören kann.

Führungskräfte aus der ganzen Welt fahren auf das Weltwirtschaftsforum in Davos. Dort verständigen sie sich darüber, dass ein Weiter-So der kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich ist. Auf der Tagesordnung stehen Klimawandel und Erderhitzung, Artensterben, Wetterextreme, wirtschaftliche Ungleichheit, Finanzkrise, Handelskriege, Umweltzerstörung durch Ressourcenabbau – viele der Probleme der kapitalistischen Ökonomie werden angesprochen und diskutiert. Es sickert in die hermetischen Führungszirkel auch die Einsicht ein, dass der Kapitalismus am Ende sei. Aber im Alltag der Wirtschaftsführer, ihrer Verbände, der politischen Verantwortungsträger geht es um Wettbewerbsfähigkeit, um systemische Konkurrenz, um Wachstum und Wohlstand, um wirtschaftlichen Erfolg, um die Sicherung der Arbeitsplätze, um die geopolitische Sicherung des Zugriffs auf fossile Energie und Metalle, um den Zugang zu Märkten, darum, dass die Demokratie reibungslos den Imperativen des Marktes folgt, staatliche Bürokratien und Gesetze die Wirtschaftsabläufe nicht behindern oder staatliche Unternehmen den Marktprozess verzerren.

Der Eindruck, den man gewinnt, ist, dass die Verantwortungsträger nicht so recht wissen, was sie denken und tun sollen, dass manche eine vorsichtige ökologische Modernisierung erwägen, die Gewinnpotentiale abschätzen, die Märkte beobachten, zögern, hinhalten, taktieren. Kein einzelner könnte entschieden das Steuer herumreißen. Der wirtschaftliche Prozess führt zu Wirtschafts-, sozialen oder Umweltkrisen. Aber handeln kann man nicht, denn das würde das Geschäft verderben. Man glaubt wohl auch gar nicht daran, dass es so schlimm kommen wird, selbst wenn man die gegenwärtigen Geschäftsmodelle für falsch hält. Wenn es aber so schlimm kommt, dann konnte man es eigentlich nicht gewusst haben. Historische Beispiele gibt es: Hitler, der zweite Weltkrieg mit seinen geschätzten 60 bis 80 Millionen Toten, die Klimakatastrophe, die Kippunkte, die Finanzkrise – alles Schwarze Schwäne. Denn der Vorteil der kapitalistischen Ökonomie ist, dass sie beides erlaubt, das Wissen und die Verantwortung, das Nicht-Wissen und die Nicht-Verantwortung. Es scheint sich um ein abstraktes System zu handeln. Man kann den Einzelnen das Versagen, die Krisen nicht zurechnen. Es gibt auch

keine Verantwortung für historische Fehlentscheidungen. Rückwirkend muss kaum jemand haften und die Gewinne zurückzahlen.

So ist die Kritik immer düpiert. Nimmt sie die Kapitaleigentümer, Manager und ideologischen Vertreter der Wirtschaft ernst und betrachtet sie sie als moralische Subjekte, die Verantwortung tragen und die ökonomischen Entscheidungen aufgrund von Wissen und Intuition treffen, so kann im Fall eines Scheiterns gesagt werden, dass sie eine Krise nicht antizipieren konnten und dass dies niemand habe vorher wissen können. Thematisiert die Kritik jedoch genau diese Unkenntnis, bemängelt sie den Mangel an Moral der Akteure, wirft sie ihnen gar vor, doch nur zu tun, was anonyme systemische Mechanismen der Wirtschaft von ihnen verlangen, spricht man gar von „Charaktermasken“, um auf den entfremdeten Charakter ihrer Praxis hinzuweisen, dann wird der Kritik ein Mangel an Moral vorgeworfen, weil sie entmensliche oder die Gesellschaft spalte.

2. Die Zaublerlehrlinge der Wirtschaft

Wie ist der Zusammenhang zu denken: Gehört die Wirtschaft noch zur Gesellschaft – möglicherweise zu einem weit verstandenen Begriff des Sozialen? Oder handelt es sich um ein System an der Grenze des Sozialen – also zwar von Menschen gemacht, die sinnhaft handeln, ihre individuellen Motive haben und gesellschaftlichen Normen folgen – und dennoch ein Gesamtzusammenhang bildend, der mehr ist als jene individuellen Ketten von Praktiken? Es scheint sich bei der modernen kapitalistischen Gesellschaft um eine Art Verdoppelung des Sozialen zu handeln: die Berechnungen, die Moral der Einzelnen hier und die anonyme, systemische Wirkung eines den Individuen fremd gegenüberstehenden Ganzen dort, das man erleiden oder zum eigenen Vorteil nutzen kann, das aber das Schicksal der Einzelnen bestimmt – wobei beim Schicksal an das statistisch Wahrscheinliche zu denken ist, das Individuen erleben. Denn anders als in historisch früheren Gesellschaften können die Menschen die Gründe für ihr Handeln und die Ursachen für das erkennen, was mit ihnen geschieht – Arbeitslosigkeit, Armut, Kriege, ökologische Verwüstungen. Es sind erklärbare ökonomische, soziale Prozesse, die ihnen in dieser Gesellschaft widerfahren – und trotzdem ist daran nur wenig zu ändern. Diese Doppelstruktur prägt auch die internen

Streitigkeiten darüber, wie der Kapitalismus angemessen kritisiert werden kann.

Einerseits: Kritisiert man das Handeln der einzelnen Kapitalisten, kehrt man das Modell des liberalen Unternehmertums einfach nur um. Es scheint so etwas wie Gesellschaft nicht zu geben, sondern nur das leistungsorientierte Handeln von Individuen auf Märkten. Unterstellt wird, dass die sozialen Zusammenhänge sich aus Ware-Geld-Beziehungen, aus Nachfrage und Angebot, aus Preisen und Zahlungsvorgängen ergeben. Soziale Zusammenhänge werden demnach durch das nutzenrationale Handeln der Einzelnen konstituiert. Genau genommen kann sich in einem solchen Fall die Analyse auf gelingende oder misslingende ökonomische Transaktionen begrenzen. Es geht um intentionale und nicht-intentionale Folgen. Individuen können angesichts komplexer Lagen falsche Entscheidungen treffen. Deswegen werden Informationen benötigt, um angemessen das Verhalten anderer Individuen zu antizipieren und entsprechende Kalkulationen anzustellen. Aber damit wird schon eingeräumt, dass es überindividuelle Zusammenhänge gibt, die sich den Individuen entziehen, und die so komplex sind, dass sie durch Kalkulation kaum mehr beherrschbar sind. Die äußerste Form dieser Konstellation ist der elektronische Handel an Börsen, der sich in Echtzeit vollzieht.

In der Regel wird nur der Erfolg in Betracht gezogen. Dass Individuen scheitern, und dass es gerade der Sinn von Märkten ist, dass Individuen systematisch durch und am Wettbewerb scheitern, dass es auf diese Weise ständig zu erheblichen Verlusten kommt, wird eigentümlicherweise gar nicht weiter in das Kalkül einbezogen. Idealerweise werden auf Märkten Waren fair getauscht. Preise signalisieren, wo Kapital anzulegen lohnt. Allerdings wissen Unternehmer nicht, ob nicht zeitgleich die Nachfrage gesättigt ist, andere ebenfalls in die Erzeugung derselben Produkte investieren oder Maschinen entstanden sind, die die Produktion verbilligen. Der Preis kann also durchaus zu Fehlallokation und zu Pleite führen, während für die Herstellungen anderer Produkte die Ressourcen fehlen. Es gehört mithin konstitutiv zum Markt, dass viele mit Notwendigkeit verlieren müssen. Doch der Liberalismus kennt nur Sieger und schreibt seine Geschichte nur unter diesem Blickwinkel, die Kosten, die Zerstörungen, die falschen Investitionspfade werden schöngeredet. Die

Kritik kann also über die liberale Konstruktion durchaus hinausweisen.

Andererseits wird die kapitalistische Ökonomie als ein System vorgestellt. Es entfaltet sich ein spezielles Vokabular: Kosten, Nutzen und Grenznutzen, Gewinn und Verlust, Prosperität oder Rezession, Preise, Angebot und Nachfrage, Import und Export, Interessen, Markt, Kunde, Betrieb und Unternehmen. Die Wirtschaft wird als autonome Sphäre konstituiert, sie wird getrennt von der Politik, der Religion, dem Recht, der Wissenschaft. Gesichtspunkte dieser Bereiche spielen für das Handeln in der Sphäre der Wirtschaft zwar auch eine Rolle, aber sie werden selbst nach ökonomischen Gesichtspunkten bewertet: moralische Normen, rechtliche Regelungen, religiöse Motive, wissenschaftlicher Fortschritt oder politische Entscheidungen treiben Wirtschaftsakteure an, geben ihnen Orientierung, bilden die Rahmenbedingungen. Es ist kaum plausibel, in diesem Zusammenhang von Freiheit zu sprechen, denn Individuen vollziehen nur die Imperative des Marktes. Sie entscheiden nicht nach gesellschaftlichen, moralischen, religiösen, politischen, ästhetischen Gesichtspunkten, sondern sind von solchen Erwägungen entlastet. Volkstümlich heißt es: Geld stinkt nicht, es handelt sich um abstrakte Zahlungsvorgänge, die Angebot und Nachfrage in ein Verhältnis setzen. Eine solche Rationalität lässt sich mathematisch erfassen, und die Nutzenkalküle der Akteure lassen sich berechnen, um erwartbare, optimale Ergebnisse zu bestimmen. Nur an den Grenzen, also dort, wo das Wirtschaftssystem einen Input und einen Output hat, können sich gesellschaftliche Gesichtspunkte zur Geltung bringen.

Die Theorie funktionaler Systeme, sei es die von Niklas Luhmann oder jene von Jürgen Habermas, nimmt an, dass es sich bei Wirtschaft um ein System der Gesellschaft handelt. Nancy Fraser hat diese Art der Analyse kapitalismuskritisch aktualisiert.⁶ Ihr zufolge ist der Kapitalismus als System durch vier Merkmale bestimmt: Privateigentum an den Produktionsmitteln, einem freien Arbeitsmarkt, Märkte als Mechanismen der Allokation von Inputs und Outputs der Produktion. Als vierten Gesichtspunkt hebt Fraser den übergeordneten Drang der Selbst-Erweiterung des Kapitals hervor. Dass dieses zum Subjekt werde, mache die kapitalistische Gesellschaft

6 Fraser (2023).

zum eigendynamischen System. Aus gesellschaftstheoretischer Sicht betont Fraser kritisch, dass dieses System von vier Bereichen als Bestandsvoraussetzung abhängt, aus denen es mehr oder weniger gratis Inputs entnimmt: die Care-Arbeit, die Arbeitskräfte im globalen Süden, deren Versklavung die Grundlage für den Rassismus bildet, die Ressourcen der Natur, das von demokratischen Staaten zur Verfügung gestellte Gemeinwohl. Wie Luhmann und Habermas kritisiert Fraser die Übergriffe der kapitalistischen Ökonomie in andere Bereiche – in ihrem Fall nicht Nachbarsysteme (Luhmann) oder die Lebenswelt der natürlichen Sprachgemeinschaft (Habermas), sondern Lebensbereiche, die sich außerhalb des kapitalistischen Systems befinden, die aber vom System derart angeeignet werden, dass der Kapitalismus seine eigenen Voraussetzungen nicht erneuert, sondern auf dysfunktionale Weise aufzehrt und zu Grenzkämpfen führt: gegen ökologische Zerstörung, gegen Rassismus, gegen Sexismus, gegen die Aushöhlung der Demokratie.

Der Neoliberalismus ist in dieser Hinsicht nicht besorgt und plädiert für eine Entgrenzung der Marktlogik. Der Markt ist ein System, das aus der Evolution hervorgegangen ist. Mit seinen evolutionär ermöglichten Suchprozessen wird der Markt auch relevant für die weitere Evolution der Gesellschaft insgesamt, indem er in allen Bereichen Leistungsbereitschaft, Durchsetzungs- und Wettbewerbsfähigkeit belohnt. Bei allen Differenzen der Ansätze gilt es weitgehend als Konsens, dass eine Rücknahme der Ökonomie in die Gesellschaft, eine Entdifferenzierung, zu dramatischen Wohlstandsverlusten führen müsste. Denn es würde das ökonomische Wissen für die angemessenen ökonomischen Entscheidungen fehlen (also Wissen über Kosten der Rohstoffe, Menge der von der Konkurrenz produzierten Waren, Aufnahmefähigkeit der Märkte), und die Akteure wären moralisch oder politisch überlastet. Gerade dass die Akteure insgesamt so unwissend sind und allenfalls über selektives Wissen verfügen, scheint die kapitalistische Ökonomie so überlegen zu machen, weil die Summe ihres jeweils unvollständigen, aber durch die ökonomischen Mechanismen aufeinander bezogenen Wissens größer ist, als es jedes zentralisierte Wissen jemals sein könnte.

Es entsteht also erneut der Eindruck, dass man die Wirtschaft der kapitalistischen Gesellschaft nur in zwei verschiedenen Perspektiven begreifen kann. Einmal als Handeln von Individuen, ein anderes Mal als System. Dieser Eindruck stellt sich bei der Wirtschaft noch

stärker ein als bei anderen eigensinnigen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft, wie etwa Politik oder Kunst. Es scheint so, als würde die politische Sphäre und insbesondere die Demokratie tatsächlich dem Handeln von Individuen und der gemeinsamen Festlegung eines Gemeinwohls entsprechen. Ähnlich frei wie die Sphäre der Politik scheint es sich mit der Kreativität der künstlerischen Sphäre zu verhalten. Aber das ist ein Trugschluss. Das grundsätzlich begriffliche Problem gilt auch in diesen Fällen. Es ist ein schiefer und eigentlich falscher Gegensatz, die Wirtschaft als eine Sphäre des Sachzwangs und der Notwendigkeit, die Politik oder die Kunst aber als Sphären der Freiheit zu verstehen. Es war Max Weber, der liberal dagegen argumentiert und sich den Überlegungen von Karl Marx entgegensetzt: dieser war der Ansicht, dass die Betriebe im Detail rational geplant seien, nicht aber die Gesellschaft. Weber vertritt nun demgegenüber die These, dass die staatliche Verwaltung, die auf Basis von Wissen und allgemeinem Gesetz operiert, zu rational einsichtiger Alternativlosigkeit, Sachzwanglogik und am Ende zu einem stählernen Gehäuse der Hörigkeit führt.⁷ Nur die Unternehmer sind frei: „Überlegen ist der Bureaukratie an Wissen: Fachwissen und Tatsachenkenntnis, innerhalb seines Interessenbereichs, regelmäßig nur: der private Erwerbsinteressent. Also: der kapitalistische Unternehmer. Er ist die einzige wirklich gegen die Unentrinnbarkeit der bürokratischen rationalen Wissens-Herrschaft (mindestens: relativ) immune Instanz. Alle anderen sind in Massenverbänden der bürokratischen Beherrschung unentrinnbar verfallen.“⁸ Allein die Märkte mit dem intransparenten Wissen der Unternehmer stellen jene gegenüber vernünftigen Argumenten immunisierte Irrationalität zur Verfügung, die einzig freies Handeln noch ermöglicht: im System kann Freiheit nur noch als gesteigerte Form von blinder, rücksichtsloser Unvernunft stattfinden. Der Markt erweist sich so als ein Hort der Freiheit gegenüber staatlichen Eingriffen. Damit hat Max Weber zu einer der Grundüberzeugungen des neueren Liberalismus beigetragen: Verrücktheit und Egozentrik als Freiheit, Freiheit, losgelöst von allen sozialen Beziehungen, die Freiheit überhaupt erst ermöglichen.

7 Vgl. Weber (1980), 563 ff.

8 Ebd., 129, vgl. ebd. 574.

Wirtschaft lässt sich also ebenso wie die Kunst als eine Sphäre freien Handelns begreifen: aus dem Angebot der Waren können Konsumenten wählen, sie können es auch unterlassen, ein bestimmtes Produkt zu konsumieren – allerdings können Unternehmen den Markt derart strukturieren, dass es keine Alternativen mehr gibt außer der, gar nicht mehr zu konsumieren. Unternehmer können entscheiden, in welchem Umfang sie in welche Produktionslinien investieren, aber auch dies wird schwieriger in dem Maße, wie angesichts der fortgeschrittenen Produktivkräfte und der Konkurrenz die Größe des zu investierenden Kapitals immer größer wird und die Gewinnchancen unsicher sind. Die Bedingungen der Freiheit sind gegeben, aber es handelt sich um Freiheit unter nicht frei gewählten Verhältnissen. Das gilt aber auch für die Sphären der Politik oder der Kunst. In letzterer gibt es die nationalsprachlichen Konventionen, die Genres des Gedichts oder des Romans, die Aufschreibssysteme und Publikationsmedien; die Oper oder das Streichquartett, die Regeln und Hörgewohnheiten der Harmonik, die dazu passenden Instrumente und entsprechend ausgebildeten Musiker; in der Politik den Staat, die Verwaltung, die Steuern, das Militär und die Polizei, den Journalismus, die Parteien und ihre Programme. Wohlverstanden meint dies an dieser Stelle nicht, dass die Politik durch die Wirtschaft determiniert ist, sondern dass sich auch das politische Handeln nach eigensinnigen Gesetzmäßigkeiten vollzieht, denen die Praktiken der Individuen unterworfen sind.

3. Gesellschaft und Semantik

Das Verhältnis von längerfristig wirkenden Determinanten und Reproduktionsmustern auf der einen Seite – und sehr häufig ist damit die Ökonomie gemeint – und dem Perspektivenwechsel auf die handelnden Individuen und somit ihre Freiheit – also die Sphäre der Moral oder der Politik – wird in der Soziologie als Verhältnis von Struktur bzw. System auf der einen und Handeln bzw. Semantik auf der anderen Seite thematisiert. Mit dieser Unterscheidung wird darauf hingewiesen, dass sich Gesellschaften unter zwei Perspektiven analysieren lassen: einmal in der objektiven Einstellung der 3. Person, ein anderes Mal aus der Einstellung der 1. Person. Im ersten Fall werden die objektiven sozialen Prozesse thematisiert, im

zweiten Fall geht es um die Innensicht der handelnden Individuen, um die Bedeutungen, die Individuen diesen Prozessen beimessen, also um ihr inneres Erleben, ihre Vorstellungen, Wünsche, Phantasien. Es handelt sich um die Weberianische Unterscheidung von analytisch erklärbarem Verhalten und verstehbarem sinnhaften Handeln. Handeln heißt hier, die Position der Innensicht der Individuen einzunehmen, die ihrem Verhalten oder sozialen Vorgängen einen Sinn geben.

In diesem Abschnitt möchte ich die Plausibilität dieser Unterscheidung von zwei Ebenen der Gesellschaft – also Struktur und Semantik – in Frage stellen. Es handelt sich um einen Rückfall in die cartesianische Zwei-Welten-Lehre von Körper und Geist. Demgegenüber will ich die Kategorie der Struktur aufbrechen und argumentieren, dass diese bereits aus Praktiken vielfältiger Aktivitäten wie Arbeit, Denken, Fühlen, Sprechen, Erziehen unter jeweils besonderen historischen Verhältnissen besteht, und will im Gegenzug auch deutlich machen, dass Deutungen, Handeln selbst bestimmten gesetzesförmigen Regelmäßigkeiten unterworfen ist.

Hartmut Rosa, der sich methodologisch auf die Unterscheidung von Struktur und Deutung stützt⁹, nimmt an, dass die Bedeutungen, die Individuen gesellschaftlichen Vorgängen geben, ihr eigenes Handeln und damit dann auch Gesellschaft verändern können: „Wer es vermag, die Grundbegriffe der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung und Selbstdeutung zu verändern, verändert die gesellschaftliche Wirklichkeit selbst, denn diese Wirklichkeit wird durch unsere Sprache mitkonstituiert. Soziale Phänomene sind immer auch begrifflicher Natur; keine soziale Institution lässt sich unabhängig von dem sie begründenden Deutungshorizont verstehen. [...] [Der] Prozess gesellschaftlicher Selbstauslegung [ist] seinerseits mitkonstitutiv für das, was die Gesellschaft de facto ist und wohin sie sich entwickelt.“¹⁰ Gesellschaft besteht demnach aus Strukturen und kulturellen Deutungsprozessen, die sich wechselseitig bestimmen: Strukturen⁰ wirken auf Handeln¹, Handeln¹ auf Strukturen¹, Strukturen¹ auf Handeln² usw. Es handelt sich um einen spiralförmig voranschreitenden Prozess der Wechselwirkung, deswegen bleibt es auch etwas beliebig, ob er bei Strukturen oder bei Handlungen beginnt. Nachdem er

9 Rosa (2021), 175.

10 Ebd., 161 f.

aber begonnen hat, gehören Struktur und Handeln zusammen und folgen einem bestimmten Pfad.

Rosa legt nahe, dass es sich um individuelle Sinnprozesse handelt. Das ist problematisch. Das Argument, dass Deutungen und Überzeugungen die Wirklichkeit mit erzeugen, könnte auch für Kollektive gelten. So stellt sich für Beverly Silver die Frage, ob nicht der Glaube an die eigene Macht eine der wichtigen Quellen von Arbeitermacht im 20. Jahrhundert gewesen sei.¹¹ Denn ein solcher Glaube führt zu kämpferischen Praktiken, die wiederum zu Macht führen. Silver geht nicht auf die Frage ein, woher dieser Glaube an die eigene Macht stammt oder warum er schwächer wird oder gar verloren geht. Damit will ich nun nicht sagen, dass es ökonomische Gründe sind – wie etwa der Verlust an Marktmacht durch Arbeitslosigkeit oder der Verlust an Produktionsmacht durch Verlagerung der Unternehmen. Das spielt sicherlich eine Rolle, aber es gibt auch die politischen und die ideologisch-kulturellen, diskursiven Prozesse in bürgerlichen Gesellschaften, die Tatsache also, dass das Wort ‚Arbeiter‘ aus der öffentlichen Diskussion verschwindet, dass davon gesprochen wird, dass Individuen sich individualisieren und Arbeitermilieus erodieren.

Es sind weitere Zweifel angebracht. Rosa unterstellt, dass alle Deutungen gleich nah zur Wirklichkeit sind und diese mitkonstituieren. Aber das ist nicht der Fall. Die Deutung dessen, was ein Betrieb ist, ist für einen Unternehmer eine andere als für die Arbeiter*innen: im ersten Fall geht es darum, Kommandos zu geben, Verantwortung zu tragen, Marktwissen zu haben, Gewinn zu erzeugen und für diesen viele Menschen möglichst effizient arbeiten zu lassen; im zweiten Fall geht es darum, ausreichend Lohn zu erhalten, den eigenen Körper zu schonen, Kollegen in kooperativen Beziehungen zu treffen, die Arbeit gut zu erledigen und schikanöse Praktiken zu bekämpfen. Im Lichte der kritischen Ideologietheorie seit Marx spricht viel dafür, dass nicht die einzelnen Individuen deuten, sondern dass sie auch auf der ökonomischen Ebene, also der vermeintlichen Strukturebene der Ökonomie, in diskursive Praktiken eintreten: etwa betriebliche, gewerkschaftliche, regionale oder nationale Kommunikationsprozesse. Es sind zudem mächtige Akteure beteiligt, die die kollektiven Deutungsprozesse überdeterminieren:

11 Silver (2005), 34.

durch die Gegenstände und Verhältnisse, die überhaupt gedeutet werden, die Äußerungsmodalitäten und das Vokabular, in dem gedeutet wird, die Medien und Organisationen, in denen die Deutung stattfindet und Verbreitung finden kann. Es gibt demnach Prozesse kultureller Macht, die zu einer ideologischen Verkennung der wirklichen Verhältnisse und des Verhältnisses der Individuen zu ihren Verhältnissen beiträgt (so dass sie etwa glauben, Träger eines freien Willens zu sein, während sie abhängig sind; dass sie denken, ihren wirtschaftlichen Erfolg durch Leistungsbereitschaft zu steigern, während die Firma schon in die Insolvenz rutscht). Es gibt keine Nullsituation eines unschuldigen Sinns: immer sind solche Machtprozesse wirksam. Denn die Deutungen finden schon in einem Vokabular statt, in dem Wörter wie Gewerkschaft, Betrieb, Staat, Mann, Beruf vorkommen. Das ist unvermeidlich. Wenn Individuen deuten, treten sie in spezifische Machtverhältnisse ein, in ihnen sind sie folgebereit, widerständig oder zielen auf Alternativen.

Bis hierhin habe ich argumentiert, dass der Deutungshorizont, von dem Rosa spricht, für verschiedene Akteure unterschiedliche Reichweiten hat. Aber dabei habe ich die Annahme gelten lassen, dass Akteuren ihre Welt verständlich ist, dass es ihre Begriffe sind, die die Welt mitkonstituieren. Aber Theodor W. Adorno bestreitet mit Durkheim genau diese Grundannahme von Max Weber. Zu unterstellen, dass die Gesellschaft zu verstehen sei, steht für Adorno in der idealistischen Tradition. „Der deutsche Verstehensbegriff der ersten Dezennien des zwanzigsten Jahrhunderts säkularisiert den Hegelschen Geist, das zu begreifende Ganze, in singuläre Akte oder idealtypische Gebilde, ohne Rücksicht auf die Totalität der Gesellschaft, von der allein die zu verstehenden Phänomene jenen Sinn empfangen.“¹² Doch wendet sich Adorno auch gegen die Gegenposition, die er von Durkheim vertreten sieht, wonach die Gesellschaft nicht zu verstehen sei. Er habe „es sich nicht ausreden lassen, daß Gesellschaft auf jeden Einzelnen primär als Nichtidentisches, als ‚Zwang‘ stößt. Insofern hebt die Reflexion auf Gesellschaft dort an, wo Verstehbarkeit endet“¹³. An dieser Grenze setzt demnach die Gesellschaftstheorie an, also an „zweiter Natur“, an Verhältnissen, die von Menschen gemacht wurden, die sich ihnen aber entziehen, sich

12 Adorno (1972 [1965]), 12.

13 Ebd.

nicht mehr ohne weiteres auf den von Individuen gemeinten Sinn ihrer Praktiken zurückführen lassen. Deswegen fordert Adorno, „die Nichtverstehbarkeit zu verstehen, die den Menschen gegenüber zur Undurchsichtigkeit verselbständigten Verhältnisse aus Verhältnissen zwischen Menschen abzuleiten. Heute vollends hätte Soziologie das Unverstehbare zu verstehen, den Einmarsch der Menschheit in die Unmenschlichkeit“¹⁴. Aber Adorno argumentiert paradox. Denn es handelt sich nicht um Nichtverstehbarkeit schlechthin, um etwas, das Menschen nicht begreifen können. Die Nichtverstehbarkeit ist durchaus verstehbar, denn sie geht aus gesellschaftlichen Verhältnissen selbst hervor, sie ist von Menschen gemacht. Daran schließt sich die Frage an, ob es den Menschen unter der Hand geschieht, dass die Verhältnisse auf den ersten Blick nicht mehr verstehbar erscheinen, es aber durch Theorie dann doch sind; ob die Nichtverstehbarkeit eine Erkenntnisverweigerung ist, weil die Erkenntnisse selbst zu schmerzlich wären; oder ob, drittens, die Verhältnisse durch Mächtige unverstehbar gemacht werden.

Ein weiterer Gesichtspunkt zielt auf die systematische Verfehlung von Deutungen. Rosa, aber auch schon Weber, legen nahe, dass es zwischen dem Verhalten und dem sinnhaften Deuten eine zuverlässige Relation der Richtigkeit gibt. Sie stellen nicht die Frage danach, ob die Deutung, die dem Verhalten beigelegt wird, falsch sein könnte – nicht falsch im Sinn einer objektiven Wahrheit, an der die Wirklichkeit korrigiert werden könnte, sondern falsch in einem notwendigen Sinn. Marx zeigt, dass die kapitalistischen Verhältnisse zu systematischen Fehldeutungen führen müssen, die die Akteure auch dann nicht vermeiden können, wenn sie über das richtige theoretische Wissen verfügen: 1) So erwarten die Akteure, dass Land oder Waren einen intrinsischen Wert haben, obwohl das nicht der Fall ist. 2) Arbeiter können annehmen, dass ihre Kämpfe gegen überlange Arbeitszeiten oder niedrige Löhne ein Kampf gegen das Kapital sind und es möglicherweise in Frage stellen. Das kann stimmen. Doch Marx zeigt, dass solche Klassenkämpfe das Kapital modernisieren und es wettbewerbsfähig machen können. Die Kämpfe gegen das Kapital werden Teil seiner Funktionsweise und tragen zu seiner erweiterten Reproduktion bei. 3) Unternehmer und Arbeiter deuten ihr Vertragsverhältnis so, dass sie gemeinsam beschließen, eine Ar-

14 Ebd.

beitsleistung gegen einen Lohn austauschen: am Ende seiner Arbeit erhält der Arbeiter seinen Lohn. Doch das ist eine notwendige Repräsentation, die als ‚Illusion‘ zu bezeichnen die falsche Vorstellung nährt, man könne sie auch einfach lassen. Doch die Illusion ist eine Praktik, die zum Verhältnis notwendig dazu gehört: nur weil beide Akteure in dieser Ideologie der Vertragsgleichheit und -freiheit befangen sind, gehen sie dieses Verhältnis ein – erst durch die ‚Illusion‘ kommt das soziale Verhältnis zustande und kann dauerhaft reproduziert werden. Beide Seiten könnten – zumindest nach der Lektüre der Schriften von Marx – wissen, dass sie in Wirklichkeit etwas anderes vollziehen als sie in ihrer Deutung der Situation glauben zu tun. Der Arbeiter wird nicht für seine Arbeit bezahlt, sondern was er verkauft, ist die Arbeitskraft. Dies ermöglicht dem Kapitalbesitzer, das Produkt der Arbeit der Lohnabhängigen anzueignen und ihnen nur einen Teil in der Form des Lohns zu zahlen, also deutlich weniger als der Wert des gesamten Produkts, und gleichzeitig zu glauben, dass der Arbeiter für ihn nur ein Kostenfaktor darstellt, dem er Arbeit gibt. „Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit. [...] Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgarökonomie.“¹⁵ Die Deutungen der Akteure sind wahr und falsch zugleich, sie ermöglichen ihnen, die Praktiken der kapitalistischen Produktion auszuüben, gleichzeitig verkennen sie ihr Handeln grundlegend. Dabei ist jedoch entscheidend, dass die Täuschung notwendig ist, um die Praktiken ausüben zu können. Individuell können sie dieser Verkennung nicht entkommen, selbst wenn sie Marx gelesen haben und theoretisch wissen, was sie tun und mit anderen darüber sprechen; sie kommen nicht umhin, genau das zu tun und die Verhältnisse zu reproduzieren.

15 Marx (1962 [1890]), 562.

Für die Frage der Deutungen und Deutungshorizonte ist das folgenreich. Selbstdeutungen, die Individuen von sich haben, sind ein Aspekt ihres Handelns, müssen aber kritisch geprüft werden, da sie sich täuschen können. Arbeiter sehen sich nicht als Arbeiter, sondern als Angehörige der Mittelklasse; Kapitaleigentümer glauben, dem Allgemeinwohl zu dienen, wenn sie mit dem Privatjet von Termin zu Termin hetzen, und sehen sich als Umweltschützer; der Klerus der katholischen Kirche sieht sich als moralische, lebensschützende Instanz und begünstigt Kindesmissbrauch und Gewalt gegen Frauen; Wissenschaftler*innen beanspruchen Objektivität und Wahrheit für ihre Thesen und Theorien und vertreten partikuläre Interessen.

Diese Überlegungen legen mir nahe, es für unangemessen zu halten, die Bedeutungsprozesse derart von der Struktur zu trennen, dass das Handeln von Individuen, also die Sinngebungsprozesse, eine individuelle Leistung sei – also etwa zu denken, sie seien Subjekte, hätten einen autonomen Willen, trügen Verantwortung. So zeigt die Diskursanalyse, dass Diskurse zwar einzelne Signifikanten kontingent artikulieren, dass sie aber dann doch eine bestimmte Bedeutungssequenz erzeugen, denen sich das Subjekt nicht entziehen kann, sondern durch die es gerade konstituiert wird. Auch ‚Subjekt‘ ist ein Signifikant, eine Repräsentation, die den Gliedern eines Ensembles das Verhältnis zu sich als einer verantwortlichen, zurechnungsfähigen Person vermittelt.

Umgekehrt lässt sich danach fragen, was genau eine Struktur ist. Strukturen können als langfristig bestehende praktische Zusammenhänge verstanden werden. In diesem Fall ist das entscheidende Merkmal die zeitliche Dauer. Die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen von Individuen in sozialen Praktiken vollzogen werden. Dauer ist ein Moment ihrer Praktiken. Anders gesagt, was als Struktur bezeichnet wird: eine Welt dort draußen, über die wir in der 3. Person sprechen, erweist sich als gemeinsame Praxis. Die Deutungen ihrerseits stellen spezifische materielle Verhältnisse dar und bewegen sich in bestimmten Formen, sie sind Momente der Reproduktion des Gesamtprozesses. Materialistische Gesellschaftstheorie zielt darauf, die Unterscheidung von Struktur und Handeln oder Struktur und Semantik in Frage zu stellen.

4. Die Logik der Verkehrung

In der materialistischen Theorietradition gibt es seit langem Bemühungen, Wirtschaft als gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen. Marx ist in dieser Hinsicht sehr klar. Er bestimmt das Kapital als ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis.¹⁶ Allerdings sieht er einen Unterschied, der dann in der soziologischen Diskussion als Struktur und Handeln wiederkehrt. Denn das gesellschaftliche Verhältnis verändert sich in etwas, das nicht gesellschaftlich zu sein scheint. In diesem Sinn wird das Kapital zu einem sich selbst verwertenden Wert¹⁷, zu einem „automatischen Subjekt“¹⁸. Das Kapital scheint seine Gesellschaftlichkeit zu verlieren und die Form eines abstrakten Prozesses anzunehmen, der von niemandem gelenkt wird, auf den niemand Einfluss hat. Zwar spricht Marx durchaus von den Herrschenden, von der Bourgeoisie. Aber in welchem Sinn kann er das tun? Denn wenn das Kapital ein sich selbst bestimmender Verwertungsprozess ist, dann sind auch diejenigen, von denen gesagt wird, dass sie herrschen, lediglich Ausführende in systemischen Prozessen, sie beherrschen sie nicht, sondern werden ihrerseits beherrscht.

Von Herrschaft in dem Sinn zu sprechen, dass es eine Klasse gibt, die über den kapitalistischen Prozess entscheidet, dafür Verantwortung trägt und der misslingende Vorgänge kausal zugerechnet werden könnten, wäre sozialtheoretisch zweifelhaft. Es gibt zwar Menschen, die Vorteile genießen, aber das wäre ihnen nicht einmal vorzuwerfen. Man könnte von ihnen auch verlangen, dass sie abgeben, aber das würde niemals so viel sein, dass es ihre eigene Lebensgrundlage berühren würde (vgl. Hegel 1970: 390f, § 245).¹⁹ Das aber bedeutet, dass sich die soziale Asymmetrie zwischen sozialen Gruppen ständig, wenn auch mit mehr oder weniger großen Ungleichheitsausschlägen reproduziert.

Eine Kritik könnte auch aus dem Blickwinkel einer bedrohten Sicherheit der Gesellschaft formuliert werden – also, der Zusammenhalt oder das Band reißt. Das heißt, es wird an Bestandsbedin-

16 Ebd., 793.

17 Ebd., 209.

18 Ebd., 169.

19 Hegel (1970 [1820]), 390 f. (§ 245).

gungen der Gesellschaft erinnert, die durch den gesellschaftlichen Prozess selbst gefährdet werden. An die, die Vorteile genießen, wird appelliert, in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse von den Vorteilen etwas abzutreten. Aufgrund von sozialen Kämpfen wird als Kompromiss der Sozialstaat eingerichtet. Dieser geht weit über den liberalen Rechtsstaat hinaus, der nur Rahmenbedingungen setzt und überwacht; der Sozialstaat greift in die Gestaltung der Lebensverhältnisse ein und erzwingt Umverteilungen (etwa durch die Besteuerung, durch die Abgaben für die sozialen Sicherungssysteme, durch die berufliche Qualifikation und Bildungsförderung, durch staatliche Nachfrage und die Beschäftigung im öffentlichen Dienst). Er erweitert damit die reproduktiven Kreisläufe des Kapitalverhältnisses um politische Prozesse, denn es wird über Schul- und Unterrichtspläne, Höhe der Krankenkassenprämien oder personelle Ausstattung staatlicher Verwaltungen gestritten. Dem Bürgertum muss die Einsicht in die Gefahr der Bestandsgefährdung immer wieder vor Augen geführt werden.

Wenn die kapitalistische Gesellschaft ein System wäre, dann bedeutete das für diejenigen, die eine – in der Regel durch Geburt und Erbschaft vermittelte – privilegierte Position einnehmen, einen doppelten Vorteil: nicht nur hätten sie die Vorteile ihres Vermögens und all das Glück, das sie sich damit ermöglichen können, sondern das System begünstigt sie darüber hinaus, weil sie im Prinzip nichts ändern könnten. Sie können angenehme, verständnisvolle und moralische Personen sein oder kaltherzig, brutal, rücksichtslos. Am Ende macht das keinen Unterschied. Das System tut, was es tut.

Marx und andere materialistische Gesellschaftstheoretiker nach ihm wollen und müssen im Anschluss an seine Überlegungen erklären, warum das Kapital, das ein gesellschaftliches Verhältnis ist, eben auch eine andere Form annimmt, so als handele es sich bei Wirtschaft um einen nicht-gesellschaftlichen Bereich mit naturnotwendigen Gesetzen. Wie oben mit Bezug auf Adorno angesprochen wurde, muss diese eigenartige Verselbständigung gesellschaftlicher Prozesse, die den besonderen Charakter einer autonomen Sphäre der Ökonomie annehmen, aus der Art und Weise der bürgerlichen Reichtumserzeugung hergeleitet werden. Soll dieser Reichtum stetig erzeugt werden, dann bedürfen diese Produktionsverhältnisse spezifischer Bedingungen, es muss eine ganze Produktionsweise und

eine Gesellschaft formiert werden, damit diese Form der Produktion kapitalistischen Reichtums gelingen kann.

Eine der folgenreichsten Überlegungen hat Georg Lukács dazu vorgelegt. Demnach kommt es unter kapitalistischen Bedingungen zu Prozessen der Verdinglichung. Lukács verstärkt eine Überlegung von Marx, demzufolge die verschiedenen Bereiche der Ökonomie, also Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion eine ökonomische Totalität bilden.²⁰ Unter Totalität versteht Lukács die Kraft des Ganzen, das fähig ist, das Einzelne derart zu formieren, dass es sich dem Ganzen einfügt und zu seiner Reproduktion beiträgt. So müssen die Einzelnen nicht nur Waren für eine zahlungsfähige Kundschaft am Markt erzeugen und nicht nur ihr eigenes Nachfrageverhalten an dem Angebot des Marktes orientieren; sie müssen vielmehr ihr Arbeitsvermögen, ihr Wissen, ihren Körper, ihre neuro-muskulären und intellektuellen Fähigkeiten derart ausbilden, spezialisieren und einsetzen, dass sie sich in die warenvermittelte Totalität mit ihrer ganzen Person einfügen, um überleben zu können. Diese Totalität ist zweite Natur. Die Menschen, so beschreibt Lukács diesen Sachverhalt, sehen sich gleichsam naturgesetzlich sich vollziehenden gesellschaftlichen Vorgängen gegenüber, die sie selbst erzeugt haben: ihre eigene Arbeit wird etwas Objektives, von ihnen Unabhängiges, nimmt eine sie beherrschende menschenfremde Eigengesetzlichkeit an. Die gesellschaftlichen Praktiken verselbständigen sich zu autonomen, geschlossenen Systemen, die jeweils ein selbständiges Leben für sich führen.²¹ Lukács erklärt dies mit der Universalität der Warenform als „wirklicher Herrschaftsform der gesamten Gesellschaft“ – Universalität deswegen, weil die Warenform die konstitutive Form der Gesellschaft geworden sei und sämtliche ihrer Lebensformen durchdringe.²² Werden die konkreten Gebrauchswerte in der Form von Waren erzeugt, dann kommt es zur Abstraktion von der konkreten Arbeit. Dann wird die Ware allein unter dem Gesichtspunkt ihres Marktwerts erzeugt, sie muss sich gegen andere Waren respektive Geld austauschen. Um die Austauschbarkeit zu ermöglichen, werden Waren hinsichtlich ihres Wertes gleichgesetzt. Dieser Wert ist nicht durch konkrete, sondern ab-

20 Marx (1983 [1857]), 34.

21 Lukács (1968), 406 ff.

22 Ebd., 259.

strakte Arbeit bestimmt, also durch die Menge an gesellschaftlicher Arbeit, die erforderlich ist, um im Durchschnitt eine Ware dieser Art zu erzeugen.

Das Bemerkenswerte an diesen Überlegungen von Lukács ist, dass er den Prozess aus der Abstraktion von der konkreten Arbeit erklärt, also einer Entäußerung der lebendigen zur toten Arbeit, dem Prozess der Verdinglichung menschlicher Verhältnisse zu zweiter Natur. Dadurch bekommt die Erklärung durchaus einen kulturkritischen, lebensphilosophischen Dreh, auf den schon Karl Korsch hingewiesen hat. Kritisiert wird die Abstraktion, die Zerlegung der gesellschaftlichen Zusammenhänge bis hinein in das Subjekt. Diese Überlegung hat aber keine Spezifität, sondern betrifft alle Mitglieder der Gesellschaft unter den Bedingungen der Verallgemeinerung der Warenform. Herrschaft meint in diesem Sinn: Herrschaft der Warenformigkeit, der Abstraktion von konkreten Menschen.

Das ist sicherlich ein Aspekt. Doch dem steht entgegen, dass gerade die kapitalistische Gesellschaft Individuen individualisiert und subjektiviert, ihnen Rechte, Autonomie, Eigensinn, Wissen, Geschmack, Welterschließung und Lebensperspektiven ermöglicht in einem Maße wie zu keinem anderen Zeitpunkt der Weltgeschichte. Herrschaft von Menschen über Menschen spielt in den Überlegungen von Lukács aber keine Rolle.

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno gelten als Theoretiker, die diese Überlegungen Lukács' zu fetischisierten gesellschaftlichen Verhältnissen fortgesetzt haben. Auch ihnen zufolge soll die bürgerliche Gesellschaft von der abstrakten Totalität des Äquivalenten-tauschs beherrscht sein. „In der Reduktion der Menschen auf Agenten und Träger des Warenaustauschs versteckt sich die Herrschaft von Menschen über Menschen. [...] Der totale Zusammenhang hat die Gestalt, daß alle dem Tauschgesetz sich unterwerfen müssen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen, gleichgültig, ob sie subjektiv von einem ‚Profitmotiv‘ geleitet werden oder nicht.“²³ Allerdings finden sich in ihren Texten auch zahlreiche Formulierungen, die darauf hinweisen, dass sie diese Totalität nicht in Begriffen einer anonymen Herrschaft denken, sondern ganz konkret Herrschende und deren mächtige Entscheidungen vor Augen haben. Es ist von „Herrschaft des blind Objektiven“ die Rede. Aber die Herrschaft des

23 Adorno (1972 [1965]), 14.

Äquivalents hat ihr Substrat eben in „Herrschaft“²⁴; diese vollzieht sich nicht anonym, sondern wird von Eigentümern²⁵ ausgeübt, von Privilegierten²⁶, von Monopolisten²⁷, von Monopolherren²⁸, ist die Herrschaft der Gemeinschaft der Herrschenden, die das Kommando haben²⁹, die der Herren der Welt³⁰ oder der Gesellschaft³¹. Außer von Herrschenden und Privilegierten sprechen Horkheimer und Adorno auch von den Oberen, von der oberen Bourgeoisie und Mächtigen.³²

Die Sachnotwendigkeit ökonomischer Gesetze ist Horkheimer und Adorno zufolge Ideologie des Bürgertums, das daran schon längst nicht mehr glaubt, aber immer noch versucht, den Anschein zu erwecken, als ob es sich so verhielte. „Vielmehr vollstreckt die bewußte Entscheidung der Generaldirektoren als Resultante, die an Zwangsläufigkeit den blindesten Preismechanismen nichts nachgibt, das alte Wertgesetz und damit das Schicksal des Kapitalismus. Die Herrschenden selbst glauben an keine objektive Notwendigkeit, wenn sie auch zuweilen so nennen, was sie aushecken. Sie spielen sich als die Ingenieure der Weltgeschichte auf. Nur die Beherrschten nehmen die Entwicklung, die sie mit jeder dekretierten Steigerung der Lebenshaltung um einen Grad ohnmächtiger macht, als unantastbar notwendige hin.“³³

Aufgrund solcher Überlegungen muss man die Perspektive umkehren. Demnach erweist sich eine Analyse, die von der Anonymität und Notwendigkeit ökonomischer Gesetzmäßigkeiten ausgeht, als Naivität und Ideologie, als Fortsetzung von Herrschaft und als intellektuelles Moment, das zur Subalternität der Beherrschten beiträgt. Denn anders als Lukács argumentieren die Vertreter der älteren Kritischen Theorie, dass die Totalität selbst eine durch Herrschende eingerichtete Allgemeinheit ist, hinter der und in der sie ihre parti-

24 Horkheimer/Adorno (1987 [1947]), 31.

25 Ebd., 36.

26 Ebd., 43.

27 Ebd., 51.

28 Ebd., 61.

29 Ebd., 45.

30 Ebd., 26.

31 Ebd., 61.

32 Ebd., 58.

33 Ebd., 61.

kulare Herrschaft verbergen können. „Was allen durch die Wenigen geschieht, vollzieht sich stets als Überwältigung Einzelner durch Viele: stets trägt die Unterdrückung der Gesellschaft zugleich die Züge der Unterdrückung durch ein Kollektiv. Es ist diese Einheit von Kollektivität und Herrschaft und nicht die unmittelbare gesellschaftliche Allgemeinheit, Solidarität, die in den Denkformen sich niederschlägt.“³⁴

Das Bemerkenswerte an diesem Zitat ist, dass Horkheimer und Adorno nicht in Begriffen von Struktur und Handeln formulieren, sondern den Zusammenhang als eine Einheit der Herrschaft einer Minderheit und falscher Allgemeinheit konzipieren. Demnach gelingt es Wenigen, das Leben eines großen Teils der Menschen derart zu organisieren, dass ihr partikulares Interesse als das der Allgemeinheit erscheint, also als das, was das Überleben des Ganzen sichert. „Durch die Unterstellung des gesamten Lebens unter die Erfordernisse seiner Erhaltung garantiert die befehlende Minorität mit ihrer eigenen Sicherheit auch den Fortbestand des Ganzen.“³⁵

Vergleichbare Überlegungen finden sich bei Marx. Der Geldbesitzer wird von Marx als „bewußter Träger“ jener Bewegung des Geldes betrachtet, in der sich der Wert als Selbstzweck verwertet. „Der objektive Inhalt jener Zirkulation – die Verwertung des Werts – ist sein subjektiver Zweck, und nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operationen, funktioniert er als Kapitalist oder personifiziertes, mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital. Der Gebrauchswert ist also nie als unmittelbarer Zweck des Kapitalisten zu behandeln. Auch nicht der einzelne Gewinn, sondern nur die rastlose Bewegung des Gewinnens.“³⁶ Der Kapitalist ist der entscheidende Akteur: „Indem der Kapitalist Geld in Waren verwandelt, die als Stoffbildner eines neuen Produkts oder als Faktoren des Arbeitsprozesses dienen, indem er ihrer toten Gegenständlichkeit lebendige Arbeitskraft einverleibt, verwandelt er Wert, vergangne, vergegenständlichte, tote Arbeit in Kapital, sich selbst verwertenden Wert, ein beseeltes Ungeheuer, das zu ‚arbeiten‘ beginnt, als hätt‘ es Lieb‘ im Leibe.“³⁷

34 Ebd., 44.

35 Ebd., 54.

36 Marx (1962 [1890]), 167 f.

37 Ebd., 209.

Im Lichte solcher akteurs- und praxisbezogenen Ausführungen muss man die Frage nach der Anonymität der Herrschaft unter kapitalistischen Bedingungen neu stellen, auf die immer wieder Bezug genommen wird. Denn es finden sich bei Marx auch eher systemtheoretisch wirkende Formulierungen, etwa wenn er schreibt, dass der Wert von der Form der Ware in die Form des Geldes und dann in die Form des Kapitals übergeht und sich auf diese Weise in ein „automatisches Subjekt“ verwandelt. „In der Tat aber wird der Wert hier das Subjekt eines Prozesses, worin er unter dem beständigen Wechsel der Formen von Geld und Ware seine Größe selbst verändert, sich als Mehrwert von sich selbst als ursprünglichem Wert abstößt, sich selbst verwertet. Denn die Bewegung, worin er Mehrwert zusetzt, ist seine eigne Bewegung, seine Verwertung also Selbstverwertung. Er hat die okkulte Qualität erhalten, Wert zu setzen, weil er Wert ist.“³⁸

Daraus kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass sich die Gesellschaft als „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ selbst vollzieht³⁹ – also als anonymer Prozess, ohne Akteure, die mit ihren Praktiken die ihnen günstigen wirtschaftlichen Prozesse anstoßen, aufrechterhalten, planen oder lenken. Konsequenterweise stellt sich die Frage, warum überhaupt noch von Herrschaft gesprochen werden sollte, denn da scheint es niemanden zu geben, der oder die herrscht. Allenfalls gibt es diejenigen, die zufällig durch Geburt in den Genuss der Vorteile kommen, und andere, die benachteiligt sind.

Um ein solches irrtümliches Verständnis des Hinweises von Marx zu vermeiden, sollte der Zusammenhang solcher Formulierungen genauer beachtet werden, denn es ist nicht anzunehmen, dass sich Marx die Ökonomie als okkult erklärt und wirklich der Ansicht ist, dass der Wert zum Subjekt des Prozesses wird. Das Kapital ist ein gesellschaftliches Verhältnis, Kapitaleigentümer haben mit den Formen des Eigentums experimentiert und tun dies bis heute, um Mehrarbeit aus den Lohnarbeitenden zu ziehen. Für erstere ist es ein Vorteil, wenn ihre Praktiken unpersönlich erscheinen und sie sich als verantwortungslose Personen hinter scheinbar objektiven Verhältnisse verstecken und eine Vielzahl von angestellten Ausfüh-

38 Ebd., 169.

39 Ebd., 765; Mau (2021).

renden vorschicken können, bei denen jeweils der Eindruck vermittelt wird, sie seien ‚Rädchen im Getriebe‘.

Marx erläutert den „stummen Zwang“⁴⁰ als einen sich historisch über Jahrhunderte hinziehenden Prozess, wonach viele Menschen in „eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin“ hineingepeitscht wurden. Die Gewalt, die einmal notwendig war und von Kapitaleigentümern ausgeübt wurde, um Menschen zur Arbeit zu zwingen, hat mit der Disziplin eine andere Form von Herrschaft angenommen und zur Subjektbildung von subalternen Arbeitern geführt, die aus Gründen der Erziehung, der Tradition und der Gewohnheit die Anforderungen der kapitalistischen Produktionsweise anerkennen. Weil diese kulturellen, ideologischen Momente wirksam sind, ist die unmittelbare Anwendung von körperlicher Gewalt nicht mehr ständig notwendig. Herrschaftliche Praktiken werden umgestellt auf neue Formen wie etwa Vertrags- und Rechtsverhältnisse, die Ideologie der Leistung, durch Gesetz programmiertes staatliches Handeln; auch die Praktiken des Unterworfenenseins ändern sich damit: Status des freien und gleichen Bürgers, geldvermittelte Teilhabe an sozialen Prozessen, Bildungsdifferenzierung.

Das erweist sich im Prozess der kapitalistischen Reproduktion als rational, denn es wäre jeweils ökonomisch aufwendig und riskant, die riesigen, in Städten und Fabriken konzentrierten Massen der Lohnabhängigen durch direkte Gewalteinwirkung jeweils zum Arbeiten zu zwingen. Der Repressionsapparat müsste groß sein, viele Arbeitskräfte binden, seine Kosten würde die Kapitalerträge schmälern, und es würden die wertvollen Arbeiter*innen, in die viel investiert wurde, demotivieren oder gar ihre Arbeitsfähigkeit zerstören. Die Disziplinarstechniken erhöhen die Produktivität der Macht und Überwachungstechnologien, die wenig Personal erfordern und seit dem 18. Jahrhundert rationalisiert und automatisiert werden. Es kommt zu einer tiefen Staffelung der Machtausübung und Disziplinarpraktiken, zahlreiche Kategorien lokaler Herrschaft werden geschaffen, mit denen es zu begrenzten Formen der alltäglichen Auseinandersetzung kommt: lokale Politiker, Lehrer, Pfarrer, Erzieher, Polizei. Machtvolle Praktiken der Herrschenden erzeugen jeweils neue Zielobjekte und Opfergruppen für Moralisierungskampagnen und Repressionen: Juden, sexuelle Minderheiten, Migranten,

40 Marx (1962 [1890]), 765.

Obdachlose, Kriminelle, Linke. Neben Repression und Disziplin treten eng damit verbunden noch umfangreich Formen des Konsenses: Agendasetting durch Medien, demokratische Unterordnung unter Mehrheiten und Pluralismus, Vernunftnormen, Ersetzung von Wissen durch Meinung, regelmäßige Lohnsteigerungen, Konsumismus und Werbung, alltagskulturelle Gewohnheiten wie Automobilität, Sommerurlaub, Fleischkonsum.

Die konkreten Praktiken der Herrschenden sind den meisten Menschen weitgehend unbekannt: also die Konsensprozesse, die unter Kapitaleigentümern, Bankiers, Medienmachern, Politikern, Kirchenvertretern, Geheimdienstlern, Militärs, Kulturfunktionären oder Juristen stattfinden. Die Prozesse sind komplex, zu vieles geschieht gleichzeitig. Nur gelegentlich werden sie auf offener Bühne sichtbar, etwa auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, aber so gut wie gar nicht in Familienzirkeln, Stiftungen, Clubs (Lyons, Rotary), Chefetagen und Aufsichtsräten der Unternehmen oder Verbandsgremien, Rechtsanwaltskanzleien, Stiftungsdinern, Kunstauktionen oder exklusiven Privattreffen. Hier wird eine Lebensweise, eine Alltagskultur, eine Haltung und Identität affirmiert, werden Beziehungen geknüpft, Perspektiven der eigenen Herrschaft erörtert und Strategien zumindest angedacht. Das ist zu weit weg für diejenigen, die von den Mächtigen abhängig sind, von denen, die den Prozess organisieren, die Entscheidungen treffen, die Vorteile genießen und ihre Ressourcen derart einsetzen, dass die Herrschaftsprozesse von einer Vielzahl von Akteuren in einem tief gestaffelten Raum von Hierarchien, Befehlsketten und Abhängigkeiten getragen und reproduziert werden.

Der Hinweis auf einen „stummen Zwang“ erweist sich nur im Kontrast als richtig. Im idealen Durchschnitt des Lohnarbeitsverhältnisses wird keine unmittelbare Gewalt gegenüber den freien Lohnarbeiter*innen durch die Kapitaleigentümer ausgeübt. Diese trainieren nicht an Waffen, um ihre Untertanen und Arbeitssklaven mit Gewalt in die Fabrik zu treiben und dort während des Arbeitsprozesses zu kontrollieren und zu züchtigen. Aber die Gewalt ist als alltägliche Praxis und als Drohung permanent vorhanden. Denn es gibt weiterhin die auf Dauer eingerichteten Gewaltapparate: Polizei, Militär, Spitzel, Privatdetektive, betriebliche Sicherheitsdienste, faschistische Gruppen, organisierte Kriminelle, Schlägertrupps,

Rechtsanwaltskanzleien, Rationalisierungspraktiker oder Betriebsärzte. Sie alle umstellen die freien Arbeiter*innen.

Der „stumme Zwang“ selbst ist äußerst beredt. Der Zusammenhang der kooperativen Tätigkeiten der einzelnen Lohnarbeiter*innen bleibt nicht einfach abstrakten ökonomischen Gesetzen überlassen, sondern tritt ihnen „ideell als Plan, praktisch als Autorität des Kapitalisten gegenüber, als Macht eines fremden Willens, der ihr Tun seinem Zweck unterwirft.“⁴¹ Die Bourgeoisie bildet seit Mitte des 18. Jahrhunderts einen riesigen Apparat zur Kontrolle betrieblicher Prozesse aus: Marx (1890: 351f) spricht von den industriellen Ober- und Unteroffizieren⁴² (Manager, Arbeitsaufseher, Vorarbeiter, politische Ökonomen – auch Arbeitsvermittlung, Zeiterfasser, Betriebswirte, Arbeitssoziologen und -psychologen können hinzugezählt werden). Hinzu kommt eine Vielzahl von Überbauten, die die Körper, die Seelen, das Wissen der Arbeiter*innen täglich bearbeiten. Sie bestehen aus zahlreichen Diskursen über Erziehung, berufliche Ausbildung, Fabrikvorschriften, Arbeitszeiterfassung, familiäre Moral, ethische Regeln. Über die Arbeiter*innen und ihre Familien wird als gefährliche Klasse gesprochen, es wird über sie verfügt, ihr Alltag und ihr Arbeitsverhalten, ihre politischen, gewerkschaftlichen oder Freizeitaktivitäten werden im Detail beobachtet und überwacht, die Stadtteile, die Hygiene, die Ernährung, der Alkoholkonsum, die Sexualität sind Gegenstand ständiger moralischer, politischer und wissenschaftlicher Bemühung.⁴³ Auch die kulturindustriellen Praktiken müssen in Betracht gezogen werden, also die vielen Kriminal- oder Actionfilme, die den Subalternen täglich demonstrieren, zu welcher Gewalt die Mächtigen, das ihnen folgende Personal und die Apparate bereit und fähig wären.

Meine Überlegung, dass moderne Herrschaft sich nur dem Schein nach stumm vollzieht, die Ökonomie nicht als System anonym prozessiert, sondern in einer Vielzahl von ineinandergreifenden Praktiken reproduziert wird, erscheint manchen als beunruhigend. Denn sie scheint zu unterstellen, dass die Kapitalisten Menschen sind, die außerhalb des Kapitalverhältnisses existieren, ein umfassendes Wissen davon haben, als werde kapitalistische Herrschaft von ihnen ge-

41 Marx (1962 [1890]), 351.

42 Ebd., 351.

43 Vgl. Treiber/Steinert (2005), 33 ff.

plant, als ginge Gesellschaft auf ihre Intentionen zurück, so dass sie über die Verhältnisse verfügen, sich vielleicht sogar verschwören, um sie zu beherrschen, während sie eigentlich rationalen Argumenten zugänglich sein und offen für die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse sein könnten. Die These ist tatsächlich, dass sie nicht einer entäußerten Wirklichkeit, einem gegen alle Menschen gleichermaßen sich verkehrenden Objektivitätsüberhang unterworfen oder entfremdet sind und deswegen nun davon überzeugt werden könnten, ebenfalls zu leiden. Sie leben, sie praktizieren und affirmieren ihre Verhältnisse, haben ein Bewusstsein davon. Es gibt Intentionen, Planungen, Programme, Expertise, auch Verschwörungen – aber es gibt auch die Konkurrenz, den Streit, die unterschiedlichen Strategien, den Mangel an Ressourcen, den Dissens, die Demoralisierung, die Irrtümer und Fehler, den Protest. Die mächtigen bürgerlichen Wirtschaftsakteure bemühen sich um Wissen, doch das ist nicht nur unvollständig, sondern auch umstritten. Deswegen sind solche Schlussfolgerungen, man würde naiverweise und personalisierend Gesellschaft auf Intentionen zurückführen, unangemessen; aber sie sind Teil des Reproduktionsprozesses. Marx weist darauf hin, dass Kapitalisten Personifikationen sind – wie das auch für Adlige unter feudalen Verhältnissen galt.

Personifikation bedeutet, dass ein Individuum seinen Körper, sein Denken, seine Praktiken und Gewohnheiten je nach Verhältnissen auf bestimmte Art und Weise führt und repräsentiert. Um das Kommando über die anderen auszuüben, um über das Leben der Untergebenen zu entscheiden, müssen Herrschende in einem jahrhundertelangen Prozess herausgebildet werden. „Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis das Selbst, der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen geschaffen war, und etwas davon wird noch in jeder Kindheit wiederholt.“⁴⁴

Kapitalist zu sein ist eine besondere Form der Subjektkonstitution, er oder sie muss immer erst noch zu dem werden, was er oder sie ist: ein solches herrschendes Subjekt muss zu den entsprechenden Herrschaftspraktiken erzogen werden (Internate, Militärakademien, Privatschulen, Eliteuniversitäten), in diese Subjektfunktion hineinwachsen, sich darin affirmieren und die entsprechenden Dispositionen ausbilden, um mit Instinkt, Willen, Leidenschaft und Wissen

44 Horkheimer/Adorno (1987 [1947]), 56.

das Kommando über andere zu übernehmen, Verantwortung zu tragen, über das Schicksal der eigenen Klasse und der Gesellschaft zu entscheiden, die Kontinuität der Verhältnisse zu organisieren, Vertrauen in die Vernunft der eigenen Klassen zu haben, an eigenen Überzeugungen auch angesichts von starken Gegenargumenten und Krisen festzuhalten, gegen sich und andere Härte und Kälte auszuüben und den Reichtum zu genießen.

5. Das Als-ob des Systems als Praktik

Beunruhigend erscheinen solche Überlegungen zur Ökonomie als Praxis, weil sie die moderne Gesellschaft als Ergebnis von Vereinbarung, Willen, Wissen erscheinen lassen. Das scheint dem Materialismus zu widersprechen, wonach das Bewusstsein durch das Sein bestimmt ist. Aber es ist keine notwendige Schlussfolgerung, dass nun die Herrschenden, die ihre Herrschaft als Sachbeziehungen organisieren, wie ein einheitliches Subjekt handeln oder einen Masterplan verfolgen.

Die Herrschenden waren unter feudalen Bedingungen vielfach zerstritten. Auch nachdem sie ihre Herrschaft in die moderne ökonomische Form der Aneignung von Mehrarbeit und sich selbst von einem feudalen Stand in eine bürgerliche Klasse konvertiert und es damit geschafft haben, sich in einem noch nie gekannten Ausmaß die gesellschaftliche Arbeit privat anzueignen und den Modus der Reichtumserzeugung seiner inneren Logik nach ins Unendliche fortzusetzen, auch wenn er an menschliche und natürliche Grenzen stößt, sind die Herrschenden untereinander vielfach zerstritten über die Aneignung, die Verteilung und Verwendung dieses Reichtums. Missgunst, Konkurrenz, Neid, Verunsicherung, Bedrohung, Existenzangst sind innerhalb dieser Klasse an der Tagesordnung. Gleichwohl lässt sich annehmen, dass sie für die Aufrechterhaltung ihre Lebensverhältnisse, die bürgerliche Wohlstandserzeugung eintreten und dafür auch die individuellen und gesellschaftlichen Grundlagen schaffen, die dies ermöglichen.

Die These, wie sie Michael Heinrich vertritt⁴⁵, dass die grundlegenden ökonomischen Formbestimmungen begrifflich entwickelt werden können, ohne auf Handlungen und Motive der handelnden Akteure zu rekurrieren, halte ich für falsch. Ohne die Aktivitäten, ohne den Willen, ohne die ökonomischen Ideologeme, ohne die konkreten Herrschaftskompetenzen und Marktkenntnisse der Herrschenden würden sich die kapitalistischen Verhältnisse nicht reproduzieren. Es gehört zu den strategischen Illusionierungs-Effekten des Bürgertums, dass die Ökonomie intransparent ist, eine okkulte Macht, ein automatisches Wertsujet, dass Geld mehr Geld erzeugt. Alles wird in erweiterten Prozessen der Reproduktion durch eine Vielfalt von Experimenten und Strategien derart in Funktionsabläufen organisiert, dass die Verhältnisse erscheinen, als ob sie ein System seien.⁴⁶

Die Herrschenden bewegen sich ständig in Zusammenhängen, in denen sie sich beraten lassen, gemeinsam miteinander sprechen, Konsens finden, Strategien entwickeln und planen. Dafür organisieren sie sich in Verbänden, treffen sich in Clubs, engagieren Rechtsanwälte und Vermögensverwalter, verabreden sich zu Konzerten auf teuren Festivals, treffen sich bei Auktionen, in Hotels oder auf ihren Yachten, bemühen sich um einen angemessenen Heiratsmarkt, übernehmen Zeitungen und Fernsehanstalten, um in ihrer Weltsicht bestätigt zu werden und andere Perspektiven zu blockieren. Da sie aber auch konkurrierende Interessen haben und gegensätzliche Fraktionen bilden, bildet sich ihr Gesamtinteresse immer nur partiell, konfliktreich, kontingent und lässt Planungen scheitern (vgl. die eindringliche Kritik an einer Metaphysik des ökonomischen Wertgesetzes, die menschlichen Praktiken keinen Raum gibt, bei Agnoli⁴⁷).

Das Bürgertum ist als herrschende Klasse eine historisch besondere herrschende Klasse. Denn anders als es das Klischee besagt, ist sie eine arbeitende Klasse – auch wenn einige davon träumen mögen, einmal nur im Luxus zu leben. Nach einer wenig gebildeten feudalen Herrschaftsklasse handelt es sich beim modernen Bürgertum um eine ihre Herrschaft bewusst ausübende, eine denkende Klasse, die sich im Alltag reproduzieren muss. Ihren Reichtum verdankt sie

45 Heinrich (2012), 19.

46 Demirović (2021).

47 Agnoli (1990), 197 ff.

auch der eigenen Arbeit, den Erfindungen und Entwicklungen, den Erfahrungen der konkreten Arbeiten und Arbeitsorganisation, der Produkt- und Marktkenntnisse. Aber das erklärt das Ausmaß des Reichtums nicht. Dieser verdankt sich der besonderen machtvollen Organisation der Akkumulation von Kapital, also von Mechanismen, durch die sehr viele Menschen jeweils unbezahlte Arbeitsleistungen für die Kapitaleigentümer erbringen. Die Denk- und Organisationstätigkeit des Bürgertums ist Arbeit, es kann demoralisiert werden, nicht weiter wissen, in eine Krise geraten. Die Prozesse des Erfahrungs- und Wissensaustausch, das Einholen von Expertise und die Konsensprozesse schaffen Bedingungen von Freiheit, von bewusster Entscheidung, die Verhältnisse auf eine bestimmte Weise fortzusetzen – und wenn möglich so, dass die Zugeständnisse an die Subalternen gering sind und die eigene Herrschaft bei aller Veränderung doch gesichert oder sogar vergrößert wird. Es handelt sich um Freiheit, nicht abstrakte Freiheit im Sinn einer philosophischen Norm, sondern um konkrete Freiheit.

Freiheit ist unter bürgerlichen Verhältnissen nicht gleich verteilt, sondern nach sozialen Gruppen gestaffelt. Für viele vollziehen sich die Verhältnisse weitgehend in der Form der Notwendigkeit, andere verfügen über Spielräume. Zur Macht der Mächtigen gehört, dass sie in großer Freiheit versuchen können, die Verhältnisse in ihrem Sinn zu gestalten. „Wenn die Massen der Rede von der Freiheit nur ungern mehr lauschen, so ist das nicht bloß ihre Schuld oder die des Mißbrauchs, der mit dem Namen getrieben wird. Sie ahnen, daß die Welt des Zwanges gerade immer die von Freiheit, Verfügung, Setzung war und der Freie der, welcher sich etwas herausnehmen darf. Was anders wäre ist namenlos und was etwa heute dafür einsteht, Solidarität, Zartheit, Rücksicht, Bedacht, hat mit der Freiheit der gegenwärtig Freien nur geringe Ähnlichkeit.“⁴⁸ Anonyme Herrschaft, prozessierendes System? Nein, denn das würde bedeuten, jener Alltagsreligion aufzusitzen, die die Ökonomie erzeugt. Die Ökonomie besteht aus einer Serie von Praktiken, in denen Menschen und Natur um ihr Leben und um ihre Zukunft streiten.

48 Adorno (1972 [1942]), 388.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1972 [1942]), Reflexionen zur Klassentheorie, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 373–391.
- Adorno, Theodor W. (1972 [1965]), Gesellschaft, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9–19.
- Agnoli, Johannes (1990), Zwanzig Jahre danach, in: ders.: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg: Ça ira, 163–221.
- Demirović, Alex (2021), Der Wirklichkeitsstatus der bürgerlichen Gesellschaft. Zu Marx' Kritik der Vorgeschichte als Traumgeschichte, in: Thomas Sablowski u.a. (Hrsg.): Auf den Schultern von Marx, Münster: Westfälisches Dampfboot, 83–108.
- Fraser, Nancy (2023), Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Berlin: Suhrkamp.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1970 [1820]), Grundlinien der Philosophie des Rechts, in: ders.: Werke 7, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heinrich, Michael (2012), Individuum, Personifikation und unpersönliche Herrschaft in Marx' Kritik der politischen Ökonomie, in: Ingo Elbe u.a. (Hrsg.): Anonyme Herrschaft. Zur Struktur moderner Machtverhältnisse, Münster: Westfälisches Dampfboot, 15–34.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1987 [1947]), Dialektik der Aufklärung, in: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 5, Frankfurt am Main: Fischer.
- Jaeggi, Rahel (2018), Ökonomie als soziale Praxis, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 19/3, 343–361.
- Lukács, Georg (1968), Geschichte und Klassenbewußtsein, in: ders.: Werke, Bd. 2, Neuwied: Luchterhand.
- Marx, Karl (1962 [1890]), Das Kapital Erster Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (1983 [1857]), Einleitung [zu den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“], in: Marx-Engels-Werke, Bd. 42, Berlin: Dietz, S. 15–45.
- Mau, Sören (2021), Stummer Zwang als besondere Form der Macht. Marx' Beitrag zur Theorie der abstrakten und unpersönlichen Herrschaft des Kapitals, in: Prokla 205, Dezember 2021, 675–698.
- Rosa, Hartmut (2021), Best Account. Skizze einer systematischen Theorie der modernen Gesellschaft, in: Andreas Reckwitz/Hartmut Rosa: Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Berlin: Suhrkamp, 151–251.
- Silver, Beverly J. (2005), Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, 2. Aufl., Berlin, Hamburg: Assoziation A.

- Stern, Daniel (2023a), Das Gas boomt – die UBS schweigt, in: Wochenzeitung (25. Mai 2023).
- Stern, Daniel (2023b), Eine große Zukunft liegt vor uns, in: Wochenzeitung (1. Juni 2023).
- Treiber, Hubert/Steinert, Heinz (2005), Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen. Über die »Wahlverwandtschaft« von Kloster- und Fabrikdisziplin, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Weber, Max (1980), Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.

Gouvernementalität und Finanz

Zum Begriff einer ›seignioralen Macht‹¹

I.

Als Michel Foucault 1977, gute zwei Jahre nach dem Erscheinen von »Überwachen und Strafen«, mit seinen Überlegungen zur Entstehung moderner Regierungskünste begann, machte er selbst einige offene Fragen, Unzulänglichkeiten oder unausgeschöpfte Themen geltend, die seine bisherigen Studien hinterließen. Das betraf die Grenze einer genealogischen, auf das Modell des Krieges gestützten Analyse politischer Macht, die Frage nach der Verknüpfung von Mikro- und Makroebenen des Regierens und nach dem Auftauchen neuer Gegenstände, die Foucault etwa in den Bevölkerungen erkannte. Mit der Frage der Gouvernamentalität hat sich eine Perspektive ergeben, die den Staat selbst als Ansammlung heterogener Regierungspraktiken erscheinen lässt und insbesondere die »Einführung der Ökonomie in die politische Amtsführung«² verfolgt.

Wenn es also um jene Verfahren geht, die die Administration der Bevölkerung durch eine Ökonomisierung des Regierens verwirklichen, so mag es verwundern, dass Foucault nahezu systematisch einige Sachlagen aussparte oder ignorierte, die sich als wesentliche Triebkräfte für die Herausbildung einer »ökonomisierten« Regierungsmacht präsentieren. Denn die drängenden Fragen von Fiskus und Finanz (um die es im Folgenden gehen soll) haben – anders, als

1 Wiederabdruck des gleichnamigen Aufsatzes, erschienen in: Rölly, Marc/Nigro, Roberto (Hg.), Vierzig Jahre »Überwachen und Strafen«, Zur Aktualität der Foucault'schen Machtanalyse, Bielefeld, 213–227. Mit freundlicher Genehmigung des transcript Verlags.

2 Foucault (2003a), 804.

Foucault einmal behauptete³ – die Entfaltung von Regierungskünsten keineswegs blockiert. Einerseits erwiesen sie sich als prominente Agenturen auf dem Weg zum neuzeitlichen Verwaltungsstaat, also zur Gouvernementalisierung staatlicher Apparate überhaupt. Andererseits waren es gerade die damit verknüpften Interventionsfelder wie Geld-, Münz- und Steuerpolitik, die die Verwaltung von Territorien unmittelbar mit der Durchwaltung von Populationen verknüpften.

Ein Grund für diese Aussparung könnte in einer Wendung liegen, die Foucault zur selben Zeit im Optativ formulierte: »Wie soll man mit dem Marxismus fertig werden?«⁴ Es liegt jedenfalls die Vermutung nahe, dass er mit der dezenten Umgehung von Fiskalfragen, Finanzwesen und Kapitalwirtschaft einige gut gebahnte Argumentationsweisen einklammern wollte, die in marxistischen Machtanalysen mit den Gegensätzen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, von Kapital und Arbeit und insbesondere mit einer definiten, an repressiven Funktionen orientierten Staatsphilosophie bereit lagen. Vielleicht kommt aber ein weiterer, theoretisch folgenreicher Grund hinzu. Wenn nämlich Foucault die Entstehung der politischen Ökonomie – als Versammlung modernen Regierungswissens – in strikter Abgrenzung von älteren Souveränitätskonzepten verfolgt, so blendet er zugleich jene Begriffslasten aus, die mit der Übertragung der ›Ökonomie‹ ins politische Register verbunden waren. Mit der theologischen Ökonomie, die die Politisierung des Begriffs bis ins 18. Jahrhundert diktierte, war – wie Giorgio Agamben zeigte – das prekäre Verhältnis zwischen dem Sein und dem Tun Gottes, zwischen Herrschen und Regieren vorgegeben, und gerade mit der politischen Anverwandlung göttlicher Betriebswirtschaft war eben nicht bloß ein neuer gouvernementaler Aktionsraum, sondern eine Umverteilung in den Posten von souveräner Herrschaft und Regierungskünsten impliziert.⁵ Um es einfacher und direkt zu sagen: Mit der Sache von Fiskus und Finanz liegt nicht nur ein wesentlicher Aspekt in der Ökonomisierung neuzeitlichen Regierens vor, mithin ein Gegenstand für die historische Analyse von Gouvernementalität. Es wird sich auch zeigen, dass dabei – ganz im Sinne Foucaults

3 Ebd., 812.

4 Foucault (2003b), 753.

5 Agamben (2010).

– der Staat nicht als Einheit und Richtmaß vorausgesetzt werden kann; vor allem aber dass dieser Komplex – in leichter Verschiebung der Fragestellung – spezifische Verwerfungen, Osmosen und Indifferenzen im Verhältnis von politischer Herrschaft und ökonomischer Regierung in den Blick rückt. Es geht also um eine Machtform eigener Art, die die Entwicklung moderner Regierungskünste begleitet.

So lässt sich zunächst bemerken, dass bereits frühe Souveränitätslehren – etwa bei Jean Bodin – durch die Verhandlung von Fiskal- und Finanzfragen auf besondere Weise irritiert wurden. Denn so sehr sich diese Theorien darum bemühen, die Vielfalt herrschaftlicher Befugnisse in ein politisches Einheitsformat zu überführen, so sehr nimmt die Diskussion fiskalischer Fragen eine schwierige Stellung ein. Einerseits werden dort Münzregal, Steuererhebung und öffentliches Budget als Wesensmerkmale souveräner Macht beansprucht; andererseits unterscheiden sie sich von anderen Souveränitätsrechten (wie Gesetzgebung, höchste Richtgewalt etc.) dadurch, dass sie von undeutlichen Zuständigkeiten, eigentümlichen Rücksichten, komplizierten Unterscheidungen und unbequemen Verpflichtungen geprägt sind. Bei Fiskaldingen verliert sich der Text von Souveränitätslehren sogleich in unübersichtliche Kausistiken: Münzfragen etwa verweisen auf ein Betätigungsfeld, auf dem durch Ämterhandel, durch die Intervention von Pächtern und Parasiten aller Art eine Erosion souveräner Staatsgewalt droht; die Erhebung dauerhafter Abgaben ruft Konflikte mit bürgerlichen Eigentumsrechten, aber auch Sorgen um die Autarkie fürstlicher Haushalte auf den Plan; schließlich wird die Verhandlung kreditförmiger Staatsfinanzierung von einem Horror eigener Art begleitet und rückt die absolute Grenze absoluter Herrschaft in den Blick. Der Kreislauf von Anleihen und Schuldendienst durch Kredit – ein Übel, das Bodin erstmals durch Franz I. aufgebracht sah – wird zum Inbegriff politischer Pathologie. In ihm manifestiert sich das »Fieber« des Staatswesens; in ihm wird das souveräne Herrschaftsmonopol durch ökonomische Abhängigkeiten unterminiert.⁶

Man könnte also sagen: Am Beispiel der Staatsfinanzen taucht ein Gegenstandsbereich auf, der den Theoriebau neuzeitlicher Souveränitätslehren auf besondere Weise herausfordert und auf Unvereinbarkeiten mit dem Einheitsformat souveräner Macht stößt. Es

6 Bodin (1986 [1593]), 44, 88–92.

macht sich eine Resistenz von Objekten bemerkbar, die den theoretischen Text zögern lässt und von einer schwierigen Erfassung durch das Konzept der souveränen Staatsperson zeugt. Man kann darin die frühe Besorgnis über eine empfindliche Preisgabe souveräner Befugnisse erkennen. Diese Schwierigkeiten tragen wohl der Tatsache Rechnung, dass der Fiskalkomplex ein wesentliches Motiv für die Verstetigung frühneuzeitlicher Staatsmacht darstellt und im selben Zug zugleich deren Grenzen oder Bruchlinien markiert. Fiskalische Angelegenheiten besetzen eine kritische Position, die der Klärung durch einen homogenen ›Begriff des Politischen‹ widersteht. Am Beispiel dreier Basiselemente soll nun skizziert werden, wie sich neuzeitliche Finanz in enger Korrespondenz mit politischen Auftragslagen entfaltet; wie sich dabei ein strategisches Feld eigener Qualität herausbildet; und wie sich dieses Feld als politisch-ökonomische Indifferenzzone darstellt, als Spielart ökonomischen Regierens, die in gängigen Begriffen politischer Macht nicht zu fassen ist. Die drei Basiselemente sind: der Begriff des Fiskus, der Status von Münzpolitik, die Rolle des öffentlichen Kredits.

II.

Schon im römischen Recht war der *fiscus* – also der ›Geldkorb‹ oder die ›Kasse‹ – Gegenstand umständlicher Unterscheidungen, die das Verhältnis von kaiserlichem Privatvermögen und Staatsvermögen reflektierten. Dabei ging es um Fragen nach den rechtmäßigen Eigentümern des Fiskus, nach Verjährungsfristen und Unveräußerlichkeit, nach den Relationen zwischen Fiskus und der unsterblichen Entität des Reiches. Der Fiskus nahm den Charakter eines seltsamen Objektes an, dessen Zuordnung unklar oder von Ausnahmen durchsetzt blieb. So trat in der römischen Kaiserzeit, wie Otto von Gierke vermerkte, der *fiscus Caesaris*, die kaiserliche Privatkasse, mit dem *aerarium* der *res publica*, dem Staatsvermögen zusammen; er wurde gewissermaßen verstaatlicht und blieb dennoch privatrechtlichen Verfahrensregeln unterworfen. Gerade durch seine Verstaatlichung hat sich der Fiskus am Leitfaden eines privatrechtlichen Personenbegriffs ausgebildet und eine eigentümliche Verdoppelung in das Format imperialer Macht eingeführt. Während der Staat »immer

entschiedener sich über alles Recht erhob, ordnete der Staat als Fiskus sich dem Recht unter, und begab sich [...] als Privater unter die Privaten.« Zugleich wurde die private Stellung des Fiskus durch eine Reihe von Ausnahmen durchlöchert, die in den Fiskus selbst wiederum eine Spannung zwischen öffentlichen und privaten Dimensionen markierten. Es blieb also unklar, wer oder was – *res publica*, Kaiser oder Privatmann – im Namen des Fiskus agierte.⁷

Für die Neuzeit ist eine direkte Verknüpfung zwischen Fiskus und Staat nachweisbar; dennoch hatten sich schwankende Bestimmungen dieser Art erhalten. So wird das Fiskalrecht als Ausfluss des *summum imperium* und als Bestandteil der *superioritas* begriffen. Der Fiskus ist Souveränitätsmerkmal und kann allen souveränen Instanzen – Fürsten, Staaten, Reichsstädten – zugeschrieben werden. Der Träger staatlicher Vermögensrechte fällt mit dem Subjekt staatlicher Hoheitsbefugnisse zusammen, der Fiskus deckt sich mit der Person des Souveräns. Aber gerade als Souveränitätsmoment gewinnt der Fiskus nun den Charakter eines eigenständigen »Fonds« oder Vermögens. Er wird, wie Gierke schreibt, zu einem unsterblichen und abstrakten »Begriffswesen«, zu einer eigenen »fiktiven Rechtspersönlichkeit«, die den Wechsel seiner Träger überdauert. Sie tritt als Souveränitätszeichen dem Souverän gegenüber und bindet ihn mit bestimmten Pflichten – z.B. mit dem Verbot zur Veräußerung von Staatsvermögen.⁸ Der Fiskus besetzt eine exzentrische Position und bleibt als Definiens von Souveränität dem souveränen Zugriff entzogen.

Der Fiskus steht also im Gegensatz zum Herrscher als Privatperson, aber auch zum Souverän als Träger von Hoheitsrechten. Und die Sache wird noch komplizierter, weil in den fiskalischen Bereich selbst wiederum eine Unterscheidung eingeführt wird, die einige Bereiche (wie das Münzrecht) eindeutig den hoheitlichen Befugnissen zuschreibt, andere Elemente (wie Bergwerke oder Zölle) dem bloßen Vermögensrecht unterwirft – eine eigentümliche Verwirrung zwischen Hoheitsrechten und privatrechtlichen Bestimmungen. Die Trennung von staatsrechtlichen Akten und bloßen Geschäften wird am Beispiel des Fiskus herausgefordert und problematisch zugleich. Die den Fiskus betreffenden Gegenstände gehören also irgendwie

7 Gierke (1881), 59–61.

8 Gierke (1913), 249–250.

zu den Hoheitsbefugnissen des Souveräns, lassen sich aber nicht ein und für alle Mal von privater Unternehmensaktivität sondern.⁹ Wenn sich im siebzehnten Jahrhundert die Maxime durchgesetzt hat, »dass nur der souveräne Fürst das Recht auf einen Fiskus [...] besitzt«, so ist eben dieses Vorrecht unmittelbar mit einschränkenden Verbindlichkeiten und Haftungen verbunden.¹⁰

Das Bemühen um eine monolithische Fassung des Souveränitätsproblems ist also von Widerständen durchzogen, die auf fiskalische Angelegenheiten zurückgehen und die Frage der damit verbundenen Finanzdinge betreffen. Einerseits wird mit dem Fiskus ein hoheitlicher Bezirk ausgewiesen, der sich durch essentielle Souveränitätsmerkmale behauptet. Andererseits zerfällt dieser Bezirk sogleich in unterschiedliche, öffentliche und private Aufgaben, er lässt sich nicht oder nur unter großen Begriffsmühen mit der politischen Figur der Souveränität assoziieren. Einerseits formiert sich mit dem Fiskus eine zeitenthobene und nicht übertragbare Entität, eine gleichsam heilige Sache, die wie der Souverän über dem Gesetz steht und eine Sphäre überpersönlicher Kontinuität markiert. Andererseits wird im Fiskus eine selbstständige Rechtsperson gesetzt, mit der sich eine Spannung zwischen Herrschaftsinstanz und dem ›heiligen‹ Bezirk der Finanzen entfaltet: Die quasi-ewige Dauer des Souveräns wird von der quasi-ewigen Dauer des Fiskus abhängig gemacht. Es hat sich damit ein Prozess vollzogen, in dem, wie Ernst Kantorowicz bemerkte, ein entschieden Weltliches wie der Fiskus den Charakter des Numinosen und die Fähigkeit erhielt, die unverletzlichen Aspekte von Fürst und Staat zu repräsentieren.¹¹ Zugleich wird eine Brüchigkeit in der Fassung souveräner Gewalt markiert: Fiskus und Finanz erscheinen als Schauplatz, auf dem sich politische Macht, geschäftliche Operationen und bürgerlicher Privatverkehr auf eigentümliche Weise verschränken. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die besondere Stellung des Fiskus in der frühen Neuzeit also dadurch aus, dass er mit dem Arkanbezirk der Souveränität zusammenfällt und sich doch als Machtbereich eigener Qualität situiert.

9 Ebd., 251–252.

10 Le Bret (1632), 425, 621–626.

11 Kantorowicz (1990), 178–206.

III.

Ähnliche Verwerfungen lassen sich an einem fraglosen fiskalischen Souveränitätsrecht, dem Münzregal oder Prägerecht erkennen. Ich will hier nicht auf die umständliche Entwicklung des Münzwesens in der frühen Neuzeit, auf das Problem von Münzmanipulationen, auf die meist als Privatunternehmen geführten Münzprägestätten eingehen. Es sollen allerdings zwei Dinge festgehalten werden, die die Ausbildung souveräner Staatlichkeit begleiteten. Einerseits war mit der Münzprägung, d.h. mit der Verwandlung von Waren (Edelmetall) in Zahlungsmittel die Erhebung des so genannten Schlagschatzes oder der ›seigniorage‹ verbunden, also jener Betrag, der sich aus der Differenz von Nennwert und Metallwert der Münzen ergab und lange Zeit einen beträchtlichen Anteil fürstlicher Einkommen sicherte. Andererseits bedeutete die Erhebung fiskalischer Abgaben auf das Geld zugleich, dass der willkürliche Akt herrschaftlicher Gewalt – im aufgeprägten Münzwert – zum Zeichen der Anerkennung ebendieser Macht wurde. Die Münze ist Darstellungsort des Souveräns; dessen Name oder Porträt zeigt an, dass die Münze »ganz und gar der Autorität des souveränen Fürsten untersteht, welcher deren Material, Form, Kurs, Gewicht und Preis nach seinem Belieben vorschreibt«. ¹² Die Finanzierung des Fiskus begründete die Mechanismen frühneuzeitlicher Geldzirkulation und die Einrichtung von territorial gebundenen Zahlungsmitteln.

Das hat nun eine Konstellation ergeben, in der sich eine beeindruckende Verschränkung von politischer Herrschaft und privater Bereicherung vollzog. Es ergab sich eine Situation, in der gerade Souveränitätsakte zur Entwicklung früher Finanzmärkte führten. Und diese Dynamik besteht, kurz gesagt, aus zwei Teilen. Der eine Teil wird durch das souveräne Münzregal gesetzt. Während Bargeld aller Art ungehindert über die Grenzen hinweg zirkulierte, galten die über das Münzrecht fixierten Zahlungsmittel nur innerhalb der jeweiligen Souveränitätszonen. Das bedeutete, dass der Kurswert fremder Münzen nicht nach deren Nennwert im Herkunftsland (Metallwert plus *seigniorage*), sondern nach dem Preis des jeweiligen Feingehalts bestimmt wurde; der Wechselkurs ergab sich als Resultat einer Operation, mit der die fremde Münze gleichsam als Ware ins

¹² Loyseau (1609), 59.

Verhältnis zum legalen Zahlungsmittel gesetzt wurde. Diese Situation lässt sich als Folge entstehender Staatlichkeit in der Renaissance begreifen und wurde durch Souveränitätsakte, durch die territoriale Vereinheitlichung des Münzwesens hervorgebracht.

Die andere Hälfte betrifft Geschäftspraktiken, mit denen private Handelsbankiers (*merchant bankers*) seit dem 13. Jahrhundert operierten. Es handelte sich um Wechselbriefe, d.h. um ein Verfahren bargeldlosen Zahlungsverkehrs, mit dem man Geld von einem Ort zu einem anderen überweisen oder die Aufnahme von Kredit an einem Ort zwecks Rückzahlung an einem anderen ermöglichen konnte. Natürlich war mit diesen Transfers meist ein Geldumtausch verbunden; und hiermit wurden Mechanismen in Gang gesetzt, in denen souveräne Setzung und private Geschäftskontrakte systematisch ineinander griffen. Wenn etwa ein Bankier einen Wechselbrief über eine bestimmte Summe kaufte, mit der der Aussteller des Wechsels ein Geschäft andernorts finanzieren wollte, so geschah die Preisfestlegung zu einem Kurs, der am Ort der Ausstellung nach dem Verhältnis zwischen einheimischer Währung im Nennwert und fremder Münze im Metallwert (also abzüglich der *seigniorage*) kalkuliert wurde. Der Betrag berechnete sich nach dem legalen Kurswert der Münzen am Ausgangsort. Fällig wurde er allerdings am Zielort der Transaktion, und er wurde dort wiederum nach dem ortsüblichen Wechselkurs, d.h. in der geltenden Münze (also einschließlich der damit verbundenen *seigniorage*) verrechnet. Durch den Transfer gewann der Bankier somit die Spanne, die dem Anteil der *seigniorage* fremder Münze entsprach. Dieser Gewinn wurde aber nur dadurch realisiert, dass sich das Wechselgeschäft um einen weiteren Takt fortsetzte und der Betrag über Wechselbriefe wieder an den Ausgangsort zurücküberwiesen wurde, wobei sich nun zusätzlich die dort übliche *seigniorage* der Ausgangswährung addierte. Wirtschaftshistoriker konnten hier von einem »*seigniorage*-Effekt« sprechen: Der Zusammenhang zwischen dem Wechselkurs im Verkehr mit Wechselbriefen und dem legalen Kurswert im Umtausch von Bargeld führte dazu, dass der Bankier bei jedem Geschäft mit einem Ort, an dem die *seigniorage* erhoben wurde, vom entsprechenden Differenzbetrag profitierte.¹³ Im Zeichen von Souveränitäts-

13 Vgl. hierzu die Analysen von Boyer-Xambeu/Deleplace/Gillard (1986), 179–189, 240–269.

rechten hat sich also eine elementare Form kapitalistischer Bereicherung etabliert.

Zwei Aspekte sind daran bemerkenswert. Erstens lässt sich hier eine wechselseitige Verschränkung von privaten und politischen Kräften verfolgen. Die fürstliche *seigniorage* ermöglicht private Bereicherung, umgekehrt sichert der Wechselhandel indirekt die Autonomie fürstlicher Vorrechte in Sachen des Gelds. Während das Münzregal Herrschaftsgebiete und fiskalische Einkünfte garantiert, konstituieren die Wechselgeschäfte ein internationales Währungssystem und befördern die Bildung von privatem Finanzkapital. Zweitens wird die Geldzirkulation in der frühen Neuzeit darum durch die gegenläufigen Bewegungen von Verstaatlichung und Privatisierung des Geldverkehrs charakterisiert. Der Verwandlung von privaten Gütern in legale Zahlungsmittel in den Münzstätten steht eine private, bargeldlose ›Münzung‹ durch den Wechselverkehr gegenüber. Mit dem Wechselhandel wurde öffentliches Geld samt *seigniorage* privatisiert. Die Monetarisierung des europäischen Geschäftsverkehrs in der frühen Neuzeit lässt sich somit nicht durch eine Gegenüberstellung von staatlichen Strukturen und ökonomischen Dynamiken erklären. Der politische Pol des Münzregals ist durch eine Verflechtung von öffentlichen und privaten Akteuren charakterisiert. Umgekehrt ergeben private Geschäftspraktiken keinen atomisierten Markt, sondern ein monopolartiges Geflecht von Austauschprozessen, die sich in direkter Abhängigkeit von fürstlichen Befugnissen entwickeln. Vor diesem Horizont entfalteten sich gleichsinnige Kapitalisierungsprozesse, die privaten Reichtum, öffentliche Finanzen und fürstliche Macht gleichermaßen betreffen. Die Geldform repräsentiert ein privat-öffentliches Beziehungsverhältnis. Alle diese Aspekte lassen sich wohl im Rahmen allgemeiner Entwicklungen situieren, in denen sich der Ausbau souveräner Herrschaft über mehrere Jahrhunderte hinweg gerade mit der Veräußerung öffentlicher Aufgaben vollzog.

IV.

Das führt zum dritten und letzten Aspekt. Seit dem hundertjährigen Krieg konnte man eine vehemente Entwicklung von Fiskalschulden verzeichnen und die Anfänge des öffentlichen Kredits waren mit der

doppelten Sorge verbunden, wie sich Fürstenhäuser als verlässliche Schuldner ihrer Finanziers erweisen und die Finanzen des Fiskus wiederum dauerhaft gesichert werden konnten. In der dynastischen Nachfolge war die Übernahme von Vorgängerschulden keineswegs garantiert, umgekehrt blieb die Besorgung von Geldmitteln in Not- und Kriegslagen stets ungewiss. So hatte die Finanzierung durch Abgaben den Charakter von notgeborenen Konfiszierungen, die oft nur gegen Widerstände durchgesetzt werden konnten.

Spätestens im 16. Jahrhundert vollzog sich dabei ein Prozess, den schon Zeitgenossen am deutlichsten in der Finanzpolitik Franz' I. erkennen wollten, jenes französischen Königs, der einen ruinösen Wettlauf um die Kaiserkrone gegen Karl V. verloren hatte. Dabei wurden immer wieder drei Elemente genannt. Erstens wurden verzinsliche Anleihen nicht nur zur Deckung außerordentlicher Geldbedürfnisse in Kriegszeiten, sondern auch zur Finanzierung laufender Ausgaben herangezogen – was zur Bildung von Finanzkonsortien führte. Zweitens wurden die dabei fälligen Zinsen mit indirekten Steuern auf Verbrauchsgüter wie Fleisch, Fisch oder Wein finanziert. Drittens wurde die Finanzverwaltung zentralisiert, Steuereinnahmen und die Einnahmen aus den königlichen Domänen wurden in einer einheitlichen Staatskasse zusammengeführt. Man wollte hier das Entstehen eines Finanzstaates erkennen, der sich durch eine besondere Wendung auszeichnet: Was früher der Ausnahmefall war, nämlich Konfiskationen in Notlagen, ist nun zu einem »inneren Verwaltungsbedürfnis« geworden.¹⁴ Mit dem Zusammenhang von Staatsschuld und Steuererhebung wird das Diktat der *necessitas* im Zentrum der Verwaltungsarchitektur installiert.

Das hatte – grob gesagt – zwei Konsequenzen. Einerseits muss die Verstetigung außerordentlichen Kapitalbedarfs als Motor für die Entstehung neuzeitlicher Verwaltungsapparate gelten. Überspitzt gesagt: bevor eine souveräne und »ewige Staatsgewalt« prinzipiell anerkannt wurde, ging ihr der Begriff einer »ewigen Schuld« im Finanzwesen voraus; Staatsschuld ist die Urszene neuzeitlicher

14 Nach der Formulierung von Kantorowicz, die sich auf die Diskussion des Verhältnisses von *necessitas in actu* und *necessitas in habitus* am Beispiel der Erhebung kontinuierlicher Steuern in den Kommentaren hoch- bzw. spätmittelalterlicher Juristen bezieht (Kantorowicz 1990, 291–293).

Staatsmaschinen.¹⁵ Andererseits hat diese Staatsfinanzierung private Geldmacht mobilisiert. Es vollzog sich ein Prozess, in dem die Antagonismen zwischen politischen Gefügen und Geldkapital kollabierten. Daraus sind die aggressivsten Figuren frühneuzeitlicher Finanzmacht hervorgegangen, und am ausführlichsten wurde sie zunächst wohl am Beispiel oberitalienischer Stadtstaaten dokumentiert.

Bereits im Jahr 1148 war etwa die Republik Genua zur Aufnahme von Anleihen gezwungen, und deren Gläubiger schlossen sich zu Gesellschaften zusammen, denen zwecks Zinstilgung die Verwaltung verschiedener Steueraufkommen übertragen wurde. 1407 wurde eine Mehrzahl von ihnen in der *Casa di San Giorgio* zusammengefasst, die bis ins achtzehnte Jahrhundert die Genueser Regierung mit Krediten versorgte. Zugleich wurde damit ein Konsortium privater Gläubiger direkt in die Administration der Genueser Republik inkorporiert. Händler besetzten die Positionen politischer Verwaltung, sie kontrollierten Regierungseinkünfte, Staatskredite und öffentliche Finanzen, die *Casa* erhielt Steuermonopole, verpfändete staatliche Vermögen, sie betrieb Armeen und Flotten, sie führte Krieg und schloss Verträge, ihr wurden Gerichtsbarkeit und Hoheitsrechte übertragen. Genua wurde darum als »kapitalistische Stadt par excellence«, die *Casa* als »wahrer Staat im Staate« angesprochen.¹⁶ Bereits Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts war die *Casa* zur mächtigsten Finanzinstitution des Abendlands geworden. Genueser Bankiers transferierten Renditen vom Warenhandel in staatliche Anleihen, sie gingen seit dem sechszehnten Jahrhundert eine Allianz mit Spanien ein, drängten deutsche Handelshäuser aus dem Kreditgeschäft mit Spanien, sie organisierten den Transport spanischen Silbers nach Norditalien, finanzierten spanische Truppen in den Niederlanden und dominierten die Geldmärkte auf Messen wie Lyon, Besançon und Antwerpen. Das Ineinander von sozialisierten Schulden und privatisierten Staatseinkünften war die Voraussetzung für nicht-territoriale Netzwerke, mit denen Genua den europäischen Zahlungsverkehr beherrschte und als ein Prototyp für eine kosmopolitisch organisierte Kapitalakkumulation betrachtet werden konnte.¹⁷

15 Ehrenberg (1990 [1896]), 29.

16 Braudel (1979), 130; Ehrenberg (1990), 353.

17 Arrighi (2010), 151–153.

Das zeigte sich in einem besonders herausragenden Geschäftstypus. Protagonisten waren die spanische Monarchie, der Geldbedarf für die in den Niederlanden stationierten Armeen, die spanischen Silbereinfuhren aus Amerika, schließlich die Genueser Handelsbankiers, die die genannten Messen organisierten. Dabei handelte es sich um folgendes: Ausgangspunkt waren Verträge, so genannte *asientos*, mit denen die spanische Krone große Geldbeträge an die Truppen in den Niederlanden transferierte, dabei die Genueser Handelsverbindungen nutzte und als Gegenleistung amerikanische Silbereinfuhren bot. Das ergab ein komplexes Finanzierungssystem. Wenn etwa die spanische Finanzverwaltung mit Genueser Bankiers einen Vertrag über zehn Millionen Scudos zur Kostendeckung in den Niederlanden abschloss, so verpflichteten diese sich, den Betrag über Antwerpen auszahlten und dafür Vorschüsse zu liefern; zugleich mussten sie dafür sorgen, die entsprechende Gegenleistung aus Spanien zu erhalten. Auf den regelmäßig – vier Mal pro Jahr – abgehaltenen Messen wurden dann auf Antwerpen ausgestellte Wechsel eingekauft, ebenso Wechselbriefe auf Spanien, um die von dort erwarteten Rückzahlungen zu terminieren. Diese Geschäfte wurden über verschiedene Umwege und Zwischenkäufe getätigt, wobei die Wechselbriefe selbst wiederum mit Wechseln unterschiedlicher Herkunft bezahlt wurden. Diese Operationen konnten also prinzipiell ohne Bargeld, sogar ohne Aufwendung von Eigenkapital durchgeführt werden. Am Ende stand die Einlösung der Zahlungsverpflichtungen in den Niederlanden (in Gold) und deren Kompensation durch die spanische Krone (mit der Verschiffung von Silber nach Genua).¹⁸

Durch die spanische Weltmachtspolitik ist also ein privater Anleihenhandel entstanden, der von den Genueser Bankiers beherrscht wurde und einen europaweiten Finanzmarkt erzeugte. Wenn sich Genua dabei als exemplarischer Fall für die Entstehung eines kapitalistischen ›Weltsystems‹ im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert präsentiert, so ist dies nicht zuletzt einer Politik des Staatskredits und einer konsequenten »Veräußerung des Staats« geschuldet.¹⁹ Sowohl die Genueser Geldmacht in Gestalt der *Casa di San Giorgio*

18 Zu den Genueser Messen und den damit verbundenen Geschäftspraktiken vgl. Boyer-Xambeu/Deleplace/Gillard (1986), 283–309.

19 Marx/Engels (1969), 782.

wie die ersten internationalen Kapitalmärkte verdanken sich der Dynamik von Staatsverschuldungen und der Verflechtung von politischen Aktionen mit privater Geschäftsaktivität.

V.

An drei Schauplätzen – Fiskus, Münzpolitik, Staatsschuld – sollte gezeigt werden, wie sich wesentliche Elemente moderner Politik und Ökonomie gerade in deren Indifferenzzone entwickeln. Die Neuzeit hat nicht nur souveräne Staatsapparate, international operierende Handelskompanien, einflussreiche Financiers und dezentrale Märkte hervorgebracht. Es hat sich auch ein spezifischer Machttypus formiert, der weder durch politische Strukturen noch durch ökonomische Strategien hinreichend beschreibbar ist; er konstituiert sich allein über das Ineinanderwirken beider Pole. Mit Blick auf die Monetarisierung der europäischen Wirtschaft seit der Renaissance und auf die Bereicherungseffekte fiskalischer Geldpolitik könnte man hier von einer ›seignioralen Macht‹ sprechen (abgeleitet von *seigniorage*). Sie unterscheidet sich von den Spielarten staatlicher Macht dadurch, dass sie weder mit der politisch-juridischen Institution souveräner Gewalt noch mit bürokratischen Apparaten koinzidiert und auf der Integration privater Akteure und unternehmerischer Praxis basiert. Sie ist mit den Schauplätzen politisch-ökonomischer Indifferenzzonen verknüpft, die sich mit der Ausbildung neuzeitlicher politischer Ordnungen und Wirtschaftssysteme gleichermaßen ergeben.

Einer theoretischen Fassung ist dieser Bereich wohl deshalb schwer zugänglich, weil politische wie ökonomische Theorien der Moderne sich schon aus Konsistenzgründen über die Definition von System-, Form- und Strukturbegriffen organisierten. Politische Theorie ist bis heute an einer Auseinandersetzung mit der Form politischer Souveränität orientiert, ökonomische Theoriebildung an der Gestalt kohärenter Funktionssysteme. Demgegenüber lassen sich die Figuren seignioraler Macht nicht mit der Festigkeit von Formen, der Kohärenz von Systemen oder der Stabilität von Strukturen charakterisieren. Ihr Gefüge ist vielmehr informell, instabil und nicht in eine konzise Systemgestalt übersetzbar. Man könnte hier von einer situativen Interaktion von Kräften unterschiedlicher Herkunft spre-

chen, deren Wirksamkeit aus ›diagrammatischen‹²⁰ Anordnungen hervorgeht.

Sie lässt sich vielleicht durch vier Merkmale charakterisieren. Sie zeichnet sich erstens durch ein heterogenes Gefüge aus, in dem sich die Bildung von Kapitalmacht nicht von der Aktivierung von Machtkapitalien sondern lässt. Der Antagonismus von ›Staat‹ und ›Kapital‹ ist geschwächt, aufgehoben oder schlicht nicht virulent. Die dominante Stellung Genueser Bankiers in der Renaissance etwa beruhte nicht auf der Versammlung privater Reichtümer, sondern auf der Fähigkeit, politische Aktionspotentiale in Geschäftsvermögen – und umgekehrt – zu verwandeln. Diese *Konvertierung von staatlicher Macht in Kapital*, mithin die Kapitalisierung von Macht überhaupt, ist zweitens mit fiskalischen Operationen verknüpft, sie geschieht durch eine Veräußerung des Staates in den Szenen seiner Entstehung. Exemplarisch manifestiert sich der Prozess in der Bewirtschaftung von Staatsschulden, die ihre Anfänge in den oberitalienischen Stadtstaaten nahm. Administrative Zwangsmittel werden mit der Erschließung neuer Geschäftsbereiche verknüpft. Die Verbindlichkeiten des öffentlichen Kredits werden durch eine stetige Besteuerung balanciert, in der sich eine staatliche Vereinnahmung der Individuen vollzieht. Über die Sicherung künftiger Fiskaleinkommen hat sich seigniorale Macht also mit der *Organisation des sozialen Feldes* koordiniert.

Dadurch werden – drittens – Schuldkyklen ausgelöst, die die Rede von Urszenen des Kapitals rechtfertigen. Begreift man ›Kapital‹ als eine verwertbare Wertsumme, die die Hoffnung künftiger Erträge in sich birgt, so wird im privaten Management öffentlichen Kredits eine spekulative, ›kapitalistische‹ Finanzierung verstetigt. Die »moderne Fiskalität«, die sich – wie Marx sagte – auf die Besteuerung der »notwendigsten Lebensmittel« gründete, hat zusammen mit der öffentlichen Schuld entscheidenden Anteil an der »Kapitalisierung des Reichtums«, in ihnen manifestiert sich der »energischst[e] Hebel der ursprünglichen Akkumulation«²¹. Mit diesem *Akkumulationsregime* hat sich das einstmals Außerordentliche als Regel und die Ausnahme als Normalfall installiert. Dies hat viertens zu einer eben-

20 Zum Diagramm als Darstellung von Kräfteverhältnissen vgl. Deleuze (1987), 52–56.

21 Marx/Engels (1969), 782–784; vgl. Gottlieb (1956); zur Diskussion des Begriffs der „ursprünglichen Akkumulation“ bei Marx vgl. Frank (1978), 238 ff.

so wirkungsvollen wie doppelsinnigen Bewegung geführt. Denn in dem Maße, wie sich der neuzeitliche Staat über die Verstetigung von Staatsschuld und Steuerwesen selbst auf Dauer gestellt hat, ist ihm in Fiskalangelegenheiten eine quasi-souveräne Macht zugewachsen, die sich mit ihrer dauerhaften Ausnahmegehalt dem souveränen Zugriff zugleich entzieht. Damit ist der prekäre Posten seignioraler Macht markiert. In ihr begegnet die Veräußerung, d.h. Privatisierung staatlicher Ressourcen einer politischen Besetzung privater Finanz. Gerade diese wechselseitige, privat-öffentliche Inkorporation verschafft der seignioralen Macht einen exzentrischen Stand. Mit ihrer fiskalischen Seite erhebt sie Anspruch auf souveräne Dignität, als Verkörperung von Privatkapital behauptet sie Resistenz gegenüber den Akten politischer Willkür. Die Formierung souveräner Staatsapparate hat im Konzert mit Geschäftsunternehmen eine Dynamik freigesetzt, die sich in einem exzentrischen Souverän-Werden seignioraler Macht manifestiert. In der Sache der Finanz hat sich – neben und abseits staatlicher Autorität – ein *Souveränitätsreservat* eigener Ordnung etabliert. Auch wenn es nicht darum geht, Foucault mit Marx zusammenzuwerfen, lässt sich darin ein Machtdiagramm mit großer Zukunft erkennen, das sich in kontinuierlichen Übergängen zwischen Souveränität, Regierungskünsten und Finanzkapital konstituiert.

Literatur

- Agamben, Giorgio (2010), Herrschaft und Herrlichkeit. Zur theologischen Genealogie von Ökonomie und Regierung (Homo Sacer II.2), Frankfurt a.M.
- Arrighi, Giovanni (2010), The Long Twentieth Century. Money, Power and the Origins of Our Times, 2. Auflage, London u.a.
- Bodin, Jean (1986) Les six livres de la république [1593], Paris.
- Boyer-Xambeu, Marie-Thérèse/Deleplace, Ghislain/Gillard, Lucien (1986), Monnaie privée et pouvoir des Princes, Paris.
- Braudel, Fernand (1979), Civilisation matérielle, économie et capitalisme, XV^e-XVIII^e siècle, Bd. 3: Le temps du monde, Paris.
- Deleuze, Gilles (1987), Foucault, Frankfurt a.M.
- Ehrenberg, Richard (1990), Das Zeitalter der Fugger. Geldkapital und Kreditverkehr im 16. Jahrhundert, Bd. 1: Die Geldmächte des 16. Jahrhunderts [1896], Hildesheim u.a.

Foucault, Michel (2003a), *Die Gouvernementalität*, in: Ders., *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*, hg. v. Daniel Defert und François Ewald, Bd. 3, Frankfurt a.M., S. 796–823.

Foucault, Michel (2003b), *Methodologie zur Erkenntnis der Welt: Wie man sich vom Marxismus befreien kann*, in: Ders., *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*, hg. v. Daniel Defert und François Ewald, Bd. 3, Frankfurt a.M., S. 748–775.

Frank, André Gunder (1978), *The World Accumulation 1492–1789*, New York u.a.

Gierke, Otto (1881), *Das deutsche Genossenschaftsrecht*, Bd. 3: *Die Staats- und Korporationslehre des Alterthums und des Mittelalters und ihre Aufnahme in Deutschland*, Berlin.

Gierke, Otto (1913), *Das deutsche Genossenschaftsrecht*, Bd. 4: *Staats- und Korporationslehre der Neuzeit*, Berlin.

Gottlieb, Manuel (1956), *Political Economy of the Public Debt*, in: *Public Finance* 11/3, 265–279

Kantorowicz, Ernst (1990), *Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie*, München.

Le Bret, Cardin (1632), *De la souveraineté du Roy*, Paris.

Loyseau, Charles (1609), *Traicté des seigneuries*, Paris.

Marx, Karl/Engels, Friedrich, *Das Kapital*, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, Berlin.

Autor*innen

Thomas Biebricher: Prof. Dr., Heisenberg-Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie, Ideengeschichte und Theorien der Ökonomie, Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Alex Demirović: Prof. Dr., Außerplanmäßiger Professor, Schwerpunkt Industrie- und Organisationssoziologie, Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Maria Funder: Prof. Dr. (i.R.), Professorin für Soziologie, Fachgebiet Wirtschaft und Arbeit, Philipps Universität Marburg.

Friederike Habermann: Dr., Volkswirtin und Historikerin, freie Wissenschaftlerin.

Bastian Ronge: Dr., Fachmentor Philosophie, Bergische Universität Wuppertal.

Christian Schmidt: PD Dr., Wissenschaftlicher Referent am Centre for Social Critique, Humboldt-Universität zu Berlin.

Joseph Vogl: Prof. Dr., Professor für Literatur- und Kulturwissenschaft/Medien, Humboldt-Universität zu Berlin (i.R.), und Gastprofessor an der Princeton University, USA.

